Piraten im Glück, S. 4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Nr. 34 – 24. August 2018

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Griff in die Tasche: Mit realen Negativzinsen bedient sich der Staat beim Bürger

Bild: Imago

Lautlose Enteignung

Paradox: Trotz sprudelnder Leistungsbilanz schrumpft Vermögen der Deutschen

Die Folgen der unanständigen Zinspolitik der EZB schlagen nun voll durch. Der Skandal erreicht die Brieftaschen.

Anfang der Woche wurden zwei Zahlen bekannt, die einander vollkommen zu widersprechen scheinen. In Wahrheit entlarven sie einen Skandal, der die Deutschen teuer zu stehen kommt.

Die erste Zahl: Deutschland wird im laufenden Jahr Weltmeister bei der Leistungsbilanz mit einem Plus von fast 300 Milliarden Euro. In der Leistungsbilanz sind der Saldo von Ex- und Importen von Waren und Dienstleistungen sowie im Zahlungsverkehr mit dem Ausland gebündelt.

Mit einem Plus von annähernd 300 Milliarden Euro müssten die Deutschen eigentlich im Geld schwimmen, müsste sich ihr Vermögen eigentlich fabelhaft entwickeln. Tut es aber nicht, wie die zweite, gerade veröffentlichte Zahl enthüllt: Erstmals seit Jahren schrumpft das Vermögen der Bundesbürger sogar statt zu wachsen.

Wie das? Ursache für diese paradoxe Entwicklung ist die Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). Sie hält die Zinsen bei nahe Null, was nach Abzug der jährlichen Geldentwertung (Inflation) einen Realwert von unter null ergibt. Mittlerweile geht über diesen „Negativzins“ mehr verloren, als durch andere Kapitalerträge wie Aktiendividenden ausgeglichen werden kann.

> Erstmals seit Jahren sind die Deutschen nun ärmer geworden

Der boomende Export läuft wiederum zum erheblichen Teil auf Pump. Das Geld für die Einfuhr deutscher Waren, die hauptsächlich in andere Euro-Länder gehen, leihen sich die Käufer. Am Ende steht eine Art Gutschrift, welche die Deutsche Bundesbank bei der EZB bekommt. Das Problem: Diese Gutschrift (Fachjargon: „Target 2“) wird so gut wie nicht verzinst, und es gibt für diese Ausleihungen auch keinerlei Sicherheiten.

Heißt: Nach Abzug der Inflation wird dieses Geld also Jahr für Jahr weniger wert, es schrumpft dahin. Faktisch schenken die Deutschen den Käufern ihrer Waren im Ausland Geld, mit dem diese die deutschen Produkte bezahlt haben.

So konnte es kommen, dass die Deutschen trotz astronomischer Einnahme-Überschüsse mit dem Ausland tatsächlich ärmer statt reicher werden. Hauptprofiteur sind neben Exportunternehmen bankrotte Euro-Staaten, etwa in Südeuropa, sowie ebenso faktisch insolvente Banken und Firmen. Sie können sich auf diese Weise billig Geld besorgen, das ihnen deutsche Sparer zur Verfügung stellen müssen.

Aber auch der deutsche Finanzminister schlägt Kapital aus dieser schrittweisen Enteignung. Private Renten- und Lebensversicherer sind es, die ihm Geld leihen. Wenn es jetzt heißt, „Deutschland“ spare Geld wegen des niedrigen Zinsniveaus, so bedeutet dies in Wahrheit: Die Politik nimmt den eigenen Bürgern viel Geld ab, ohne dass sie (unpopuläre) Steuererhöhungen durchsetzen müsste. Die Enteignung geschieht lautlos. Solange, wie die Deutschen sich diesen stillen Raubzug gefallen lassen. *Hans Heckel*

Hans Heckel:

Hilfe für wen?

Andrea Nahles regt an, dass Deutschland der kriselnden Türkei finanziell unter die Arme greift. Angeblich sorgt sie sich um die Stabilität des Nato-Partners am Bosporus. Doch sehr viel wahrscheinlicher treibt die SPD-Chefin etwas ganz anderes um.

Ihre Partei ist dabei, ihre jahrhundertlange deutsche Kernwählerschaft zu verlieren. Bei Deutschen türkischer Abstammung hingegen schneiden die Sozialdemokraten immer noch überdurchschnittlich gut ab. Ein Schelm, wer bei Nahles den Versuch wittert, die neuen Wähler zu bedienen. Allerdings dürfte die Popularität der SPD bei ihrer traditionellen Anhängerschaft dadurch eher noch weiter leiden, sodass derlei Verzweiflungsmanöver geeignet sind, die Partei nur noch tiefer in den Morast zu drücken.

Noch von anderer Seite verteidigen einige Akteure in Wahrheit ganz eigene Interessen, wenn sie jetzt Hilfen für Erdogans strauchelndes Reich fordern. Spanische Banken haben 81 Milliarden Euro an Krediten in die Türkei vergeben, zweitgrößter Türkei-Gläubiger sind die französischen Institute mit 35, dann italienische mit gut 18 und britische mit knapp 17 Milliarden Euro.

Erst ganz am Schluss der großen europäischen Volkswirtschaften folgt Deutschland, dessen Banken nur 12,6 Milliarden Euro an Türkei-Krediten in den Büchern stehen haben. Angedacht wird offenbar abermals die „Griechenland-Lösung“, wo vornehmlich deutsche Steuerzahler „europäische“ Hilfen zahlen sollen, damit vor allem französische, spanische oder italienische Banken ihr profitabel verliehenes Geld nicht verlieren.

Putin bringt sich geschickt ins Spiel

Kritik auf der einen, Hoffnung auf der anderen Seite: Besuche des Kreml-Chefs in Österreich und Deutschland polarisieren

Es war nicht das Ziel, Vereinbarungen zu treffen,“ und Putin und Merkel seien sich einig gewesen, das Pipelineprojekt Nord Stream 2 vor „unfairen und nicht legitimen Attacken dritter Staaten“ zu verteidigen, lautete das Fazit von Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow nach Putins jüngster Reise in den Westen.

Wladimir Putins Weg zu Angela Merkel führte über die Steiermark. Er war der Einladung der österreichischen Außenministerin Karin Kneissl zu ihrer Hochzeit gefolgt. Der Feier wohnten auch Österreichs Kanzler Sebastian Kurz von der konservativen ÖVP und sein Stellvertreter, FPÖ-Chef Heinz-Christian Strache, bei. Die parteilose Kneissl sah sich schweren Vorwürfen nicht nur ihrer politischen Gegner, sondern auch seitens der Ukraine ausgesetzt.

Putin hat Österreich und Deutschland nicht ohne geostrategisches Kalkül besucht. Er ist auf der Suche nach starken Verbündeten und macht sich dabei die Unzufriedenheit von EU-Skeptikern geschickt zunutze. Kneissl ist eine rechtskonservative Politikerin, die von der Mitte-Rechts-Partei FPÖ ins Amt gehievt wurde. Die FPÖ unterhält enge Kontakte zur russischen Regierungspartei Einiges Russland. Im Gegensatz zur EU akzeptiert sie die Annexion der Krim und setzt sich für die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland ein. Traditionell haben Wien und Moskau gute Wirtschaftsbeziehungen.

Der Zeitpunkt für Putins Visite könnte kaum günstiger sein, denn bis Jahresende hat Österreich den Vorsitz im EU-Rat. Kneissels Knicks, den sie vor Putin am Ende des gemeinsamen Tänzchens wagte, sorgte in der Alpenrepublik für einen handfesten Skandal. Die Opposition warf ihr vor, die Rolle Österreichs als Vermittler zwischen Russland und anderen EU-Ländern aufs Spiel zu setzen.

> Nord Stream 2 hat für Moskau Priorität

Weniger sensationell verlief Putins dreistündiges Gespräch mit Merkel in Meseberg, das Beobachter als entspannt schilderten. Gewohnt gleichmütig erklärte Merkel, dass „auch kontroverse Themen nur im und durch das Gespräch gelöst werden können.“ Damit meinte sie die Krisenherde Syrien und die Ukraine wie auch das Verhältnis zum Iran. Putin rückte die guten wirtschaftlichen Beziehungen in den Fokus. Die Handelsbeziehungen beider Länder waren im vergangenen Jahr um 22 Prozent gewachsen.

Auch für das Gespräch mit Merkel konnte der Zeitpunkt nicht besser sein: Die deutsche Kanzlerin steht unter wirtschaftlichem Druck aus den USA, und die Asylkrise könnte zurückkehren.

Eines der Themen, für Putin vermutlich das Wichtige, war die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2. Deutschland ist der größte Abnehmer von russischem Erdgas, und Österreich strebt danach, dessen größtes Verteilzentrum zu werden. Merkel knüpft an die Fertigstellung allerdings die Bedingung, dass Russland weiterhin Gas durch die Ukraine leitet. Die USA, Polen und die Ukraine lehnen den Bau der Pipeline ab. Letztere befürchtet den Verlust der Transitgebühren. Vor dem Hintergrund neuer US-Sanktionen wird für Moskau die Zusammenarbeit mit der EU immer wichtiger. Deutsche Wirtschaftsvertreter zogen eine positive Bilanz des Treffens und hoffen auf ein baldiges Ende der Sanktionen.

Die deutschen Leitmedien stürzten sich auf Putins Aufruf zur Wiederaufbauhilfe in Syrien. Wegen der Kriegskosten hat Russland selbst kein Geld dafür und sucht Merkels Unterstützung mit dem Hinweis, dass in Deutschland lebende Flüchtlinge in ihre Heimat zurückkehren könnten. Dass Deutschland dieses Ansinnen unterstützt, ist unwahrscheinlich, solange Baschar al-Assad, als dessen Schutzmacht Russland auftritt, das Land regiert. Zurzeit sind die einzigen Regionen, in denen kein Krieg mehr geführt wird, von der syrischen Regierung kontrolliert.

Manuela Rosenthal-Kappi

MELDUNGEN

Mit Merkel unzufrieden

Berlin – Die Deutschen sind mehrheitlich unzufrieden mit Angela Merkel. Laut einer INSA-Umfrage sehen 58 Prozent die Arbeit der Regierungschefin „sehr oder eher negativ“. Nur 36 Prozent sind positiv gestimmt; davon sind lediglich sieben Prozent „sehr zufrieden“ mit Merkels Arbeit und 29 Prozent bloß „eher zufrieden“. Wie zu erwarten erntet die Kanzlerin bei den Anhängern der CDU/CSU noch die breiteste Zustimmung (75 Prozent positiv gegen 23 Prozent negativ). Auch bei den Grünen überwiegt die Unterstützung mit 51 zu 47 Prozent. Bei FDP-Anhängern sieht es mit 42 zu 56 Prozent schon schlecht aus, noch mehr bei SPD- (32 zu 63) und Linkspartei-Wählern (21 Prozent positiv zu 79 Prozent negativ). Nahezu ganz fällt die Arbeit der Bundeskanzlerin bei AfD-Anhängern durch, wo sie nur fünf Prozent positiv sehen gegenüber 95 Prozent negativ. *H.H.*

Gemeinsam in Osteuropa

Berlin – Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft hat sich mit dem Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft zum „Ost-Ausschuss – Osteuropaverein der Deutschen Wirtschaft e.V.“ zusammengeschlossen. Während der bereits 1952 gegründete Ost-Ausschuss die Länder der früheren Sowjetunion abdeckte, konzentrierte sich der 1989 in Hamburg unter dem passenderen Namen „Mittel- und Osteuropa-Verein“ gegründete Osteuropaverein insbesondere auf den ostmitteleuropäischen Raum, besaß aber auch verschiedene Überschneidungen mit dem Ost-Ausschuss in Osteuropa, im Kaukasus und in Innerasien. Gemeinsam verfügt die neue Vereinigung über 400 Mitgliedsfirmen und bündelt damit die Interessen der in Ostmittel- und Südosteuropa sowie der GUS tätigen bundesdeutschen Unternehmen. *T.W.W.*

NATO und Ukraine nähern sich an

Obwohl kein Vertreter eines Mitgliedslandes, nahm Präsident Poroschenko am Bündnisgipfel in Brüssel teil

„Niemand wird die Integration der Ukraine in die NATO verhindern können – weder von außen, womit ich Russland meine, noch von innen durch die ‚fünfte Kolonne‘, noch in der NATO selbst.“ Der Staatspräsident der Ukraine, von dem diese Worte stammen, könnte recht behalten.

Zu denjenigen Teilnehmern des jüngsten NATO-Gipfels in Brüssel, die keinen Mitgliedsstaat vertraten, gehörte auch der ukrainische Präsident Petro Poroschenko. Dass er trotzdem teilnahm, ist darauf zurückzuführen, dass die Ukraine „Partner-Staat“ der NATO ist. Das wiederum geht zurück auf die NATO-Ukraine-Charta aus dem Jahre 1997. Außerdem wurde Kiew im März dieses Jahres die Eigenschaft eines „NATO-Beitrittsaspiranten“ zuerkannt. Die ukrainische Parlamentsvizepräsidentin Irina Geraschtschenko erklärte dazu: „Das ist sehr wichtig. Schritt für Schritt nähern wir uns einer vollwertigen Mitgliedschaft in der Allianz.“

Doch Poroschenko genügt das nicht. Er macht Tempo. Er will, dass sein Land so schnell wie möglich Vollmitglied des Nordatlantikpaktes wird. Nach seinem jüngsten Brüssel-Besuch erklärte er: „Niemand kann den Kurs der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft verhindern.“ Das Bündnis selbst nährt die Hoffnungen Kiews nach Kräften. So haben in der Ukraine bereits große Manöver stattgefunden, und die Ukraine ist das einzige Land außerhalb der NATO, das gleich bei drei von dem Bündnis geführten Militäroperationen teilnimmt: im Kosovo, in Afghanistan und vor dem Horn von Afrika.

Das Versprechen, das einst der letzte sowjetische Präsident Michail Gorbatschow angeblich von den USA bekam, die NATO werde sich keinen Zentimeter nach Osten bewegen, ist längst vergessen, wenn es nicht sogar bestritten wird. Die Verpflichtung der anderen Seite hingegen, dass sich nämlich die Rote Armee aus Deutschland zurückzieht, wurde pünktlich und zuverlässig eingehalten.

Poroschenko sagt nicht die Unwahrheit, wenn er feststellt, dass sich Kiew „fortwährend an die Mitgliedschaft in der NATO annähert“. Und er fährt fort: „Die Türen sind offen, die Unterstützung verpflichtend, und das gibt uns bedeutende Perspektiven.“

Einen Haken aber muss selbst das ukrainische Staatsoberhaupt eingestehen. Durch ein Gesetz, gemäß dem nur noch Ukrainisch als Amts- und Verkehrssprache sowie in den Schulen zulässig ist, hat er die zahlreichen nationalen Minderheiten im Lande getroffen, so vor allem die Ungarn. Diese widersetzen sich daher bislang einer ukrainischen NATO-Mitgliedschaft, und die sind gemeint, wenn Poroschenko in dem Eingangszitat seine Überzeugung zum Ausdruck bringt, dass weder die „fünfte Kolonne“ noch ein NATO-Mitgliedsstaat die Integration seines Landes in den Nordatlantikpakt werde verhindern können.

In den USA, wo es ebenfalls Vorbehalte gegen ein NATO-Mitglied Ukraine gibt, sucht man nach dem Königsweg – man sagt weder ja noch nein, sondern nährt weiter die Erwartungen Kiews. So stellten die USA kurz nach dem Gipfel in Brüssel 200 Millionen US-Dollar für die ukrainischen Streitkräfte bereit. Die ukrainische Botschaft in Washington teilte mit selbstgefälligem Unterton mit: „Die entsprechenden Institutionen des Verteidigungsministeriums der USA haben bereits die Verfahren der Vertragsabschlüsse für die Lieferung der Militärtechnik sowie für die Erbringung von Dienstleistungen für die ukrainische Verteidigungsindustrie im Jahr 2018 begonnen.“

Eine weitere flankierende Maßnahme der NATO für die Annäherung Kiews an das Bündnis sind die Aktivitäten zahlreicher Kriegsschiffe im Schwarzen Meer, bei denen in hohem Maße die Einrichtungen des ukrainischen Hafens Odessa genutzt werden. Ende Juli teilte der Pressedienst der ukrainischen Seestreitkräfte mit: „Im Hafen Odessa sind zu einem Besuch die Standing NATO 2 Maritime Group 2 und die Standing NATO Response Force Mine Countermeasure Group 2 eingetroffen.“ Die beiden NATO-Mariineverbände bestehen aus je einer Fregatte aus den Niederlanden, der Türkei und Rumänien, je einem Minenräumboot aus der Türkei und Rumänien sowie einem Begleitschiff aus Deutschland. Nicht nur bei solchen Gelegenheiten unterläuft die NATO, an ihrer Spitze die USA, regelmäßig und systematisch das Abkommen von Montreux, das die Anwesenheit fremder Kriegsschiffe im Schwarzen Meer regelt.



Auf dem NATO-Gipfel in Brüssel: Petro Poroschenko mit Gastgeber Jens Stoltenberg Bild: Imago

Ungeachtet dieses Abkommens erklärte NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg, das Bündnis werde seine Militärpräsenz im Schwarzen Meer beibehalten und seine Fähigkeiten ausbauen: „Wir erhalten auch strategische Positionen und das Potenzial unserer Marine. Das richtet sich auf den weiteren Ausbau unserer Möglichkeiten und im Notfall auf ihre beachtliche Verstärkung.“

Bis zum Jahr 2020 will die NATO im Schwarzmeerraum Militär nach der Formel „4x30“ bereitstellen, das heißt: 30 Bataillon Infanterie, 30 Staffeln Luftwaffe und 30 Kriegsschiffe, die zu einem 30-tägigen Einsatz fähig sind.

All diese Aktivitäten sind völlig unverhohlen gegen Russland gerichtet und stellen eine offene Bedrohung dar. Vor dem russischen Diplomatenkorps tat daher Präsident Wladimir Putin kund: „Das Vorrücken der NATO-Infrastruktur zu unseren Grenzen würde für uns eine Gefahr darstellen, deswegen würden wir das natürlich äußerst negativ bewerten. Jene, die bestrebt sind, die Ukraine und Georgien in die Allianz aufzunehmen, sollten über die Folgen nachdenken.“ Zu diesen könnte die Stationierung neuer russischer Verbände im Schwarzmeerraum gehören. Viktor Murachowski, Chefredakteur des Magazins „Arsenal Otetschestwa“ (Arsenal des Vaterlandes) erklärte: „Ich kann nur sagen, dass es mehrere Varianten einer Antwort gibt – von Blockaden des See- und Luftraumes bis hin zur Unterdrückung aller Verbindungskanäle und der Navigation durch funkelektronische Kampfmittel.“

Russland warnt vor einer weiteren Militarisierung der Ukraine auch mit Blick auf den Donbass. Neue Waffenlieferungen würden zu einer Eskalation des Konflikts führen. *Florian Stumfall*

Deutschland verfällt

Wir leben im Zeitalter des Betrugs und der Postdemokratie – Betrachtungen zur Zeit von Günter Scholdt

Ein befreundeter Mittelständler sagte mir neulich: „Wir leben im Zeitalter des konventionalisierten Betrugs.“ Er leitet einen Maschinenbaubetrieb mit zwei Dutzend Angestellten und leidet zunehmend unter unseriösen Geschäftspraktiken. Unter zahlreichen von ihm geschilderten Fällen blieb mir einer in Erinnerung: Er hatte einen Prototyp im Wert von zirka 100 000 Euro geliefert und wartete nun vergeblich auf sein Geld. Der Auftraggeber leugnete eine förmliche Bestellung, obwohl es während der Fertigung zu präzisierenden Absprachen gekommen war. Gleichwohl werde er den Apparat aber bei erheblichem Nachlass nehmen. Die den Fall behandelnde Richterin schlug als Vergleich vor, sich in der Mitte zu einigen. Mein Freund fragte zurück, ob sie ähnliche Kulanz zeige, wenn man ihr nächstes Gehalt nur mehr zu 50 Prozent überweise. Die Pointe saß, aber er verlor den Prozess.

Aus Industriekreisen höre ich immer wieder von anderen Missständen. Man drängt mit Produkten auf den Markt, die noch keineswegs ausgetestet sind. Bei diversen Software-Programmen ist dies gang und gäbe. Geplante Obsoleszenz (eine bewusst die Lebensdauer verkürzende Produktionsweise) ist so verbreitet, dass gesetzgeberischer Handlungsbedarf gegeben scheint. Ein deutsches Weltmarktunternehmen zahlt kleinere Zulieferer laut interner Anweisung frühestens nach der ersten Mahnung. Bei vielen Fluglinien und Hotels ist eine Überbuchung alltäglich mit drastischen Folgen für die dann nicht mehr Aufgenommenen.

Oder nehmen wir die Telekom, deren Umgang mit Durchschnittskunden ich jüngst wieder studieren durfte. Denn zweimal innerhalb von 14 Tagen war mein Telefon- und Internetanschluss gestört. Allein die Kommunikation mit diesem Kommunikations-Giganten glich absurdem Theater, angefangen bei der Schadensmeldung. Denn statt eines leibhaftigen Sachbearbeiters, der den Vorgang einschätzte, wurde ein humanoider Stimmtölpel vorgeschaltet, der zeitraubend Einprogrammiertes abrief. Von Beraterqualität war viel die Rede. Auch davon, dass wir zu ihrer Verbesserung zustimmen mögen, das Gespräch zu Trainingszwecken aufzuzeichnen. Nichts dagegen, besonders wenn der Wutanfall, der mich nach Tagen der Ineffektivität schließlich packte, den Höchstverantwortlichen zu Ohren käme, was ich allerdings bezweifle. Denn nicht umsonst hat man mechanische Abwimmler ersonnen.

Ein detailliertes Protokoll dieser Schadensabwicklung verbietet sich aus Platzgründen. Ich beschränke mich auf Pannen wie eine (automatisierte) unzutreffende Erfolgsmeldung, verbunden mit der grotesken Aufforderung, die nichterbrachte Serviceleistung auf einer Skala von 1 bis 5 zu bewerten. Auf die wütende Reklamation hin erfolgten Bedauerns-Stereotypen. Das hieß: erneut anstellen in einer akustischen Warteschlange, ungewollt Musik hören, die üblichen (überflüssigen) Fragen, der Hinweis, es könne bis zu 45 Minuten dauern, gefolgt vom technokratischen Zynismus: „Sie können uns aber auch eine Mail schicken.“ Ein echtes Kunststück bei gestörtem Internet! Schließlich menschlicher Kontakt mit unterschiedlichen Ansprechpartnern und differierenden Angaben. Mal wurde ein Hausbesuch terminiert, der von anderer Seite als unnötig erklärt wurde. Zufällig waren wir zu Hause, als die Sache behoben wurde.

Man sage nicht, das sei nun mal der Preis des Fortschritts. Es ist lediglich der Preis eines Kommerzmodells, das permanente Innovationsversprechen allem anderen vorzieht wie der Verhinderung von Störanfälligkeit oder einer zeitnahen Reparatur. Es ist Folge einer geldgierigen Hetzjagd nach ständig neuen Sonderfunktionen, die nur einer Minderheit zugutekommen, während die Solidität zum Teufel geht. Man denke an das gute alte Telefon mit gefühlter ewiger Funktionsfähigkeit. Von der früheren Pünktlichkeit der Züge ganz abgesehen. Denn die dahinterstehende kundenfeindliche Gleichgültigkeit reicht weit über den Fall der Telekom hinaus. Und das Ganze klappt nur, weil wir inzwischen kollektiv in alternativlose Abhängigkeit geführt wurden und uns verhalten wie Junkies an der Nadel.

Kommen wir zu politischen Misshelligkeiten. Denn die gleiche Geschäfts-„Philosophie“ beherrscht ebenso die staatliche Sphäre. Auch hier dominiert ein durchgängiges Prinzip das „Als-ob“. Man verheißt Verbesserungen, Neuerungen, Reformen, die allenfalls für Schön-Wetter-Bedingungen gelten. Wir leben im vermeintlich besten Staat unserer Geschichte und haben ihn fast widerstandslos zu einer die Grundrechte aushöhlenden Postdemokratie verkommen lassen.

Man experimentiert ohne Netz und doppelten Boden mit Bevölkerungsaustausch. Und wenn die Sache schiefgeht, kappt man den Sozialdialog mit den Warnern. Wir opfern zwangsweise einem Staat, der sich gemäß politischer Theorie dadurch legitimiert, dass sein Gewaltmonopol uns innere und äußere Sicherheit gewährt. In praxi nimmt er den verdeckten (ethnischen) Bürgerkrieg im Lande nicht einmal offiziell zur Kenntnis, verweigert effektiven Grenzschutz und drangsaliert stattdessen die Boten schlechter Nachrichten. Unsere Sozialschwätzer proklamieren eine „sichere Rente“. Doch die Sicherheit entspricht in etwa der Geldwertstabilität des Euro oder der (direkten oder indirekten) Korruptionsresistenz vieler Eurokraten.

Man verspricht vollmundig Demokratie und modelt gleichzeitig den Rechts- zu einem Gesinnungsstaat um. Wir spielen Volksherrschaft und verschweigen, dass dieser Staat längst durch Lobbygruppen erbeutet ist, deren Interessen vornehmlich zulasten der Bevölkerungsbasis befriedigt werden. Wo immer Unangenehmes nicht persönlich verantwortet werden soll, halten sich die Führenden zahlreiche Gefälligkeits-Statistiker und -Gutachter mit dubiosen Recherchen. Zudem leisten wir uns Abertausende von angeblich „kritischen“ Kulturschaffenden, Historikern, Politologen und anderen Gesinnungswissenschaftlern. Dabei zementiert das Ganze nur eine Systemkonformität, die im Verlauf unserer Geschichte höchst selten übertroffen wurde.

Mein Freund hat recht: Wir leben in einem Betrugszeitalter. Auf eines wenigstens lässt sich weiterhin bauen: auf die Schnelligkeit oder Verlässlichkeit, mit denen einem Steuerbescheide zugehen oder Zahlungsbefehle, wenn man eine Geschwindigkeitsbeschränkung nur um zehn Kilometer pro Stunde überschreitet. Ganz hoffnungslos unsolide ist dieser Staat also noch nicht.

Wie Deutschland mit Piraten umgeht

Kaperer der »Taipan« haben nach ihrer Haftverbüßung Asyl beantragt und sind noch im Land

Fünf der zehn Piraten, die 2010 den deutschen Frachter „Taipan" vor Somalia gekapert hatten, haben nach Abbüßung ihrer Haft in Deutschland Asyl beantragt.

2010 kaperten zehn schwerbewaffnete somalische Piraten 500 Seemeilen vor Somalia mit modernen Schnellbooten das deutsche Containerschiff „Taipan". Mit Kriegswaffen, Sturmgewehren, Kalaschnikows und einer Panzerabwehrrakete, beschossen sie die Crew, die sich einschließen und einen Hilferuf absetzen konnte. Besatzungsmitglieder der niederländischen Fregatte „Tromp", die sich von Hubschraubern abseilte, beendete die Kaperung und stellte die Piraten. Sie wurden später an Deutschland ausgeliefert. Die Bilder gingen um die Welt. Das Gericht sprach die Piraten des Angriffs auf den Seeverkehr und des erpresserischen Menschenraubes schuldig, blieb mit seinem Urteil jedoch zum Teil deutlich unter den Anträgen der Staatsanwaltschaft. Es war der erste Piratenprozess in Deutschland seit vier Jahrhunderten.

Nach Verbüßung ihrer Haftstrafen zwischen zwei und sieben Jahren erwies sich der Senat von Hamburg aber beim Versuch, die Personen nach Somalia abzuschieben, als hilflos, weil fünf nicht zurückkehren wollten und das Zauberwort „Asyl" sagten. Asyl gilt in Deutschland offenbar auch für Schwerstverbrecher und Gefährder, das hat auch gerade der Fall von Sami A., dem mutmaßlichen Ex-Leibwächter des Massenmörders Osama Bin Laden, gezeigt, der jetzt auf Kosten Deutschlands wieder aus Tunesien hierhergeholt werden soll.

Die Anträge der fünf Piraten wurden zwar abgelehnt, aber in Deutschland sind sie trotzdem noch, weil drei von ihnen während der Haft Verwandte geheiratet hatten, die als „normale" Asylbewerber eingereist waren. Diese haben nun einen Duldungsstatus, weil bereits Kinder vorhanden sind. Aber selbst der Abschiebebescheid für die beiden unverheirateten Piraten, könne nicht umgesetzt werden, da es für eine Rückführung keine geeignete Flugverbindung nach Somalia gäbe, so entgegnete der Hamburger Senat auf eine Anfrage der AfD. Außerdem stelle die somalische Botschaft den Piraten auch keine Pässe aus.

Jetzt leben die Schwerstverbrecher, die mit Kriegswaffen auf ein deutsches Handelsschiff schossen und wahrscheinlich bei vorherigen Pirateneinsätzen Millionen erbeutet haben, rundumversorgt vom deutschen Steuerzahler. Das bedeutet: Die fünf Piraten dürfen bleiben, beziehen Geld nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Stadt Hamburg hat sie in Wohnungen untergebracht. Aus Seeräubern mit Kriegswaffen werden in Deutschland mit einfachen Rechtskniffen „Flüchtlinge".

Die Kaperer der „Taipan" waren nicht die einzigen, die in Deutschland Asyl beantragt haben. Ahmed M., ein mutmaßlicher Kaperer des deutschen Chemikalientankers „Marida Marguerite", war bei seiner Einreise nach Deutschland im Jahr 2015 festgenommen und in Untersuchungshaft gesteckt worden, weil bei einem Abgleich der Fingerabdrücke die seinigen im Zuge der polizeilichen Ermittlungen auf dem Chemikalientanker „Marida Marguerite" sichergestellt worden waren. Das Schiff war im Mai 2010 von somalischen Piraten entführt und mehrere Monate festgehalten worden. Die Ermittler konnten nachweisen, dass Ahmed M. während des Überfalls Besatzungsmitglieder des Tankers misshandelt und gefoltert hatte. Im März 2015 wurde ein weiterer mutmaßlicher Pirat des deutschen Chemikalientankers „Marida Marguerite" bei der Einreise mit einem gefälschten italienischen Pass nach Bayern erwischt.

Im August 2015 wurde noch ein mutmaßlicher Pirat, dem zur Last gelegt wird, an der Entführung des Frachtschiffs „Susan K" beteiligt gewesen zu sein, in einem Asylbewerberheim in Reutlingen festgenommen. Im November 2015 gab ein weiterer somalischer Asylsucher in einem Prozess vor dem Landgericht Potsdam wegen Totschlags an einem Landsmann in einem Asylbewerberheim an, ein „ehemaliger somalischer Pirat" zu sein. Der Mann mit drei weiteren Aliasnamen mit unterschiedlichen Altersangaben und Geburtsdaten hatte sich in Frankreich aufgehalten, bevor er in Deutschland seinen Asylantrag stellte.

Das Asylrecht wurde einst für politisch Verfolgte eingerichtet. Jetzt scheint es, dass infolge eines Versagens des Rechtsstaates, immer mehr kriminelle und religiöse Verfolger wie die Piraten und der Dschihadist Sami A. dieses Recht für sich nutzen und dadurch das ganze Asylsystem ins Absurde verdrehen.

Bodo Bost



Bild: pa

Wird nach seiner Überwältigung durch niederländische Soldaten in Dschibuti von Bord gebracht: Einer der somalischen Piraten

MELDUNGEN

Palmer kritisiert »Tagesschau«

Tübingen – Der Tübinger Oberbürgermeister Boris Palmer (Grüne) hat die ARD-„Tagesschau" dafür kritisiert, in ihren täglichen Meldungen nicht über die Tötung eines Offenbacher Arztes durch einen 26-jährigen Somalier berichtet zu haben. „Tagesschau"-Leiter Kai Gniffke hat sich damit gerechtfertigt, dass die Tötung des Arztes nicht von nationaler oder gesellschaftlicher Relevanz sei. Palmer widerspricht dem. Asylbewerber seien bei schweren Gewalttaten überrepräsentiert, so der Kommunalpolitiker, der in seiner Partei seit Längerem angegriffen wird. 40 Prozent der Tatverdächtigen bei Mord und Totschlag seien nicht deutsch, so Palmer. Gleichzeitig nähmen die Attacken mit Messern zu, wofür „Asylbewerber wesentlich verantwortlich sind". Rainer Wendt, Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft, schloss sich der Sicht des Politikers an. *H.H.*

Teure Energiewende

Berlin – Die Energiewende wird Deutschland bis 2025 Schätzungen zufolge 520,6 Milliarden Euro kosten. Den größten Brocken stellt die Erneuerbare-Energien-Gesetz-Umlage mit 407,5 Milliarden dar. Es folgen der Übertragungsnetzausbau mit 32,3, der Verteilungsnetzausbau mit 23, die Kraft-Wärme-Kopplung-Umlage mit 18 sowie die staatlichen Forschungsausgaben von Bund und Ländern mit 12,2 Milliarden Euro. Entsprechend hoch ist der Strompreis, ein echter Standortnachteil Deutschlands im globalen Wettbewerb. Für die Industrie betrug der Preis pro Kilowattstunde im Jahre 2016 14,99 Cent. Im an fossilen Energieträgern armen Italien lag er mit 15,41 Cent zwar noch höher, aber in Spanien mit 10,67, in Frankreich mit 9,43, in Polen mit 8,12, in Ungarn mit 8,01 und in Schweden mit gar nur 6,36 Cent weit darunter. *PAZ*

AfD-Politiker überfallen

Die Polizei geht offiziell nicht von einem politischen Motiv aus

Der AfD-Landtagsabgeordnete Lutz Hecker ist in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag des vergangenen Wochenendes in der Homburger Innenstadt Opfer eines Raubüberfalls geworden. Ein bislang unbekannter Täter schlug auf den 49-Jährigen ein und raubte seine Geldbörse. Hecker, der in der Homburger Universitätsklinik wegen zwei Kieferbrüchen behandelt wird, wird mehrere Wochen lang ausfallen. Vor allem diese schweren Verletzungen sprechen dafür, dass es sich bei diesem Verbrechen nicht nur um einen gewöhnlichen Raub aus Geldgier handelte.

Nichtsdestotrotz war in dem Bericht der Polizeiinspektion Homburg, in dem das Opfer nicht namentlich genannt wurde, zunächst von leichten Verletzungen die Rede, und das, obwohl die schweren Verletzungen schon auf den ersten Blick hätten deutlich werden müssen.

Noch eine weitere Ungereimtheit taucht in dem Bericht auf. Obwohl in ihm steht, „die Hintergründe der Tat sind noch nicht klar", erklärte Polizeisprecher Georg Himbert, dass der Staatsschutz nicht einbezogen sei. Vielmehr sind mit den Ermittlungen Fachleute des Landespolizeipräsidiums für Raub- und Vermögensdelikte beauftragt. Der Verdacht drängt sich auf, dass man einen politischen Hintergrund von Amts wegen ausschließen will.

Lutz Hecker, der Parlamentarische Geschäftsführer der dreiköpfigen AfD-Fraktion im saarländischen Landtag und stellvertretende Vositzende der Landespartei, war am Sonnabendabend mit dem Zug von einem Treffen der AfD-Bundesprogrammkommission in Erfurt in seine Heimatstadt Homburg zurückgekehrt. Nach eigenen Worten hob er in einer Bank Geld ab, um mit einem Taxi vom Hauptbahnhof nach Hause fahren zu können. Auf dem Rückweg von der Bank zum Bahnhof kam es dann zu dem Raubüberfall.

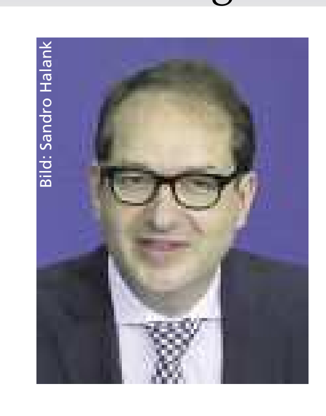
> Weil nicht sein kann, was nicht sein darf?

Erst nach einer Stunde Bewusstlosigkeit, in der er unbemerkt in einer Nebenstraße des Hauptbahnhofs gelegen habe, sei Hecker zu sich gekommen, sei zur nahe gelegenen Polizeidienststelle gegangen und habe dort Strafanzeige erstattet, berichtete die Polizei. Hecker selbst sagte, er habe aufgrund einer Gehirnerschütterung überhaupt keine Erinnerungen an die Tat.

Auch eingedenk der Tatsache, dass es nicht der erste politisch motivierte Überall auf einen AfD-Politiker in den vergangenen Wochen in Deutschland gewesen wäre, zweifeln viele Analysten an der Theorie eines einfachen Raubüberfalls. Wenn hierzulande jemand unterhalb des Rentenalters ausgeraubt wird, kann er sich gewöhnlich anschließend mehr oder weniger leicht verletzt aufrappeln. Der Verdacht keimt auf, dass ein Raubmotiv vorgetäuscht wurde, um ein versuchtes Tötungsdelikt zu vertuschen, und die Polizei mitspielt. So reicht dieser offenbar allein die Tatsache, dass ein Portemonnaie entwendet wurde, um von einem gewöhnlichen Überfall auszugehen, der Ermittlungen des Staatsschutzes unnötig macht.

Die Ermittler haben bislang keine Hinweise auf den oder die Täter. Dies ist umso bemerkenswerter, als in der Nähe eines Hauptbahnhofs und einer Bank normalerweise Kameras installiert sind, die das Geschehen im Umkreis aufzeichnen. *B.B.*

Zeitzeugen


Bild: Sandro Halank

Alexander Dobrindt – Der ehemalige Bundesverkehrsminister brachte im Sommer 2017 ein Gesetz durch den Bundestag, mit dem die Teilprivatisierung von einzelnen Abschnitten der deutschen Autobahnen erleichtert werden sollte. Eines der ersten Modellprojekte an der A1 bei Bremen stand im vergangenen Jahr wegen der drohenden Insolvenz des Betreibers bereits kurz vor dem Aus.

Giovanni Castellucci – Der Vorstandsvorsitzende der Firma Autostrade per l'Italia, die auch den Abschnitt auf der italienischen Autobahn A10 verwaltet, auf der die eingestürzte Morandi-Brücke liegt, hat 500 Millionen Euro Soforthilfe zugesagt. Hiervon sollen der Wiederaufbau und die Entschädigung der Opfer finanziert werden.


Bild: Imago

Boijko Borrisow – Der konservative Premierminister Bulgariens ließ nur einen Tag nach der Katastrophe von Genua ein Sonderprogramm zur Sanierung von 211 maroden Brücken im Land anlaufen. Diese wurden größtenteils in der Zeit der kommunistischen Diktatur das letzte Mal generalüberholt.


Bild: Imago

Thomas Oppermann – Der heutige Bundestagsvizepräsident hat sich im vergangenen Jahr in seiner damaligen Funktion als Fraktionschef der SPD als Hauptkritiker der Privatisierungspläne von Verkehrsminister Dobrindt gegeben. Zwar konnten die Sozialdemokraten einige Einschränkungen bei dem verabschiedeten Gesetzentwurf erwirken, dennoch bleiben Hintertüren für Privatinvestoren offen.


Bild: Imago

Andreas Scheuer – Der amtierende Bundesverkehrsminister kündigte in der vergangenen Woche ein optimiertes Kontrollsystem für deutsche Straßenbrücken an. Im Vordergrund der Inspektionen soll dabei nicht allein die Beschaffenheit der Fahrbahn, sondern vor allem die Tragfähigkeit der Bauwerke stehen.

Die EU hält sich raus

Brüssel beteiligt sich nicht an der notwendigen Bestandserhaltung

Als nach einem Unwetter am Dienstag der vergangenen Woche die Morandi-Autobahnbrücke im norditalienischen Genua einstürzte, gab diese Katastrophe den Anstoß für eine heftig geführte Debatte um den Zustand der dortigen Verkehrsinfrastruktur, die nur wenige Stunden später auch Deutschland erfasste.

In Italien dreht sich die aktuelle Diskussion vornehmlich um die Privatisierung von Straßen, denn der Teil der Autostrada 10, auf dem sich das Unglück ereignete wird von einer Aktiengesellschaft verwaltet, hinter der mehrheitlich der Mode-Unternehmer Gilberto Benetton steht. Innenminister Salvini sieht die Schuld für den Einsturz bei der Betreiberfirma, die die Brücke nicht vorschriftsmäßig gewartet habe.

Ebenso erhebt er Vorwürfe in Richtung Brüssel. An den Kosten für die Sicherheit derartiger Bauwerke würde sich die EU aufgrund ihres strikten Reglements nicht beteiligen. Da der der rechten Lega Nord angehörige Salvini allein schon wegen seiner restriktiven Asylpolitik für deutsche Journalisten ein rotes Tuch ist, konterten diese den Vorwurf des Mailänders voller Häme damit, dass Italien die ihm zustehenden Gelder aus den europäischen Strukturfonds gar nicht gänzlich abrufe.

Deutschland könnte von einer Reform der Förderung profitieren

Das ist zwar in der Sache richtig, was die Qualitätsmedien dabei allerdings unterschlagen, ist, dass die EU sich finanziell nur an Neubauten, nicht aber an der notwendigen Bestandserhaltung der bereits vorhandenen Infrastruktur beteiligt. Im Falle der Morandi-Brücke hätte Brüssel also ohnehin keinen Cent für eine Sanierung ausgegeben.

Eine künftige Ausweitung der europäischen Förderichtlinien auf Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden Bausubstanz brachten dann zwei Tage nach dem Unglück in Genua Europapolitiker der Grünen erstmals ins Gespräch. Eine solche Neuregelung hätte den Vorzug, dass bereitstehende Gelder mit höherer Wahrscheinlichkeit in Anspruch genommen würden, als bislang.

Der Abruf der Mittel gestaltet sich derzeit vor allem deswegen schwierig, weil die Mitgliedsstaaten eigene Beiträge für Bauprojekte bereitstellen müssen, um überhaupt in den Genuss von Zuschüssen der EU zu gelangen. Über diese Summen verfügen gerade finanzschwache Länder nicht.

Letztlich sind große Teile des europäischen Kontinents schon heute verkehrstechnisch gut erschlossen, sodass Neubauten selten sind und sich allein die Planungen über Jahrzehnte hinziehen können.

Gerade Deutschland könnte von einer Ausweitung der europäischen Förderichtlinien auf Maßnahmen zur Sicherung der bestehenden Bausubstanz profitieren. Planer gehen davon aus, dass hierzulande jede achte Brücke sanierungsbedürftig ist.

Noch desolater sieht der Zustand deutscher Autobahnen und Straßen aus. Zwar halten Behörden und Straßenbauexperten aufgrund einer noch angemessenen Kontrolldichte eine Katastrophe wie jetzt in Genua in der Bundesrepublik eher für unwahrscheinlich, doch ganz gefeit ist man davor nicht.

Im vergangenen Herbst sackte beispielsweise die Autobahn A20 in der Nähe des pommerschen Tribsees auf einer Länge von über 100 Meter in sich zusammen. Ursache war die mangelhafte Gründung der Trasse, die dort über ein ehemaliges Moorgebiet führt. Die Autobahn wurde komplett gesperrt und ist vermutlich erst im Jahr 2021 wieder voll befahrbar.

Dirk Pelster


Vermutlich erst im Jahr 2021 wieder voll befahrbar: Die Autobahn A20 in der Nähe des pommerschen Tribsees Bild: Imago

In Deutschland wird viel mit Beton gebaut

Die Beton-Industrie in Deutschland steht schon seit Längerem in der Kritik. Mehrere Verfahren von Straf- und Aufsichtsbehörden wurden in den letzten Jahren gegen das sogenannte Zementkartell geführt. Diese blieben meist erfolglos.

Nach dem Einsturz der Autobahnbrücke in Genua hat der Architekt Richard Dietrich nun erneut vor dem Einfluss dieser Industriesparte gewarnt. In einem Interview gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland erklärte er, dass die Nutzung von Beton, der gerade in der Bundesrepublik als bevorzugter Baustoff für Brücken verwendet wird, erhebliche Risiken für die Statik eines solchen Bauwerkes mit sich bringt. Schon kleine Risse ermöglichen das Eindringen von Wasser und damit das Rosten der im Beton liegenden Stahlbewehrung. Diese Schäden können von außen nur schwer und oft erst spät erkannt werden. Dadurch erhöht sich das Risiko für die Tragfähigkeit der Bauwerke. Die bei den regelmäßigen Inspektionen eingesetzten Ultraschallgeräte könnten keine absolut zuverlässigen Ergebnisse liefern. Betonbrücken müssten daher als kaum kontrollierbar eingestuft werden. Dietrich geht davon aus, dass rund 13 Prozent der rund 120 000 Straßenbrücken in Deutschland schwere Schäden aufweisen.

Experte empfiehlt Rückkehr zum Stahl

Der Experte empfiehlt für zukünftige Neubauten den Rückgriff auf Stahl. Vor dem Krieg war die Stahlbauweise bei Brücken der Standard in Deutschland. Den Grund für die Nutzung von Beton sieht er in der Macht des Zementkartells. Dieses übe einen großen Einfluss aus. Nach der Ansicht von Dietrich reicht dieser bis in die Hörsäle deutscher Universitäten und Fachhochschulen hinein. Bereits in den Vorlesungen würden den Studenten der Architektur und des Bauingenieurwesens die Vorzüge des Baustoffes Beton nahegelegt. Dietrich selbst hat zahlreiche Brücken selbst entworfen. Dabei griff er überwiegend auf Stahl und Holz als Baumaterialien zurück.

D.P.

Noch drei Jahre

Ab 2021 soll eine GmbH Deutschlands Autobahnen bewirtschaften

Einen wesentlichen Schub nahm die Entstaatlichung öffentlicher Einrichtungen unter der Regierung von Bundeskanzler Gerhard Schröder. Hier hieß das neue Zauberwort „Public-private-Partnership" (öffentlich-private Partnerschaft). Gefängnisse wurden teilprivatisiert, die Lkw-Maut auf Autobahnen wurde von einem Betreiberkonsortium aus der Industrie erhoben und Verwaltungsgebäude wurden an Immobilienfirmen verkauft und gleich wieder von der dort sitzenden Behörde angemietet.

Innerhalb des letzten Jahrzehnts wurde dieser Trend jedoch umgekehrt. Nach einem Volksbegehren kaufte beispielsweise das Land Berlin die Wasserbetriebe von einem Investor zurück.

Eine noch wie vor anhaltende und kaum beachtete Entwicklung ist die Neuorganisation vieler staatlicher Verwaltungseinheiten nach Kriterien, die ansonsten in der freien Wirtschaft üblich sind. Innerhalb der Bundesagentur für Arbeit wurden etwa in mehreren Reformschritten bislang zusammenhängende Dienststellen

Eine GmbH verwaltet den Fuhrpark der Bundeswehr

und Organisationsbereiche getrennt und neu zugeschnitten. Dies wird in der Regel mit Effizienzgewinnen begründet. Doch wahr ist auch, dass es heute vergleichsweise einfach möglich wäre, die mit der Durchführung der Arbeitsvermittlung betrauten Einheiten der Behörde zu privatisieren, während man die Auszahlung des Arbeitslosengeldes als staatliche Aufgabe beibehalten kann, so, wie dies vor einigen Jahren insbesondere von FDP-Politikern gefordert wurde.

In einigen Bereichen wird die Durchführung hoheitlichen Handels gleich vollständig an privatwirtschaftlich organisierte Institutionen abgegeben. Der Fuhrpark der Bundeswehr wird schon seit einigen Jahren von einer dem Bund gehörenden GmbH verwaltet. Bei den deutschen Autobahnen zeichnet sich eine ähnliche Entwicklung ab. Im vergangenen Jahr wurde die Verwaltungszuständigkeit der Länder an den Bund abgegeben. Ab 2021 soll auch hier eine GmbH die Bewirtschaftung der Autobahnen übernehmen. Teile des Netzes werden bereits heute privat verwaltet.

D.P.

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Es ist längst nicht nur das Geld

Problemschüler, marode Bauten, Inklusionsfolgen: Warum Berlin so schwer Lehrer findet



Hoher Anteil von Ausländerkindern erschwert die Arbeit: Berliner Schulklasse

Bild: Imago

In fast allen Bundesländern werden derzeit Lehrer händeringend gesucht. Umso bemerkenswerter ist, dass Brandenburgs Bildungsministerium zu Beginn des Schuljahres fast alle noch offenen Stellen besetzen konnte. Berlin hat deutlich mehr Probleme, ausreichend Lehrkräfte zu bekommen.

Kurz vor Beginn des Schuljahres meldete die Sprecherin des brandenburgischen Bildungsministeriums, dass tatsächlich rund 1000 Lehrkräfte verpflichtet werden konnten, um den Bedarf abzudecken. Wie es aus Potsdam hieß, waren zum Schulbeginn lediglich noch einige wenige Stellen zu besetzen. In Brandenburg, aber auch in ganz Deutschland, sind vor allem Lehrer für Grundschulen zu gefragten Kräften geworden. Um sie zu gewinnen, setzt Brandenburg darauf, Pädagogen mit einer gymnasialen Lehramtsbefähigung künftig auch zu verbeamten, wenn sie überwiegend an Grundschulen unterrichten. Für alle Grundschullehrer will das Land im kommenden Jahr zudem die Gehälter um eine Stufe erhöhen.

Wie andere Bundesländer muss Brandenburg auch auf sogenannte Quereinsteiger zurückgreifen. Bundesweit üblich war es bislang, diesen Lehrern nur zeitlich befristete Arbeitsverträge zu geben. Die Vorsitzende der Bildungsgewerkschaft GEW, Marlis Tepe, hat im Zusammenhang mit solchen Befristungen auf ein Problem für die Betroffenen hingewiesen: Mit dem Beginn der Sommerferien landen diese Lehrer oftmals in der Arbeitslosigkeit. Brandenburgs Bildungsministerin Britta Ernst (SPD) sagte gegenüber der „Lausitzer Rundschau“ zum Thema Befristungen: „Das ist erfreulicherweise bis auf ganz wenige Ausnahmen bei uns kein Thema.“

Das Land Berlin hatte deutlich mehr Schwierigkeiten, den Bedarf an zusätzlichen Lehrern abzudecken. Noch vor wenigen Monaten war die Rede davon, dass die Lage dramatisch sei. Zwar konnte Bildungssenatorin Sandra Scheeres (SPD) noch rechtzeitig alle offenen Stellen besetzen, allerdings haben von den 2700 neuen Lehrern nur 1047 ein Lehramtsstudium absolviert. Die meisten der neuen Pädagogen sind als Quereinsteiger aus anderen Berufsfeldern ins Klassenzimmer gewechselt.

> »Unterstützung fehlt«: Schulleiterin schmeißt hin

Tom Erdmann, Vorsitzender der Berliner GEW, zollt den Bemühungen der Senatorin Respekt, alle offenen Stellen zu besetzen, übt aber auch Kritik an der Einstellungspraxis in der Hauptstadt. Aus Sicht des GEW-Chefs musste sich Scheeres „einiger Tricks bedienen“. Um die Statistik aufzubessern, rechne die Senatorin „erstmals Willkommenslehrkräfte, Pensionäre und Masterstudierende in das Einstellungskontingent mit ein“, so Erdmann.

Ähnlich wie Brandenburg setzt Berlin inzwischen stark auf finanzielle Anreize. Als eines der ersten Bundesländer will das Land unter bestimmten Bedingungen Grundschullehrern künftig genauso viel zahlen wie Studienräten an den Gymnasien. Da Berlin bislang noch immer auf die Verbeamtung von Lehrern verzichtet, bietet das Land Pädagogen mittlerweile auch hohe Einstiegsgehälter, um mit anderen Bundesländern konkurrieren zu können.

Dass Berlin trotz solcher Anreize ein Problem hat, insgesamt genug Lehrer zu finden, ist bemerkenswert. Offensichtlich spielen für viele Bewerber nicht nur das Einkommen, sondern neben den Beamtenprivilegien auch die Rahmenbedingungen eine wichtige Rolle. Gerade hierbei schneidet Berlin aber nicht sonderlich gut ab. Entscheidet sich ein Lehrer für Berlin, dann ist beispielsweise die Wahrscheinlichkeit recht hoch, dass er an einer baufälligen Schule unterrichten muss.

Als der Senat im Frühjahr per „Schulbaufahrplan“ den Sanierungsbedarf auflistete, kam ein telefonbuchdicker Wälzer mit 740 Seiten heraus. Das ist nicht die einzige Zusatzbelastung für die Lehrer. Speziell die Anfänger, die keine reguläre Lehrerausbildung haben, müssen sich in Berlin noch auf einen anderen Umstand einstellen. Die Quereinsteiger werden vor allem an Schulen in sozialen Brennpunkten eingesetzt.

Dort treffen sie auf Klassen, die mitunter zu mehr als 90 Prozent aus Schülern mit Immigrationshintergrund bestehen. Zum Schulalltag gehören dort nicht nur immer mehr Schüler mit mangelhaften Deutschkenntnissen, sondern zunehmend auch verhaltensauffällige und gewaltbereite Schüler. Brandbriefe von Berliner Lehrern deuten darauf hin, dass auch dem Projekt der Inklusion, dem gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Schülern, das Scheitern im Schulalltag droht.

Was der Einsatz an Brennpunktschulen konkret bedeutet, zeigt das Beispiel der Schöneberger Spreewald-Grundschule. Die Schule mit ihrer schwierigen Schülerklientel sorgte in den vergangenen Monaten wiederholt für Schlagzeilen. So sah sich die Schulleiterin sogar gezwungen, einen privaten Wachdienst zu engagieren, der gewalttätige Jugendliche und rabiate Eltern vom Gebäude fernhalten sollte. Inzwischen sind offenbar auch noch akute Probleme mit der umliegenden Drogenszene hinzugekommen. Zum Beginn des neuen Schuljahres wurde nun bekannt, dass Doris Unzeitig, die bisherige Leiterin der Spreewald-Grundschule, gekündigt hat. Als Begründung führte Unzeitig an, sie habe nicht die Unterstützung für ihre Schule erhalten, die sie sich gewünscht hätte.

Norman Hanert

Zirkus in Not

Von Theo Maaß

Der Zirkus Hoppla Hopp ist in zweifacher Hinsicht ein Familienbetrieb. Einerseits zieht das Programm vornehmlich junge und ganz junge Zuschauer an, andererseits bestreitet Sven Rogall mit seinen drei Kindern David, Shannon und Sophia das gesamte Programm. Ansonsten wirken nur Hunde, Taube, Ponys, Pferde und Kamele. mit Am Kassenhäuschen erfährt der Gast, welche Abgaben der Zirkus leisten muss, bevor überhaupt das Zelt aufgebaut werden kann. Bei 20 Abgaben habe ich aufgehört zu zählen.

Mit den Abgaben enden Ärger und Schwierigkeiten keineswegs. Auf der Internetseite von Hoppla Hopp lesen wir: „In einer Zeit, in der radikale Tierrechtsaktivisten mit fragwürdigen Methoden gegen jegliche Art der Tierhaltung in Menschenobhut hetzen und hierbei teilweise auch vor Straftaten nicht zurückschrecken, möchten wir uns mit Nachdruck für den traditionellen Circus, sowohl mit Haus- als auch mit Wildtieren aussprechen.“

Rogall möchte keinen Ärger. Darum will er die Namen der Vereine nicht nennen. Aber es sind dieselben, die in den Fußgängerzonen Studenten beschäftigen, die wohlhabende Hausfrauen überreden, Geld für „eine gute Sache“ zu spenden. Die Aktivisten dieser Organisationen schreiben Briefe an Platzvermieter und Ämter, um dem Zirkus Schwierigkeiten zu machen. Dabei muss Rogall mit seinen Tieren jedes Mal zum Veterinäramt, wenn er in einem anderen Landkreis auftreten will. Beanstandet wurde seine Tierhaltung noch nie. Die Hinweisplakate, die Rogall aufstellt, werden häufig beschädigt oder entwendet.

Es gehört viel Idealismus dazu, diesen kleinen Zirkus zu betreiben. Großes Geld ist nicht damit zu verdienen: „Es wird immer schwieriger, mit dem Zirkusleben Geld zu verdienen. Die Glanzzeit ist vorbei.“

Aber wenn die Kinder mit ihren Eltern da sind und vor Begeisterung kreischen, dann sind alle Zirkusleute zufrieden. Anderen Menschen Freude zu bereiten, das macht Rogall glücklich. Auch er ist stolz auf seine Kinder: „Es ist toll, dass alle so mitziehen.“ Besonders seit seine Frau krank geworden ist und für die Zirkusaktivitäten ausfällt, hängt fast alles an den Kindern. Sie haben schon sehr früh damit begonnen, mit den Tieren Kunststücke einzuüben, die sie nun zur Freude des Publikums darbieten.

In diesem Jahr kann Hoppla Hopp immerhin schon auf ein zehnjähriges Bestehen zurückblicken. In einer Zeit der Unbeständigkeit ein kleines Wunder. Meinem Enkel hat der Besuch der Vorstellung jedenfalls Spaß gemacht. Mein Sohn war glücklich, weil der Kleine 90 Minuten voller Begeisterung war. Ich finde, dass Eltern besser daran tun, mit ihren Kindern diese oder andere Zirkusvorstellungen zu besuchen, als den Nachwuchs vor dem Fernseher zu parken.

Zeitzeugen unerwünscht

DDR-Polizeigefängnis: Ehemalige Häftlinge sollen keine Führungen machen dürfen

Berlins Schulsenatorin Sandra Scheeres (SPD) will das ehemalige Ost-Berliner Polizeigefängnis in der Keibelstraße zum Lernort machen. Bis 1990 diente der Zellentrakt mit über 100 Zellen als Untersuchungshaftanstalt des Volkspolizeipräsidiums. Oft genug war der Bau unweit des Alexanderplatzes nur eine erste Station, der sich eine längere Haft in Stasi-Gefängnissen anschloss. Nach den Plänen der Schulsenatorin sollen sich ab Dezember Schüler die Zellen, eine Ausstellung und Archivmaterial anschauen können. Man rechnet mit dem Besuch von 300 Schulklassen jährlich ab 2019.

Schon 2014 hatte sich eine Initiative für einen Lernort im Ex-Gefängnis gebildet. Im Gründungspapier der Initiative „Ehemaliges Polizeigefängnis Keibelstraße“ erklärten frühere Häftlinge: „Der ... Zellenbau eignet sich in besonderer Weise, um an einem authentischen Ort zur Auseinandersetzung mit den Formen politischer Verfolgung, der Entrechtung der Bürger und des staatlichen Machtmissbrauchs in der DDR anzuregen.“ In den Zellen wurden „Republikflüchtige“ und Regimekritiker festgehalten, unter anderem Wolf Biermann, der Musiker Toni Krahl und der Maler Norbert Bisky.

> Haftanstalt soll historischer Lernort werden

Am Konzept und am ausgewählten Träger entzündet sich mittlerweile scharfe Kritik. Der Senat hat sich für die „Agentur für Bildung e.V.“ als Betreiber entschieden. Für die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus ist das inakzeptabel. Zudem sorgt der Umgang mit Zeitzeugen für Unmut. Birgit Marzinka, Geschäftsführerin der Agentur, kündigte an, dass Zeitzeugen keine Führungen durch das Gefängnis machen sollen. Rainer Dellmuth, Chef der Initiative der ehemaligen Häftlinge, warnt: „Wie sollen die Schüler begreifen, welche Willkür der DDR-Staat in diesem Gefängnis walten ließ, wenn wir nicht zu Gehör kommen?“

Schon älter sind die Zweifel, wie authentisch das Gefängnis als Lernort überhaupt noch ist. Mehrere Zellen wurden für Filmaufnahmen verändert, etwa für den Film „Baader-Meinhof-Komplex“ oder den Oscar-prämierten Streifen „Das Leben der Anderen“.

Hubertus Knabe, Direktor der Stasi-Gedenkstätte Hohenschönhausen, hatte mehrfach signalisiert, dass sich seine Einrichtung auch um das Polizeigefängnis kümmern könnte. Mit Regelmäßigkeit sieht sich Knabe der Kritik einiger Medien und von Politikern des linken Spektrums ausgesetzt. Im Hinblick auf die jüngste Berichterstattung über die Gedenkstätte sah er sich nun offenbar zu einer Presserklärung genötigt. Darin stellt er klar, dass die Gedenkstätte als öffentliche Einrichtung „weder für noch gegen eine Partei, sondern allein unserem gesetzlichen Auftrag verpflichtet“ sei. Knabe kritisierte, einzelne Journalisten hätten „durch irreführende Überschriften und die Vermischung der Gedenkstätte mit einem privaten Verein“ versucht, „die Einrichtung im ehemaligen zentralen Stasi-Gefängnis in die Nähe der AfD“ zu rücken. Ansatzpunkt für neue Kritik an der Arbeit von Hubertus Knabe waren Vorgänge im Förderverein der Gedenkstätte. Die Stiftung Hohenschönhausen hat bereits im Juni die Zusammenarbeit mit dem Förderverein ausgesetzt. Stephan Hilsberg (SPD), selbst Schriftführer des Vereins, hatte dem Vereinsvorsitzenden Jörg Kürschner Affinität zur AfD vorgeworfen.

N.H.

Hertha BSC sucht

Berlins Olympiastadion ist viel zu groß

Der Berliner Bundesligist Hertha BSC wünscht sich ein neues Fußballstadion. Das Olympiastadion sei „zu groß“ für die durchschnittlich 45000 Zuschauer. Der Senat von Berlin, gebildet aus SPD, Grünen und Linkspartei, zeigt jedoch wenig Neigung, ein neues Stadion zu finanzieren.

> Pikanter Streit mit der AfD

Von den beiden kleinen Oppositionsparteien FDP und AfD kommt auch keine Unterstützung. Im Falle der AfD ist das besonders pikant, weil der Hertha-Spieler Marvin Plattenhardt sich unlängst darüber beschwerte, dass ein Fan-Foto mit ihm und Frank Schermesser – ein solches Foto wird jedem Prominenten gewährt – in den sozialen Medien veröffentlicht wurde.

Nun ist Schermesser ausgerechnet sportpolitischer Sprecher der AfD im Berliner Abgeordnetenhaus. Er macht klar, dass seine Partei die Bezuschussung eines Stadionneubaus nicht gutheißen werde.

Drohungen von Hertha BSC, einen Stadionneubau außerhalb Berlins (Oranienburg oder Dreilinden) zu betreiben, nahm die Berliner Landesregierung zu Recht nicht Ernst. Einige Zeit machte der Senat Hertha BSC Hoffnung darauf, dass das Olympiastadion nach den Vorstellungen des Vereins umgebaut werden könnte. Aber davon will der zuständige Innensenator Andreas Geisel (SPD) nichts mehr wissen.

Warum auch? Der Mietvertrag mit Hertha läuft bis 2025, und bis dahin dürfte der Verein auch nicht die mindestens erforderlichen 150 Millionen Euro für einen Stadionneubau zusammenbringen. Andere Schätzungen gehen von einem Betrag von 350 Millionen Euro aus.

F.B.

MELDUNGEN

Familiennachzug rollt kräftig an

Beirut – Deutschlands Auslandsvertretungen rund um Syrien haben bereits mehr als 31000 Terminanträge zwecks Familiennachzugs für Verwandte von Asylsuchern verzeichnet, die als „Flüchtlinge mit eingeschränktem Schutzstatus“ in der Bundesrepublik leben. Allein gut 22000 Anträge gingen bei der Botschaft in der libanesischen Hauptstadt Beirut ein. Eigentlich sollen „eingeschränkt Schutzbedürftige“ rasch in ihre Heimat zurückkehren, sobald es dort kriegsfreie Zonen für sie gibt. Stattdessen erlaubt die Regierung aus Union und SPD seit dem 1. August, dass diese Personen ihre Angehörigen nach Deutschland nachholen. In diesem Jahr sollen 5000 kommen dürfen, ab Januar dann jeden Monat weitere 1000. *H.H.*

Wohnungskauf fürs Visum

Wilna/Riga – Der Kauf einer Eigentumswohnung im Baltikum, besonders in Ostseebädern wie Jurmala oder Memel, ist bei gut situierten Russen beliebt. In Lettland ist ihre Nachfrage nach Wohnungen seit der Rubelkrise 2014 allerdings um über 60 Prozent eingebrochen, was auch mit einem erheblichen Preisanstieg für Immobilien und verschärften Aufenthaltsbestimmungen zu tun hat. Der Kauf einer Immobilie in einem der drei baltischen Länder ermöglicht Russen den Erwerb eines Schengenvisums für die Dauer von sechs Monaten. Während Russen aus dem lettischen Immobilienmarkt weitgehend verdrängt wurden, bleibt Litauen für sie und für Weißrussen interessant. Hier werden ihnen Immobilien zu günstigen Konditionen und Finanzierungen angeboten. Einige litauische Firmen werben damit, eine „Immobilie für die Erteilung eines Visums“ zu erwerben. *MRK*

Rechtsruck in Skandinavien

Prognosen sagen einen Ministerpräsidenten der Schwedendemokraten nach den Reichstagswahlen voraus

Viele Jahrzehnte galt Schweden europaweit als Hort von Toleranz und Aufgeschlossenheit, als das Land, in dem die Unvoreingenommenheit ihre Heimstatt hat, liberal, sozial und ein Musterbeispiel dafür, wie eine moderne Gesellschaft auszusehen hat. Unabdingbar, dass man bei einem derartigen Selbstverständnis links wählte, einmal mehr und einmal weniger, aber links immer. Doch diese Zeiten scheinen vorüber zu sein.

Mit großem Nachdruck wurde die Meldung nicht verbreitet: In vier schwedischen Städten riefen schwarz gekleidete, vermummte Immigranten-Banden zur Revolution auf. Sie zogen marodierend durch die Straßen, verbrannten wahllos Automobile, allein in Göteborg um die 100. Zudem wurden die Polizeibeamten, die dem Treiben ein Ende zu setzen versuchten, gewaltsam attackiert. Die in allen vier Städten gleiche Vorgehensweise und die Gleichzeitigkeit im Ablauf lassen keinen Zweifel daran, dass der Aufruhr genau geplant gewesen ist.

Über eine gewisse Zeit wurde es in Schweden als Schicksal hingenommen, dass seit 2015, dem Jahr, als die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel die Grenzen für eine unkontrollierte Zuwanderung öffnete, auch im weltoffenen eigenen Land die Zahl der Immigranten schlagartig zunahm und gleichzeitig auch die der Straftaten, und das in einem Ausmaße wie man es bis dahin nicht gekannt hatte. Doch das hat sich inzwischen geändert, und diese Änderung wird wohl bald in Zahlen und Daten abzulesen sein.

Denn am 9. September werden Reichstagswahlen abgehalten, und alle Prognosen sagen einen spürbaren Rechtsruck voraus. Bisher bildeten die Sozialdemokraten mit den Grünen eine Minderheitsregierung, geduldet von den Linken. Das könnte sich jetzt grundlegend ändern.

Die rechtsnationalen Schwedendemokraten, ohnehin bereits in den zurückliegenden Wahlperioden stark im Aufwind, profitieren enorm von der Tatsache, dass diesmal die Frage der Zuwanderung erstmals eine große Rolle im Wahlkampf spielt. Mit diesem Thema dringen die Nationalen in die Reihen der Arbeiterschaft und in das gewerkschaftliche Milieu ein und sorgen so bei allen linken Parteien für Entsetzen.

Dazu kommt, dass es auch in Schweden eine Partei gibt, die in etwa der deutschen AfD entspricht, die „Alternativ för Sverige“. Sie will bei den Wahlen das Parteiengefüge ordentlich aufmischen. Obwohl erst vor fünf Monaten gegründet, sorgt sie bereits für viel Unruhe. Nutznießer dieser neuen Partei sind die Schwedendemokraten, die jetzt, im Vergleich mit den Alternativen, als vergleichsweise gemäßigt dastehen.

Die Sozialdemokraten versuchen noch im letzten Augenblick, mit einer Verschärfung der Immigrationspolitik gegenzusteuern. Man propagiert nicht mehr das „offene Schweden“, und den Zuwanderern werden Bedingungen auferlegt wie die Pflicht, an Sprachkursen teilzunehmen. Dennoch wird für den Wahltag für die Sozialdemokraten ein Verlust von zehn Prozent der Stimmen vorausgesagt, was bei derzeit 31 Prozent einen gewaltigen Aderlass bedeuten würde. Ähnliche Verluste werden für die bürgerlichen Moderaten erwartet, den ewigen Gegenspielern der Linken. Ihre vorhergesagten Einbußen liegen bei etwa acht Prozent.

Dagegen liegen die Schwedendemokraten nach dem Umfrage-institut Yougov derzeit bei 25,7 Prozent und wären damit die stärkste Partei, die demzufolge mit einer Regierungsbildung beauftragt werden müsste. Es wäre das erste Mal seit mehr als 40 Jahren, dass in Schweden der Ministerpräsident weder von den Sozialdemokraten noch von den Moderaten gestellt würde – eine Zeitenwende.



Bild: action press

Schwedens nächster Regierungschef? Der Vorsitzende der Schwedendemokraten, Jimmie Akesson

Aus denselben Gründen wie in Schweden gibt es auch in Dänemark eine Bewegung, die sich gegen Überfremdung und eine so empfundene kulturelle Bedrohung wendet. Die Regierung hat vor Kurzem ein Maßnahmenpaket gegen die Kriminalität im Land verabschiedet, in erster Linie gegen die Kriminalität, die von Einwanderern ausgeht. „Die Ghettos müssen weg“, forderte Ministerpräsident Lars Lökke Rasmussen und legte dabei sein Konzept vor. Mit den Ghettos sind die Brennpunkte der Gewalt gemeint, die in von Zuwanderern bewohnten Vierteln alltäglich geworden ist. Rasmussen fordert, schwere Straftaten, die dort verübt werden, doppelt so hart wie üblich zu ahnden. „Dänemark ohne Parallelgesellschaften – keine Ghettos im Jahr 2030“ – das ist die Forderung der Regierung in Kopenhagen.

Mit Schweden teilen in Dänemark noch viele Menschen eine weitere Vision. Sie wollen sich nicht mehr dem Diktat der EU beugen, sondern eine „Nordische Union“ bilden. Das norwegische Demoskopieinstitut Sentio hat eine Umfrage herausgegeben, der zufolge 47 Prozent der Schweden und 45 Prozent der Dänen eine Nordische Union mit Norwegen, Finnland und Island der Brüsseler EU vorzögen. Die Sache hat allerdings den Haken, dass die Mehrheit der Norweger, nämlich 52 Prozent, ihren heutigen Status gerne behielte – verständlich, denn sie sind ja kein Mitglied der EU. Doch immerhin ist es ein knappes Drittel der Befragten, das sich für eine Nordische Union ausspricht. Zur EU aber will nur jeder zehnte.

Das Gedankenspiel um eine Nordische Union erinnert in Zielsetzung und möglicher Wirkung an die vergleichbare Entwicklung der Visegrád-Staaten Polen, Tschechei, Slowakei und Ungarn, die ebenfalls Brüssel gegenüber gewisse zentrifugale Ambitionen aufweisen. Die kritische Masse besteht aber aus zwei Komponenten: der Besinnung auf die eigene Kultur und als Gegenstück eine unkontrollierte Einwanderung. Letztere gibt es bei den Visegrád-Staaten bislang nicht, würde sie von der EU erzwungen, so wäre das für den Bestand der EU äußerst schädlich. Doch in Europas Norden könnte die Bruchlinie bald erreicht werden – und einen ungeahnten Sog nach sich ziehen.

Florian Stumfall

Finanzielles Eigentor

Geiselnahme eines US-Pfarrers kommt die Türkei teuer zu stehen

Rezepte wie politische Geiselnahmen haben in Zeiten weltweit autonomer und verquickter Wirtschaften ihre Effektivität verloren. Das muss auch der türkische Staatspräsident Erdogan noch lernen. Für den in der Türkei festgehaltenen US-Pfarrer Andrew Brunson ist das jedoch keine Genugtuung. Vor einigen Jahren wurden noch Missionare in der Türkei vielfach ermordet.

Besonders christliche Priester und Missionare leben in der Türkei gefährlich, vor allem, wenn sie aus dem Ausland stammen. Mehr als zehn von ihnen sind in den letzten Jahren in der Türkei ermordet worden, viele vermuten sogar mit der stillschweigenden Duldung der türkischen Sicherheitsbehörden. Die bekanntesten Fälle waren der Mord an dem katholischen italienischen Priester Andrea Santoro 2006 in Trapezunt und 2007 die Morde an drei protestantischen Missionaren im osttürkischen Malatya, darunter der deutsche Missionar Tilmann Geske.

Während die Mörder dieser christlichen Priester und Missionare schon längst wieder frei sind, wurden unter Erdogan weitere christliche Missionare, darunter ein deutscher Jerusalem-Pilger, festgenommen. Der prominenteste darunter ist der US-Amerikaner Brunson, der nach dem Putschversuchs 2016 als Geisel verhaftet wurde und weiter unter Hausarrest steht.

Die Verhaftung und Geiselnahme von Nichtmuslimen ist gängige Praxis in der islamischen Urgeschichte, als Nicht-Muslime vielfach als Geiseln genommen wurden, um Geld für den weiteren Fortschritt des Islams zu erpressen. Pfarrer Brunson sollte jedoch kein Geld erbringen, er sollte als Geisel gegen den muslimisch-türkischen Prediger Gülen, der als freier Mann in den USA lebt,

Wirtschaftlicher Schaden von 15 Milliarden Dollar

den Erdogan für den Putsch von 2016 verantwortlich macht, ausgetauscht werden.

Nun bewirkt jedoch gerade dieser Fall das genaue Gegenteil von dem, wozu Geiseln nach islamischer Lehre eigentlich herhalten sollen, nämlich Geld einzubringen. Durch die wegen seiner weiteren Festhaltung ausgelösten US-Sanktionen gegen die Türkei und dem damit verbunden Absturz der türkischen Lira sind der Wirtschaft der Türkei Kosten in Milliardenhöhe entstanden. Wie hoch diese Kosten in etwa sind, lässt sich jetzt an der 15 Milliarden hohen Dollar-Finanzspritze aus Katar zur Rettung türkischer Banken ablesen. Pfarrer Brunson hat demnach einen Wert von 15 Milliarden Dollar. Damit dürfte der Pfarrer jeden einzelnen Türken Hunderte von Dollars kosten und damit der teuerste Pfarrer nicht nur der Türkei, sondern weltweit sein.

Mit seiner Geiselnahme des Pfarrers hat Erdogan nicht nur den Rechtsstaat außer Kraft gesetzt, bislang hat noch kein Türke in so kurzer Zeit den eigenen Landsleuten so viel Geld aus der Tasche gezogen wie jetzt Erdogan, der damit auch dem Islam einen Bärendienst erwiesen hat.

Aber wie hatte Erdogan zu Beginn der Sanktionen zu Trump geäußert? „Ihr habt die Dollars, wir haben Allah.“ Er hätte auch sagen können „Wir haben den Pfarrer“, der die Türken mit jedem Tag seiner Haft weitere Milliarden Dollar kosten dürfte. Ob die Türken auch noch angesichts der Finanzspritze aus Katar dies noch glauben, bleibt dahingestellt. Die deutsche Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles scheint dies auch noch zu glauben, denn sie möchte dem maroden Erdogan-Staat und seiner Islamwirtschaft am IWF vorbei weitere bundesdeutsche Milliarden hinterherwerfen. *B.B.*

Immigranten auf Durchreise

Afrikaner sind in Spanien willkommen für Weiterreise gen Norden

Bereits Ende der 1990er Jahre war Spanien für illegale Einwanderer aus Afrika das Haupteinfallstor in die EU. Das Land hat mit der Straße von Gibraltar nicht nur die kürzeste geografische Verbindung nach Nordafrika, sondern besitzt durch die beiden Enklaven im Staatsgebiet Marokkos sogar zwei vorgeschobene Positionen in Nordafrika.

Nach der Abdichtung der Balkanroute 2016 und der Weigerung Italiens, weitere Rettungsboote an Land zu lassen, hat sich der Migrationsstrom in die EU seit Mai dieses Jahres sehr schnell wieder auf die Spanienroute zurückverlagert. In wenigen Wochen haben mehr als 27000 Migranten Spanien erreicht, entweder per Boot, oder indem sie die Grenzzäune in den spanischen Exklaven Ceuta und Melilla überwunden haben.

In Spanien, das zwar über ein Asylgesetz, aber über keine Asylaufnahmeeinrichtungen verfügt, enden diese Zuwanderermassen in chaotischen Zuständen. Deshalb betrachten die meisten Immigranten die iberische Halbinsel, trotz demonstrativ von der sozialistischen Regierung zur Schau gestellten Willkommenskultur, nur als Zwischenetappe. Die Mehrheit will weiter nach Norden. Und Spanien hindert die Menschen nicht daran, weiterzureisen. „Immigrant auf der Durchreise“ ist in der öffentlichen Debatte in Spanien ein fest verankerter Begriff. Ob Spanien die neu eintreffenden Zuwanderer überhaupt behördlich erfasst, ist auch nicht sicher.

Doch der französische Nachbar stellt sich quer. In der spanisch-französischen Grenzregion hat in den letzten Wochen die französische Grenzpolizei immer mehr weiterwandernde Afrikaner festgenommen und sie in Bussen nach Spanien zurückgebracht. Die

Rücknahmevertrag mit Spanien ist die Tinte nicht wert

spanische Nationalpolizei wird nur darüber informiert, dass Immigranten an der Grenze ausgesetzt werden. Eine ähnliche Praxis übt Frankreich an der italienisch-französischen Grenze bereits seit Jahren.

Auch Bundesinnenminister Horst Seehofer hat mitgeteilt, dass wegen des Durchwinkens der Spanier auch an der deutsch-französischen Grenze wieder ein verstärktes Immigrantenaufkommen aus Spanien festzustellen ist. Deshalb hatte die CSU vor zwei Monaten versucht, die Regierung zu überzeugen, den Bundespolizisten wieder die Zurückweisung von Schutzsuchenden zu erlauben, wenn diese bereits in anderen Staaten Asyl beantragt haben. Kanzlerin Merkel betrachtete dies allerdings, anders offenbar als EU-Partner Macron, als „nationalen Alleingang“, und drohte Seehofer mit der Richtlinienkompetenz, wenn dieser Asylbewerber aus sicheren Staaten zurückweisen solle.

Immerhin konnte Seehofer jetzt nach Österreich auch mit Spanien einen Rückübernahmevertrag für Immigranten unterzeichnen. Anders als Österreich hat Spanien keine gemeinsame Grenze mit Deutschland, erst infolge einer erkennungsdienstlichen Behandlung kann ermittelt werden, dass ein Immigrant über Spanien in die EU eingereist ist, falls er überhaupt dort erfasst wurde. Ein Asylbewerber, der aus Spanien kommt, müsste den großen Umweg über Österreich wählen, um direkt an der Grenze abgewiesen werden zu können. Diesen Gefallen wird wohl kaum ein Immigrant den deutschen Behörden machen, deshalb ist der Vertrag mit Spanien, trotz Merkels Staatsbesuch in Andalusien, wohl kaum die Tinte wert, mit der er unterzeichnet wurde. *Bodo Bost*

Wohnen wird zum Luxus

Unbezahlbare Wohnpreise – Bundesregierung sagt explodierenden Immobilienpreisen den Kampf an

Die Preise auf dem deutschen Immobilienmarkt sind in den vergangenen Monaten weiter gestiegen. Die Bundesregierung prüft nun Maßnahmen, um die Käufer zu entlasten.



Qual der Wohnwahl: Günstige Angebote muss man mit der Lupe suchen Bild: pa

Wohnimmobilien stehen dabei unvermindert im Fokus. Sie verteuerten sich deutschlandweit um 8,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die hohe Nachfrage nach Wohnraum führte zu einem Anstieg der Neuvertragsmieten um 4,6 Prozent gegenüber dem Vergleichszeitraum 2017. Mittlerweile sollen finanzkräftige ausländische Investoren verstärkt in Deutschland mitbieten. Die Bundesregierung prüft nun Maßnahmen, um gerade den Wohnraum in Ballungsgebieten einigermaßen bezahlbar zu halten.

„Wir prüfen aktuell, ob sich das Bestellerprinzip auch auf Immobilienverkäufe übertragen lässt“, sagte Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“. Das bedeute, dass derjenige die Maklerkosten zu tragen hat, der den Makler beauftragt hat. „Dies wurde bereits bei der Vermittlung von Mietwohnungen eingeführt. Die Einführung dieses Bestellerprinzips war ein wichtiger Schritt, um Mieter spürbar zu entlasten“, sagte Barley.

Die Maklergebühr schwankt im Bundesgebiet zwischen 5,95 und 7,14 Prozent des Kaufpreises. In Berlin, Bremen, Hamburg, Hessen und Brandenburg zahlt der Käufer die Provision komplett, in den anderen Bundesländern wird sie in der Regel geteilt zwischen Käufer und Verkäufer.

Innerhalb der Bundesregierung gelten vor allem CDU und CSU als Anwalt der potenziellen Käufer. Die SPD hat sich dagegen den sozialen Wohnungsbau auf die Fahnen geschrieben. Regulierungsbedarf sehen allerdings fast alle Beteiligten.

Die Makler-Branche sieht die Angelegenheit naturgemäß anders. Es könnte weniger Aufträge geben, wenn Verkäufer selbst die Provision zahlen müssten, sagte Jürgen Michael Schick, Präsident des Immobilienverbandes IVD gegenüber der in Magdeburg erscheinenden Tageszeitung „Volksstimme“: „Das Bestellerprinzip würde Immobilienkäufer nicht entlasten, sondern im Gegenteil stärker belasten.“ Denn der Verkäufer würde die Maklerprovision auf den Kaufpreis aufschlagen – dadurch würde sich auch die Bemessungsgrundlage für die Grunderwerbsteuer erhöhen und die Gesamtkosten für den Erwerber würden steigen. „Der Gesetzgeber würde somit zum Preistreiber – und zum einzigen Profiteur: Verlierer ist der Steuerzahler“, sagte Schick.

Der Verbandspräsident plädiert stattdessen für eine Reform der Grunderwerbsteuer, die von den Ländern erhoben wird. Dies sei eine deutlich effektivere Möglichkeit, Wohneigentum zu fördern und Käufer zu entlasten. „Bis 2006 lag die Grunderwerbsteuer bundesweit noch bei 3,5 Prozent – heute liegt sie bereits bei bis zu 6,5 Prozent“, erklärte er gegenüber der „Volksstimme“. Unterstützung für diese Pläne kam auch vom Eigentümerverband Haus und Grund. „Wenn der Staat

> In Berlin legten die Preise um 20,5 Prozent zu

die Erwerbsnebenkosten senken möchte, sollte er zunächst bei sich selbst anfangen“, sage Verbandssprecher Alexander Wiech.

Aufgrund des starken Anstiegs der Mietpreise sind vor allem junge Familien immer stärker an einem Kauf interessiert. Kredite sind aufgrund der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank günstig zu bekommen, und nun will die Bundesregierung potenziellen Käufern mit dem Baukindergeld unter die Arme greifen. Spätestens ab Herbst sollen Anträge über die staatliche KfW-Bank gestellt werden können, insgesamt 12 000 Euro pro Kind werden über zehn Jahre gezahlt, wenn das Einkommen der Eltern nicht 90 000 Euro übersteigt (plus 15 000 Euro Freigrenze je weiteres Kind).

Doch Experten zweifeln, ob dieses Modell tragfähig sein wird, da es im Endeffekt von der Allgemeinheit, sprich dem Steuerzahler, mitfinanziert wird. Die Opposition im Bundestag spricht von einem Strohfeuer und reitet eine Attacke gegen die Makler. Die Bundesregierung fahre einen „Makler-Kuschelkurs“, kritisierte Grünen-Fraktionschefin Katrin Göring-Eckardt. „Maklergebühren müssen von denjenigen gezahlt werden, die eine Immobilie verkaufen, und nicht von den Käufern.“

Vor allem in der Bundeshauptstadt nehmen die Preissteigerungen besorgniserregende Züge an. 20,5 Prozent legten die Preise für Wohnimmobilien in der deutschen Hauptstadt innerhalb eines Jahres zu, wie eine Studie der britischen Immobilienberatungsgesellschaft Frank Knight belegt, die weltweit 150 Städte untersuchte. Ende 2016 verbuchten demnach zwölf Städte Preissteigerungen über der 20-Prozent-Marke, vor allem in China. 2017 war es nur noch eine: Berlin. Als Gründe dafür nennen die Experten das starke Bevölkerungswachstum, die stabile Wirtschaftslage, die niedrigen Arbeitslosenzahlen und ein robustes Interesse ausländischer Käufer.

Unter den ersten Zehn der Studie finden sich nach einem Bericht des Nachrichtenmagazins „Focus“ drei weitere deutsche Städte. In Hamburg stiegen die Immobilienpreise innerhalb eines Jahres um 14,1 Prozent, in München um 13,8 und in Frankfurt um 13,4 Prozent.

Eine regelrechte Preisexplosion gab es am anderen Ende der Welt, nämlich in Neuseeland. Dort hat die Regierung nun zu drastischen Maßnahmen gegriffen. Ausländer dürfen vorerst in Neuseeland keine Häuser mehr kaufen. Das Parlament in Wellington verabschiedete eine entsprechende Gesetzesinitiative von Premierministerin Jacinda Ardern. Ziel ist es, Einheimischen den Kauf von Wohneigentum leichter zu machen.

In dem Pazifikstaat mit seinen etwa 4,7 Millionen Einwohnern sind die Immobilienpreise im vergangenen Jahrzehnt um 50 Prozent gestiegen. Die Regierung des ozeanischen Inselstaats begründete das Gesetz damit, dass Neuseeländer auf dem Immobilienmarkt „von wohlhabenderen Ausländern nicht überboten“ werden dürften. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

Die Lufthansa umfliegt Berlin

Frankfurt am Main – Kay Lindemann, der Leiter für Konzernpolitik bei der Lufthansa, hat der Einrichtung neuer Langstreckenflüge von und nach Berlin-Tegel eine Absage erteilt. Gegenüber dem Berliner „Tagesspiegel“ sagte Lindemann: „Angesichts der überschaubaren wirtschaftlichen Kraft Berlins kann man von uns nicht verlangen, die Stadt mit vielen Direktverbindungen an die Wirtschaftsmetropolen dieser Welt anzubinden.“ Hoch im Kurs ist Berlin dagegen als touristisches Reiseziel. Nach Angaben der Tourismusgesellschaft „Visit Berlin“ kamen von Januar bis März dieses Jahres etwa 6,4 Millionen Besucher in die Hauptstadt. Im Vergleich zum Vorjahr war dies ein Plus von 4,4 Prozent. *N.H.*

Bundesländer buhlen um Tesla

Palo Alto/Kalifornien – Der US-Hersteller von Elektroautos Tesla hat mit zwei deutschen Bundesländern Gespräche über die Ansiedlung einer sogenannten Giga-Factory zum Bau von Elektroautos und Akku-Batterien geführt. Nach Angaben des „Wall Street Journal“ sollen sich Rheinland-Pfalz und das Saarland darum bemühen, Standort eines solchen Tesla-Werkes zu werden. *N.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.354.250.225 €
Vorwoche: 1.947.401.108.665 €

Verschuldung pro Kopf:
23.547 €
Vorwoche: 23.548 €

(Dienstag, 14. August 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Gewagte Versprechen

Junckers Zusagen an Trump sind schwer einzuhalten

Durch die überraschende Vereinbarung zwischen EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und US-Präsident Donald Trump am 25. Juli wurde eine weitere Eskalation des Handelsstreits vermieden. Trump und Juncker betonten, dass keine weiteren Zölle erhoben werden sollen, „solange die Gespräche andauern“. Somit bleibt die Drohkulisse des Präsidenten weiter bestehen, während die Europäer nach Lösungen suchen müssen, um zunächst die beiden konkreten Versprechen Junckers in die Tat umzusetzen, nämlich mehr Sojabohnen und Flüssiggas aus den Vereinigten Staaten in die Europäische Union einzuführen.

Dass Juncker damit Zusagen gemacht hat, für die er kein Mandat hatte und zu deren Einhaltung er weder die EU-Länder noch ein Unternehmen zwingen kann, interessiert Trump nicht. Desgleichen wird er die von beiden Seiten vereinbarten Verhandlungen beobachten, die den Abbau gegenseitiger Handelshemmnisse für Dienstleistungen und diverse Industriegüter zum Ziel haben. Dabei kann noch viel geschehen.

Auffälligerweise erwähnte der US-Präsident bei der gemeinsamen Presseerklärung mit Juncker im Rosengarten des Weißen Hauses auch das für die US-Landwirtschaft überaus wichtige Exportgut Soja, als er die von beiden Seiten angestrebte Beseitigung von Handelshemmnissen für bestimmte Industriegüter lobte. Prompt wurde darüber spekuliert, welche Einfuhrbarrieren für Soja er gemeint haben könnte. Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, der zugleich auch Präsident

> Wie will Juncker mehr Importe von US-Soja sicherstellen?

des EU-Ausschusses der Bauernverbände ist, betonte, dass Ölsaateneinfuhren aus den USA ohnehin von Zollschranken befreit seien. Für ein Entgegenkommen der EU gegenüber den Vereinigten Staaten bei den Sojabohnenimporten sieht er keinen Handlungsspielraum.

Aus den USA und Südamerika wird fast nur billiges Soja gentechnisch veränderter Sorten (GVO) nach Europa importiert. Es ist oft stark mit Glyphosat belastet, in der EU aber seit 2015 als Futtermittel zugelassen. Damit gilt für Soja bereits eine Ausnahmesituation. Der Interessenverband Union zur Förderung von Öl- und Proteinpflanzen bekundete die Vermutung, dass Trump nun auch Zugeständnisse der Europäer im Lebensmittelrecht erwartet.

Das Haupthindernis für US-Sojabohnen im EU-Markt sei das europäische Gentechnikrecht, das vorschreibt, GVO in Lebensmitteln zu kennzeichnen. Bauernverbandspräsident Rukwied erklärte bereits, dass es auch zukünftig bei diesem Standard bleiben werde. Oberdrein muss ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs in Luxemburg abgewartet werden. Auf dem Prüfstein steht die Zulassung bestimmter Sorten von GVO-Soja als Tierfutter in die EU.

Indessen beabsichtigt die EU-Kommission, die Abhängigkeit der Tierhalter von den GVO-Sojaimporten aus Amerika langfristig zu reduzieren. Erst im Februar hatte EU-Agrarkommissar Phil Hogan den neuen EU-Eiweißplan als wichtiges Zukunftsthema der europäischen Landwirtschaft vorgestellt. Der Anbau von Eiweißpflanzen und Hülsenfrüchten sowie von nicht-genverändertem Soja soll stärker gefördert werden. Damit können sich die Landwirte zusätzliche Einkommensquellen erschließen. *D. Jestrzemski*

Günstig in den Urlaub

Türkische Lira-Schwäche belebt den Tourismus in Erdogans Reich

Die Krise der türkischen Lira wird zunehmend zu einem Problem für Staatschef Recep Tayyip Erdogan. Nicht so für Touristen, denn sie profitieren von dem Preisverfall und damit auch der türkische Tourismusbereich. Denn dieser hat eine schwere Krise hinter sich. Nach der Welle von Anschlägen in Istanbul und Ankara 2016 und dem gescheiterten Militärputsch im Juli desselben Jahres war die Zahl der europäischen Besucher massiv eingebrochen.

Seit Jahresbeginn sei die Zahl ausländischer Besucher in der Türkei um 30 Prozent gestiegen, sagt der Chef des Verbands der Reiseagenturen (Türsab), Firuz Bağlikaya. Er erwartet, dass die Zahl der Touristen dieses Jahr sogar 40 Millionen erreicht und der Umsatz im Tourismus auf beachtliche 32 Milliarden Dollar steigt.

Doch das Land ist abermals in turbulentem Fahrwasser, vor allem, weil der Staatschef einen Privatkrieg mit dem US-Präsidenten Donald Trump führt. Hintergrund des Streits ist das Schicksal des in der Türkei wegen Terrorvorwürfen festgehaltenen US-Pastors Andrew Brunson. Die USA fordern seine sofortige Freilassung. Die Strafzölle der US-Regierung hatte die türkische Landeswährung Lira massiv einbrechen lassen. Staatspräsident Erdogan sprach in dem Zusammenhang sogar von einem „Wirtschaftskrieg“.

Die US-Regierung hat die Verantwortung für die wirtschaftlichen Probleme in der Türkei umgehend zurückgewiesen. „Die wirtschaftlichen Probleme haben nicht erst begonnen, als wir am 1. August dieses Jahres Sanktionen gegen zwei Personen verhängt haben“, sagte die Sprecherin des US-

> Anstieg ausländischer Besucher in die Türkei um 30 Prozent

Außenministeriums, Heather Nauert.

US-Präsident Donald Trump hatte in dem Streit auch eine Verdoppelung von Strafzöllen auf türkische Einfuhren von Stahl und Aluminium verkündet. Erdogan reagierte daraufhin mit einem Aufruf zum Boykott von Elektronik aus den USA.

Dass es aufgrund der neuerlichen Turbulenzen abermals einen Einbruch im Tourismussektor geben könnte, glauben Experten allerdings nicht. Die Zahl der Buchungen sei unverändert hoch, teilte eine Sprecherin des Tourismusunternehmens Thomas Cook mit.

Die Touristen, die sich derzeit in der Türkei aufhalten, profitieren sogar vom Währungschaos. Auch deutsche Touristen können den Lira-Verfall ausnutzen, wenn sie in türkischen Läden oder auf Märkten einkaufen gehen. Die Hotelpreise seien allerdings längerfristig vereinbart und nicht vom aktuellen Wechselkurs bestimmt, erläuterte die Sprecherin des Reiseveranstalters Thomas Cook: „Wir sehen bereits seit Beginn des Jahres eine sehr erfreuliche Erholung der Türkei-Buchungen für die aktuelle Sommersaison.“

Bei Last-Minute-, also kurzfristig gebuchten Reisen sei die Türkei ebenfalls stark gefragt. Bei den deutschen Gästen von Thomas Cook liege die Türkei aktuell nach Spanien, aber noch vor Griechenland auf Platz zwei der beliebtesten Urlaubsziele für den Sommer.

Doch vor allem ausländische Investoren beobachten die Entwicklung mit Sorge. „Investoren versuchen, ihr Geld noch kurzfristig abzuziehen“, sagte der Chef des Münchener Ifo-Wirtschaftsforschungsinstituts, Clemens Fuest. Langfristig werde dies zwangsläufig auch Auswirkungen auf Investoren haben. *P.E.*

Noch Fragen?

Von Manuel Ruoff

Man ist gut beraten, grundsätzlich davon auszugehen, dass hinter jedem Vorschlag des (antideutschen) grünroten Milieus zur Zuwanderung das eine Ziel steckt, das möglichst viele Ausländer nach Deutschland kommen und möglichst wenige das Land wieder verlassen, auf dass die autochthone Bevölkerung schnellstmöglich die Mehrheit verliert und auf sie keine Rücksicht mehr genommen werden braucht.

Dem beschriebenen Milieu ist klar, dass die Mehrheit der Bevölkerung seinen Traum von der bunten Multikulti-Republik nicht teilt. Es versucht deshalb, den Altruismus und den Egoismus der Deutschen anzusprechen. Seine Argumentation läuft zweigleisig darauf hinaus, dass erstens die Deutschen zur Billigung der Masseneinwanderung in ihr Land ethisch-moralisch verpflichtet seien und sie zweitens selbst davon profitieren würden.

Missbrauch bei der Einwanderung in den Arbeitsmarkt

Die zweite Argumentationsschiene wird derzeit zur Begründung der Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz genützt, das ausdrücklich eine für die deutsche Volkswirtschaft förderliche Einwanderung von Nicht-EU-Ausländern in den deutschen Arbeitsmarkt zum Ziel hat. Das Timing, die Zeitwahl, des Vorstoßes ist schon bemerkenswert, hat doch die Freizügigkeit der Arbeitnehmer in der EU, die ja erklärtermaßen nur die Einwanderung eines EU-Bürgers in den Arbeitsmarkt eines anderen EU-Landes erlaubt, gerade mit dem Kindergeld-Skandal vor Augen geführt, dass sie nichtsdestoweniger zur Einwanderung in die Sozialsysteme Deutschlands systematisch missbraucht wird. Es gibt keinen vernünftigen Grund anzunehmen, dass das bei der anvisierten Öffnung des deutschen Arbeitsmarktes für Nicht-EU-Ausländer durch ein Zuwanderungsgesetz anders laufen sollte.

Kaum weniger erschreckend als dieser Missbrauch selbst ist jedoch, dass er im beschriebenen grün-roten Milieu offenkundig gar nicht als Kollateralschaden betrachtet wird, sondern vielmehr als wahrer Sinn und Zweck. Anders ist die heftige Reaktion auf Versuche, diesem Missbrauch entgegenzuwirken, nicht zu verstehen.

Sinn und Zweck und nicht nur ein Kollateralschaden

Ein aktuelles Beispiel: Der Bundesinnenminister weist darauf hin, dass eine Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme verhindert werden soll, eine Selbstverständlichkeit, wenn man die Begründung der Forderung nach einem Zuwanderungsgesetz mit der Sorge um das Wohl der deutschen Volkswirtschaft ernst nimmt. Aber wie kommentiert die grün-rote „Frankfurter Rundschau" diese Zielvorgabe: „Das mag Stoff für Wahlprogramme sein, in einem Einwanderungsgesetz hat Ideologie nichts verloren." Noch Fragen zum wahren Sinn und Zweck des Zuwanderungsgesetzes?

CDU am Tiefpunkt

Von Paul Herman Winter

Mit der Vereinnahmung linker politischer Positionen hat Angela Merkel über die Jahre das ideelle Tafelsilber ihrer Partei verspielt und deren konservative Substanz restlos beseitigt. Vorläufiger Tiefpunkt: Die Konrad-Adenauer-Stiftung, immerhin Denkfabrik der CDU, postete am 13. August, dem Tag des Gedenkens an den Mauerbau, in den sozialen Medien eine Meldung, welche die Berliner Mauer mit jener Mauer gleichsetzt, die Israel vor den kriegerischen Angriffen der Palästinenser schützt. Man blickt hier in den ideologischen Abgrund, in den Merkel ihre Partei manövriert hat. Ein Mitarbeiter habe einen „Fehler" gemacht, hieß es zwar aus der Stiftung. Der Träger dieser linksradikalen und zumindest Israelfeindlichen Gesinnung dürfte jedoch nicht ohne Grund zu seinem Posten gekommen sein. Der unsägliche Vergleich steht immer noch im Internet.

Zufall oder nicht: Kurz zuvor bringt der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther eine Koalition der CDU mit der Mauermörderpartei „Die Linke" ins Spiel. Merkel schwieg zwei Tage und sprach sich dann in einem Nebensatz gegen „eine Zusammenarbeit" mit der Linken-Partei aus. Ihre Worte zählen indes nichts, hat sie doch allzu oft ihr „Nein" über kurz oder lang in ein „Ja" gewendet. War Günthers Vorstoß also ein erster Testballon? Wo zum Machterhalt eine Koalition mit wem auch immer nötig werden könnte, muss das Anstößige erst einmal von einem Höfling ausgetestet werden.

Der Primus inter Pares der Linken in der Partei legt nach

Es ist vor allem die von Merkel geprägte junge Generation führender CDU-Politiker, die künftig verhindern wird, dass die CDU zu den Inhalten der ehemaligen Volkspartei zurückfindet – und erst recht zu früheren Wahlergebnissen. Selbst Jens Spahn und Julia Klöckner, die als konservativ gelten, vertreten Positionen, die vom linken und linksradikalen Rand stammen. Spahn befürwortete seinerzeit das Adoptionsrecht für homosexuelle Paare – alles andere als eine konservative Haltung. Klöckner stellt gleich ganz in Abrede, dass Deutsche stolz darauf sein dürften, Deutsche zu sein, denn das sei „massiv ausgrenzend und fremdenfeindlich".

Mittlerweile legt Daniel Günther, Primus inter Pares der Linken in der CDU, nach: Abgelehnte Asylbewerber sollen zu eingewanderten Fachkräften umetikettiert werden, damit sie in Deutschland bleiben können. SPD und FDP applaudieren, Linke und Grüne reiben sich die Hände.

So umstandslos ist ihre pauschale Forderung nach einem „Bleiberecht für alle" noch nie von der Regierungspartei ausgesprochen worden. Dass Günthers Vorstoß einem folgenschweren Werbefeldzug für den Massenzustrom nach Deutschland gleichkommt und noch dazu das Asylrecht obsolet macht, scheint allseits ins Konzept zu passen.



Primus inter Pares der Linken in der CDU: Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Daniel Günther

Bild: Imago

Frei gedacht



Schluss mit Landleben: Alles Nazis!

Von Eva Herman

Das globale Machtsystem scheint große Probleme zu haben mit Freidenkern beziehungsweise mit den sogenannten Verschwörungstheoretikern, die vor allem im Internet wachsenden Einfluss zu erhalten scheinen auf die Meinungskultur im Land. Damit diesen unbequemen Denkern nun endlich der Garaus bereitet werden kann, greift das immer noch mächtige Medienkartell zu immer neuen Methoden. Aktueller Plan: Zunehmend werden die Bürger in Mainstream-Beiträgen gewarnt vor sogenannten völkisch-nationalistischen Siedlern. Hierunter zählt man die Biobauern, (Kunst-)Handwerker, Musiker, Umweltschützer, Erzieher und so weiter, also grundsätzlich Menschen, die draußen in der Natur ihre Kraft und Energie tanken für ihre geistige Fortentwicklung.

Spannend, wie gleichgeschaltet die Medien hierüber plötzlich berichten, so, als sei über Nacht eine schwere Seuche ausgebrochen, der man nun Einhalt gebieten müsse. Dem Biodeutschen auf dem Bauernhof soll die Daseinsberechtigung entzogen werden. Je natürlicher er lebt, desto gefährlicher scheint er zu sein. Doch die Kampagne kam selbstredend nicht über Nacht. Vielmehr dürfte die Hauptquelle dieses unerträglichen Gesinnungsterrors die umstrittene Amadeu-Antonio-Stiftung gewesen sein, deren Vorsitzende Anetta Kahane als ehemalige Stasi-Facharbeiterin (IM Victoria) durchaus geeignet erscheint für derartige Verfolgungsstrategien.

Die fragliche Stiftung, der nachgesagt wird, vom thüringischen Verfassungsschutz mit gesteuert zu werden, hatte vor wenigen Jahren eine umfangreiche Broschüre erstellt. Der Titel lautet: „Völkische Siedler/innen im ländlichen Raum – Basiswissen und Handlungsstrategien".

Interessant: Gleich zu Beginn der Broschüre wird darauf hingewiesen, dass diese Veröffentlichung durch das Bundesinnenministerium gefördert wurde. Wenige Jahre nach der Veröffentlichung nun scheinen die Vorschläge in den Mainstreammedien fest zu greifen: So wird in ARD, NDR, „FAZ" oder „Spiegel" ständig wieder vor diesen „Rechtsextremen" gewarnt, die sich angeblich geschickt getarnt halten hinter ihren konservativen Berufen, um unauffällig ihre Nazi-Netzwerke aufzubauen mit dem Ziel eines „autarken, nationalen Wirtschaftsnetzwerks". Im Klartext heißt das: Wer das ungesunde Stadtleben satt hat und aufs Land zieht, wer sich unabhängig zu machen sucht durch Bioanbau und freilaufende Hühner, der dürfte zeitnah ins Visier unserer selbsternannten Ordnungshüter geraten. Was ges-tern noch typisch war für Grüne, Greenpeaceler und Naturfreunde, das ist heute schlicht und einfach: Nazi!

Die Kolumne: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind" gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht" hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

In dem 35-seitigen Hetzblatt werden diese „extremen Land-Nazis" genauer beschrieben: „Seit einigen Jahren ist im ländlichen Raum eine erschreckende Entwicklung zu beobachten: Extrem Rechte mit völkischer Ausrichtung siedeln sich in wenig bewohnten Gebieten an, um fernab größerer Städte ungestört nach ihrer menschenfeindlichen Weltanschauung zu leben ... Ihre Weltanschauung geht auf das rassistisch-antisemitische Denken der völkischen Bewegung Anfang des 20. Jahrhunderts zurück, das im Nationalsozialismus seinen Höhepunkt fand." Die Agitation geht weiter: „In den Gemeinden treten die völkischen Siedler/innen als nette, hilfsbereite Nachbar/innen auf, die sich mit ihrer zupackenden Art beliebt und letztendlich unentbehrlich machen. Sie übernehmen ehrenamtliche Positionen in Vereinen, Kindergärten oder Schulen, und wenn ihre menschenfeindliche Weltanschauung bekannt wird, sind sie oft so fest in den Alltagsstrukturen verankert, dass nur schwer gegen sie vorgegangen werden kann ..."

„Gleichzeitig", so heißt es, „sehen sie das ‚Volk' durch den Zuzug von Menschen, die keine deutsche Abstammung haben, als bedroht an. Sie fürchten eine ‚Überfremdung' der Gemeinschaft, die in letzter Konsequenz das Aussterben des deutschen ‚Volkes', den sogenannten ‚Volkstod' herbeiführen würde." Diese Angst entstehe aus der Idee, jedes „Volk" könne nur überleben, wenn es sich nicht mit anderen vermischen würde.

Vor allem Frauen beziehungsweise Mütter scheint man als große Gefahr ausgemacht zu haben. So heißt es in der von der Bundesregierung geförderten Broschüre wörtlich weiter: „Die Frauen bilden unter den völkischen Siedler/innen ein wichtiges Verbindungsglied zu den anderen Ortsansässigen ... Sie gelten aufgrund des allgemeinen weiblichen Geschlechterbildes als harmlose, soziale Wesen, die auf eine unpolitische, friedfertige Art Kontakt im Privaten suchen ... Bei Handarbeitstreffen, Tanzrunden oder in Elternvertretungen können sich die Wenigsten vorstellen, dass eine Gefahr von rechter Seite droht. Vielmehr werden die Frauen als Bereicherung wahrgenommen, obwohl sie nicht weniger als ihre Ehemänner, Brüder und Gleichgesinnten eine völkisch-rassistische Einstellung haben." Diese Land-Frauen und Mütter sind jedoch nicht nur beliebt, sondern offenbar auch hilfsbereit, was jedoch in diesem Fall ebenfalls kein charakterlich erwünschter Vorteil zu sein scheint. So bezichtigt man sie vonseiten der politisch korrekten Scharfmacher weiter: „Gleichzeitig machen sie sich unentbehrlich, indem sie immer sehr schnell ihre Unterstützung anbieten oder auch zu Fahrgemeinschaften und Kindergeburtstagen einladen."

Die Autorin: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Natürlich erhält der Leser Ratschläge, wie er sich diesen gefährlichen Mitbürgern gegenüber positionieren sollte. Die Vorsitzende der Stiftung, Kahane, dürfte an der Vorschlagsliste mitgewirkt haben, schließlich soll sie als IM Victoria einst Dutzende Personen aus ihrem Umfeld bespitzelt haben. So wird wörtlich empfohlen:

„Auch wenn die Siedler/innen als nette Nachbar/innen auftreten, ist ihre Weltanschauung menschenfeindlich und gefährlich ... Holen Sie sich Beratung von Expert/innen zum Thema, die Ihnen mit ihrem Wissen weiterhelfen können ... Gehen Sie mit Ihrem Wissen an die Öffentlichkeit. Positionieren Sie sich klar gegen die Siedler/innen und nehmen Sie Kontakt mit anderen Stellen auf, die von den Siedler/innen betroffen sein könnten: dem Kindergarten, der Schule, Vereinen, (Bio-)Betrieben, der Verwaltung." Hier wird ganz unverblümt zum Denunziantentum aufgerufen, was jedoch bislang niemanden zu stören scheint. „Informieren Sie andere durch Emails, Briefe oder Unterschriftenlisten. Machen Sie anderen auf einfache, nachvollziehbar Weise deutlich, dass die Siedler/innen eine undemokratische, menschenfeindliche Einstellung haben ... Ein bewusstes Kaufverhalten bei Bio- oder Handwerkswaren kann verhindern, dass völkische Siedler/innen durch den Vertrieb ihrer Produkte finanziell unterstützt werden. Erkundigen Sie sich in Ihrem Bioladen, woher die Produkte kommen."

Und auch der gänzliche Ausschluss aus der Gesellschaft wird von Frau Kahanes Stiftung durchaus in Betracht gezogen: „Wenn Sie sich auf einer größeren Ebene mit anderen zusammentun, können Sie mehr erreichen: Ein durch das Jugendamt koordinierter Handlungsplan für Kindergärten und Schulen im Umgang und in der Auseinandersetzung mit den völkischen Familien ist eine gute Möglichkeit, um langfristig effektiv vorzugehen."

Es sind die Zeichen der Zeit, die uns die Richtung weisen. Kalt wird's in Deutschland und ungemütlich. Und immer noch wollen viele Leute von nix wissen.

Waterkant-Story

Vor 100 Jahren wurde Leonard Bernstein geboren – In Schleswig-Holstein fühlte er sich wie zu Hause

Leonard Bernstein, als Musiker so vielseitig wie kein anderer vor oder nach ihm, wäre am 25. August 100 Jahre alt geworden. Gegen Ende seines Lebens fühlte sich der US-Amerikaner fast wie ein Schleswig-Holsteiner.

Wie soll man einen Menschen beschreiben, dessen Talent und Energie, kurz dessen Genie, derart überragend ist? Georg Wübbolt hat das vom 25. August 1918 bis 14. Oktober 1990 reichende Leben von Leonard Bernstein in einer Doku für ZDF und 3sat zu dessen 25. Todestag behandelt. „Für mich", so der Autor und Regisseur, „ist Bernstein der umfassendste Musiker seiner Zeit, vielleicht aller Zeiten: Äußerst erfolgreicher Komponist, weltweit umjubelter Dirigent und ‚from the bottom of his heart', mit Leib und Seele, Lehrer."

Wübbolts Titelidee war „Larger Than Life", größer als das Leben. In Anlehnung an Bernsteins Erfolgsmusical „West Side Story", in dessen Anschluss der Film im Oktober 2015 erstmals gesendet wurde, erhielt er den Namen „Bernstein Story". Die käuflich zu erwerbende DVD jedoch heißt nach der Ursprungsidee „Larger Than Life".

Am 25. August wiederholt 3sat das bewährte Programm: 20.15 Uhr die legendäre Filmfassung der „West Side Story" von Robert Wise und Jerome Robbins mit Natalie Wood und Richard Beymer in den Hauptrollen. Die Verfilmung von 1961 des frei auf Shakespeares Tragödie „Romeo und Julia" basierenden Musicals erhielt zehn Oscars und gilt als ein Meilenstein in der Geschichte des Musical-Films. Um 22.40 Uhr folgt Wübbolts besagte Doku und um 23.30 Uhr „Leonard Bernstein – Reflections". Der preisgekrönte Film von Peter Rosen von 1978 eröffnet mit dem Porträt des Musikers und Menschen einen anderen Blickwinkel.

Ist über Bernstein also alles gesagt? Seit der Wübbolt-Doku gibt es zu dessen 100. Geburtstag mindestens zwei Neuproduktionen. Der 55-minütige Film von Thomas von Steinäcker „Leonard Bernstein – Das zerrissene Genie" zeigt den Musikstar, wie ihn bislang kaum jemand kannte: als Zweifler, der glaubt, sich und der Welt etwas schuldig zu sein. Einer, der an der selbst gestellten Aufgabe, nach der West Side Story auch eine große amerikanische Oper zu schreiben, welche die Geschichte des Landes spiegelt und die Bevölkerung politisch eint, fast zerbricht. Dazu erzählt Bernsteins langjähriger Assistent John Mauceri von dessen fortwährendem musikalischen Kampf, geben Bernsteins Kinder Jamie, Nina und Alexander neue Einblicke in das Leben ihres Vaters.

Auf Spurensuche in New York, Los Angeles, Washington und Wien geht Axel Fuhrmann in seiner neuen Doku über die 1957 uraufgeführte „West Side Story". Der Film erzählt die spannende Entstehungsgeschichte des Musicals, was es Bernstein bedeutete, wie es zu einem Welthit wurde und wie aktuell der Stoff heute noch ist. Beide Filme wurden erstmals am 19. August auf Arte gezeigt. Beide sind jedoch in der Arte-Mediathek unter www.arte.tv abrufbar: Fuhrmanns „West Side Story" ist dort noch bis zum 26. August, die Steinäcker-Doku „Leonard Bernstein – Das zerrissene Genie" sogar noch bis zum 17. November freigeschaltet.

Bernstein-Kenner Wübbolt ergänzt: „Es ist mittlerweile schwer, etwas Neues über Bernstein herauszufinden, erst recht, wenn es von Belang sein soll. Es gibt ja mehr als 100 Bücher über ihn, so viele wie von keinem anderen Dirigenten. Und wenn man sich den Himalaya an Material anschaut, der in der Washingtoner Library of Congress liegt, welches Bernstein alles fein gesammelt und für die Nachwelt aufbewahrt hat, dann hätten da Scharen von Doktoranden jahrzehntelang zu tun." Wübbolt fügt hinzu, dass Bernsteins Tochter Jamie aktuell ein Buch aus Familien-Insider-Sicht geschrieben hat. Titel: „Famous Father Girl" (Tochter eines berühmten Vaters). Außerdem hat Charlie Harmon, der ein paar Jahre der Assistent des Komponisten war, mit „On the Road and Off the Record" (Unterwegs und vertraulich) „ein paar unappetitliche Dinge ausgeplaudert".

Einfach nur schön geht es in dem Bildband „I fell in love with Schleswig-Holstein" zu, den das Schleswig-Holstein-Musik-Festival (SHMF) zum Jubiläum herausgegeben hat (siehe *PAZ* vom 17. August). Er zeigt Bernstein als empathischen Pädagogen des Festivalorchesters, im Gespräch mit berühmten Zeitgenossen, bei Segeltörns auf der Ostsee, beim Karpfenfangen mit dem verstorbenen Ex-Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, Uwe Barschel, oder unter Freudentränen mit Helmut und Loki Schmidt.



Leidenschaft für Musik und Segeln: Leonard Bernstein (r.) mit Justus Frantz, dem Gründer des Schleswig-Holstein-Musik-Festivals, 1986 im Kieler Yachtclub Bild: Jens Hinrichsen

Sein erstes Konzert in Deutschland gab Bernstein bereits zu einer Zeit, als viele US-Künstler dieses Land noch boykottierten. 1945 musizierte er im zum Militärkrankenhaus umfunktionierten Kloster St. Ottilien bei Augusburg. Und am 10. Mai 1948 spielte der jüdische Musiker ukrainischer Abstammung mit 20 Holocaust-Überlebenden im Landsberger Stadttheater. „Mein Herz hat geweint", erklärte der 29-jährige Jungstar damals. „Es war schön, durch Musik sich den Menschen zu nähern, die vorher nur Hass empfunden hatten."

Am 25. August wird SHMF-Gründungsintendant Justus Frantz zum Finale des diesjährigen Musikfestivals in Kiel mit Beethovens Neunter an eines von Bernsteins letzten großen Konzerten erinnern. An jenes Konzert, welches der Superstar anlässlich des Mauerfalls Weihnachten 1989 in Berlin gab. Dazu hatte Bernstein Musiker aus Westdeutschland und der DDR eingeladen sowie aus den vier Besatzungsmächten USA, UdSSR, Frankreich und Großbritannien. Für alle Zeiten unvergesslich bleibt der Moment, als Bernstein den Chor „Ode an die Freiheit" statt „Ode an die Freude" singen ließ.

Doch nicht nur das Jüdische Museum in Berlin, sondern das Wiener Museum Judenplatz feiert Bernsteins Geburtstag mit einer Sonderausstellung vom 17. Oktober bis 5. Mai 2019: Eine ihrer Fragen lautet: Warum wollten die nationalsozialistisch belasteten Wiener Philharmoniker bereits 1946 den jungen jüdisch-amerikanischen Dirigenten Bernstein engagieren, der erst drei Jahre zuvor sein Debüt am Pult der New Yorker Philharmoniker gegeben hatte? Warum dirigierte Bernstein damals stattdessen lieber in Palästina? Warum kam er aber dann 1966 nach Wien? Und warum waren die Wiener dermaßen begeistert von ihm?

Bleibt zu sagen: Bernstein eroberte nicht nur Wien, sondern die ganze Welt. Eine musikalische Burg errichtete er sich aber in Schleswig-Holstein, wo der Komponist der „West Side Story" an seinem Lebensende seine ganz persönliche Waterkant-Story geschrieben hat. *Helga Schnehagen*

MELDUNGEN

Landesmuseum öffnet wieder

Lüneburg – Nach vierjähriger Umbaupause wird das Ostpreußische Landesmuseum mit einem Festakt am 25. August wieder vollständig eröffnet. Da im Zuge der Einrichtung einer deutschbaltischen Abteilung ein Erweiterungsbau vorgenommen wurde, blieb die Dauerausstellung in dieser Zeit geschlossen. Nur ein Teil des Gebäudes war für Sonderverstellungen geöffnet. Zum Festakt am Sonnabend wird auch Kulturstaatsministerin Monika Grütters aus Berlin erwartet. Fürs Publikum öffnet das Landesmuseum seine nun zur Altstadt hin gelegenen neuen Tore am Sonntag, den 26. August, bei ermäßigtem Eintritt. Die *PAZ* wird in der kommenden Ausgabe ausführlich über die Eröffnung berichten. *tws*

Neuer Leiter in Rheinsberg

Potsdam – Der Düsseldorfer Kulturmanager Georg Quander hat als neuer künstlerischer Direktor der Kammeroper Schloss Rheinsberg seinen ersten Spielplan für das im Sommer 2019 laufende Opernfestival vorgestellt. Das Musikfest wurde 1990 von dem ostpreußischen Komponisten Siegfried Matthus initiiert, der bis 2014 dessen Leiter war, ehe ihn sein Sohn Frank beerbte. *tws*

Neue Post von Mendelssohn

Leipzig – Das Stadtgeschichtliche Museum Leipzig erhält vom Althistoriker Karl-Ludwig Elvers eine wertvolle Schenkung von Mendelssohn-Autografen. Es handelt sich um zwölf größtenteils unbekannte Briefe des Komponisten Felix Mendelssohn Bartholdy an verschiedene Empfänger sowie vier Briefe aus dem Mendelssohn-Umfeld. *tws*

Ein starkes Barock-Pfund

Köthen feiert bei seinen 27. Bachfesttagen gleich zwei Jubiläen mit

Bevor Johann Sebastian Bach in Leipzig zum Thomaskantor aufstieg, verbrachte er sechs Jahre im anhaltinischen Köthen. Von 1717 bis 1723 war er dort Kapellmeister, verheiratete sich zum zweiten Mal und schuf berühmte Werke wie die „Brandenburgischen Konzerte". Seit 1967 nutzt Köthen dieses musikhistorische Pfund, um sich alle zwei Jahre mit einem Bach-Festival touristisch gut zu vermarkten.

Vom 26. August bis 2. September finden in Köthen und Umgebung nun zum 27. Mal deren Bachfesttage statt. Gleich zwei Jubiläen feiern die Köthener in diesem Jahr: den 333. Geburtstag von J. S. Bach und die Ankunft Bachs in Köthen im Winter 1717/18 vor genau 300 Jahren. Hier starb seine erste Frau Maria Barbara und hier verliebte er sich auch in seine 15 Jahre jüngere zweite Ehefrau Anna Magdalena, die als Hofsängerin in Köthen angestellt war. In der Residenzstadt erlebte er die kreativste Zeit seines Lebens und schrieb ausschließlich weltliche Musik.

Schon vor dem offiziellen Beginn der Festtage stimmt am 26. August ein „Vorspiel" mit Dorothee Mields, Hille Perl & The Age of Passions auf die Bachfesttage ein. Beim Eröffnungskonzert am Mittwoch, 29. August, stellen sich das Ensemble Cinquecento und das Köthener BachCollektiv als die beiden Residenzensembles der Bachfesttage 2018 vor: Eine außergewöhnliche Programmdramaturgie verbindet Musik der Bach-Familie, Brandenburgische Konzerte und eine wahrscheinlich in Köthen entstandene Hochzeitskantate, gesungen von der tschechischen Sopranistin Hana Blažíková. Das eigens für die Bachfesttage zusammengestellte Köthener BachCollektiv unter Leitung der weltweit gefeierten Barockgeigerin Midori Seiler besteht in diesem Jahr aus insgesamt 24 Musikern aus zehn Nationen, die eine Woche lang in Köthen zusammenarbeiten.

In Köthen entstand nur weltliche Musik

In einer sehr persönlichen Sicht auf das Werk Bachs stellen der international gefeierte Bratschist Nils Mönkemeyer und sein Duo-Partner, der Lautenist Andreas Arend, am 30. August ihr neues Programm vor, dessen Spektrum – von Werken des Barock bis hin zu Musik von John Coltrane und Jimi Hendrix – wohl nicht breiter sein könnte. Das Kantatenkonzert „Inspirationen: Bach & Pergolesi" bildet am Freitag, 31. August, den spektakulären Höhepunkt des Festivals: Im Mittelpunkt des Konzerts steht Bachs Version von Pergolesis berühmtem „Stabat Mater", das er mit neuer Bratschenstimme und protestantischem Text versehen hat.

In „Musik für die Ewigkeit" schlägt am 1. September der Nederlands Kamerkoor unter Peter Dijkstra einen Bogen von Bachs Motetten bis zu durch ihn inspirierter Musik der Gegenwart. Am 2. September beschließen das Köthener BachCollektiv und Valer Sabadus die Bachfesttage mit den drei virtuosesten Brandenburgischen Konzerten. Unter den Solisten ist die Blockflötistin Dorothee Oberlinger. Beim Schlossfest am 1. und 2. September gibt es ein Markttreiben wie zu Bachs Zeiten, Musik, Schauspiel und Akrobatik für Groß und Klein. Ebenfalls am Wochenende vervollständigen zahlreiche Kurzkonzerte und das Preisträgerkonzert des 10. Nationalen Bach-Wettbewerbs für junge Pianisten das vielseitige Festivalprogramm. *H. Tews*

Programm und Karten unter: www.bachfesttage.de

Original oder Kopie?

Berliner Kupferstichkabinett – Zeichnungen der Rembrandtschule

So manches Kunstmuseum gerät ins Zittern, wenn die Frage nach der Authentizität gestellt wird. Rembrandt oder nicht Rembrandt? Zeichnungen des holländischen Meisters wurden schon von Beginn an mit Zeichnungen seiner Schüler und Mitarbeiter verwechselt, die im selben Stil arbeiteten. Aktuelle Forschungen führten in den vergangenen Jahren zur umwälzenden Neubewertung von Rembrandts zeichnerischem Werk, die auch den großartigen Bestand des Kupferstichkabinetts der Staatlichen Museen zu Berlin betrifft.

Die Ausstellung „Aus Rembrandts Werkstatt. Zeichnungen der Rembrandtschule", die dort vom 24. August bis 18. November läuft, zeigt rund 100 der besten Zeichnungen aus Rembrandts Umfeld sowie einige Originale aus der eigenen Sammlung und anderen Museen.

Kunstexperten hatten in den vergangenen Jahren immer wieder Zeichnungen, die Rembrandt zugeschrieben waren, genauer unter die Lupe genommen. Dabei kamen sie zu verblüffenden Ergebnissen: Mehr als die Hälfte der Zeichnungen, die noch im großen Bestandskatalog des Wiener Kunsthistorikers und Albertina-Direktors Otto Benesch 1954 bis 1957 als Originale aus der Hand des Meisters beschrieben wurden, gelten heute als Werke von Schülern und Mitarbeitern. Auch das Kupferstichkabinett musste ernüchtert feststellen, das viele Zeichnungen aus dessen Bestand nicht vom Meister selbst, sondern von Mitarbeitern seiner Schule und seines Kreises stammten.

Die Ursache der Gleichartigkeit der Zeichnungen und damit auch der Verwechslung von Originalarbeiten mit Zeichnungen anderer Künstler liegt im Werkstattbetrieb selbst: Rembrandt beschäftige von den 1630er bis in die 1660er Jahre zahlreiche Schüler; namentlich bekannt sind etwa 50, weitere blieben anonym. Es handelte sich um junge Anfänger, aber auch um bereits ausgebildete Künstler sowie um Liebhaber, die seines großen Rufes wegen zu Rembrandt kamen. Einen zentralen Aspekt der Ausbildung nahm dabei der Zeichenunterricht ein. Rembrandt legte seinen Schülern eigenhändige Blätter vor, die vielfach direkt als Vorbildmaterial fungierten. Sie durften diese legal kopieren.

Weniger Echtes vom Meister als gedacht

Nachdem 2006 die eigenhändigen Werke des holländischen Meisters in einem kritischen Katalog veröffentlicht wurden, stellt das jetzt erscheinende Werkverzeichnis des Kupferstichkabinetts die rund 160 Arbeiten aus Rembrandts Umfeld vor, die vormals noch als Originale Rembrandts galten. Der Katalog wird von einer Ausstellung mit ungefähr 100 Zeichnungen von Ferdinand Bol, Willem Drost, Gerbrand van den Eeckhout, Arent de Gelder und weiteren Künstlern aus Rembrandts Umfeld begleitet.

Einige wenige Originale Rembrandts aus eigenem Besitz und anderen Sammlungen, die den Schülerblättern an die Seite gestellt werden, zeigen den Besuchern sowohl die Gemeinsamkeiten als auch die bisweilen subtilen Unterschiede von Arbeiten des Meisters und seiner Schule. Die Ausstellung wird damit auch einen Einblick in die Art und das Wesen des Zeichenunterrichts in Rembrandts Werkstatt geben. *tws*

Matthäikirchplatz, 10785 Berlin, geöffnet Dienstag bis Freitag von 10 bis 18 Uhr, Sonnabend und Sonntag von 11 bis 18 Uhr. Zur Ausstellung erscheint ein kritischer Katalog mit Werkverzeichnis im Sandstein Verlag, Dresden.

Ein Notruf an die Völker der Welt

Persönliche Erfahrung machte aus Ernst Reuter einen Gegner der Kommunisten

Es war ein Hilferuf: „Ihr Völker der Welt ...! Schaut auf diese Stadt ...!“ Ernst Reuter, Volkstribun und Stadtrat der geteilten Stadt Berlin, hatte ihn während der Berlin-Blockade der Sowjets am 9. September 1948 vor dem zerstörten Reichstag ausgerufen. Ein Satz, der bis heute zitiert wird. Wie man Wirkung erzielt, hatte Reuter in Moskau erlernt.

Geboren am 29. Juli 1889 in Apenrade, in der preußischen Provinz Schleswig-Holstein, orientierte Reuter sich früh sozialdemokratisch. Seiner familiären Umwelt gefiel das nicht. Als Reuter 1912 der SPD beitrat, strichen seine Eltern alle finanziellen Zuwendungen. Reuter hielt sich als Hauslehrer über Wasser, wurde aber entlassen, als seine Tätigkeit für die SPD bekannt wurde. Der Vater der Verlobten Reuters beendete das Verhältnis zu seiner Tochter. In der Folgezeit schlug sich Reuter als sozialdemokratischer Wanderredner durch.

Die Einberufung zum Militär 1915 beendete das unstete politische Leben vorerst. Mit seiner Einheit an die Ostfront verlegt, wurde Reuter 1916 schwer verwundet. Er geriet in russische Kriegsgefangenschaft, lernte die russische Sprache. Er setzte seine Hoffnung in die Bolschewiki. Die Oktoberrevolution 1917 war ein Zeichen der Hoffnung, das sich für ihn persönlich erfüllte. Der russisch sprechende Sozialist wurde zum Direktor jenes Bergwerkes, in dem er zuvor hatte schuften müssen. Er löste seine Aufgabe so erfolgreich, dass er 1918 als Vorsitzender eines internationalen Gefangenenkomitees nach Moskau berufen wurde. Seine wichtigste Aufgabe sah Reuter darin, unter den Kriegsgefangenen Revolutionäre zu rekrutieren, die nach dem Krieg in Deutschland die kommunistische Zukunft durchsetzen sollten.

Nach dem Friedensvertrag von Brest-Litowsk sahen Lenin und Stalin Größeres für Reuter vor. Sie machten ihn zum Volkskommissar der Wolgadeutschen. Er sollte aus den deutschen Kolonisten loyale Kommunisten machen, die Versorgung Moskaus und Petrograds mit Getreide sichern und Kontakt zu den Vertretern des kaiserlichen Deutschland halten. Er setzte die sozialistische Bodenreform mit gewaltsamen Enteignungen durch.

Reuter erledigte seinen Auftrag zur Zufriedenheit Lenins und Stalins. Im Oktober 1918 galt die Aufgabe als erfolgreich beendet. Reuter wurde in die Führungsspitze des wolgadeutschen Sowjetkongresses gewählt. Nach getaner Arbeit reiste er nach Moskau. Dort erreichte ihn die Nachricht von der Novemberrevolution in Deutschland. Seine Aufgaben waren jetzt dort. Ihn begleitete ein Empfehlungsschreiben Lenins an Clara Zetkin: „Der junge Reuter ist ein brillanter und klarer Kopf, aber ein wenig zu unabhängig.“

Bild: akg images

Bei der Rede am 9. September 1948 auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag: Ernst Reuter

Im Dezember 1918 war Reuter wieder in Berlin. Am Gründungskongress der Kommunistischen Partei Deutschlands nahm er als Vertreter seiner Auftraggeber in Moskau teil. Die Partei schickte den erfahrenden Genossen aus Moskau ins instabile Oberschlesien, um zu agitieren. Das Ergebnis qualifizierte ihn für weitergehende Aufgaben, den Aufbau der KPD in Berlin. In den wirren Jahren der Partei schaffte es Reuter an die Spitze.

Als Linker unter den Linken wurde Reuter Vorsitzender der Kommunisten im Bezirk Berlin. Er befürwortete den Versuch einer Revolution in Mitteldeutschland. Erst der energische Einspruch Lenins und Trotzkis brachte ihn davon ab. Gestützt von der Parteiführung in Moskau, wurde Reuter 1921 zum Generalsekretär der KPD gewählt. Ende 1921 veröffentlichte die sozialdemokratische Zeitung „Vorwärts“ Pläne der KPD, bei der geplanten Revolution durch Sprengstoffattentate unter falscher Flagge, nämlich der der „Reaktion“, Unruhen auszulösen. Reuter verlangte Aufklärung, die Partei mauerte. Es kam zum Bruch. Die Partei schaffte im Dezember 1921 Reuters' Amt des Generalsekretärs ab, im Januar 1922 schloss sie den unbequemen Reuter aus.

Mit journalistischen Arbeiten schlug er sich durch, bis er 1926 für die SPD in Berlin zum Stadtrat für Verkehr gewählt wurde. Unter seiner Regie entstand die Berliner Verkehrs-Aktiengesellschaft (BVG), zu der Zeit weltweit das größte öffentliche Nahverkehrsunternehmen.

1931 wechselte Reuter als Oberbürgermeister nach Magdeburg. Zusätzlich übernahm er 1932 ein Reichstagmandat. Beschuldigt der staatsfeindlichen Tätigkeit als Mitglied der KPD, wurde Reuter 1933 verhaftet. Es folgten mehrere Inhaftierungen im KZ, bei denen der Häftling erheblich misshandelt wurde. Im September 1934 wurde er entlassen. Reuter verließ Deutschland, reiste nach England und nahm 1935 in der Türkei als Fachmann für Tarifwesen eine Arbeit in der Regierung auf.

Politisch hielt sich Reuter in der Türkei zurück. Ab 1942 plante er für die Zeit nach dem Krieg. Er wandte sich gegen die These von der Kollektivschuld. Im „Deutschen Freiheitsbund“ produzierte er Rundfunkbeiträge, die dem US-amerikanischen Geheimdienst positiv auffielen. Doch es waren die Briten, die ihm 1946 die Rückkehr nach Deutschland ermöglichten. Aus Berlin erhielt er das Angebot, für den Magistrat zu arbeiten. Die Sowjets, für die noch eine alte Rechnung offen war, versuchten, das zu verhindern, die Briten und Amerikaner aber stützten Reuter. Der Streit setzte sich fort, als Ernst Reuter in der Vier-Sektoren-Stadt zum Kandidaten für das Amt des Oberbürgermeisters vorgeschlagen wurde.

Die Alliierte Kommandantur lehnte den Kandidaten Reuter ab. Mit seinen Moskauer Erfahrungen blieb er im Kalten Krieg ein gesuchter Gesprächspartner der Amerikaner und Briten.

Mit der Einführung der D-Mark spitzte sich die Situation zu. Moskau löste die Berlin-Blockade aus. Reuter setzte sich für eine Luftbrücke ein. In der Öffentlichkeit wurde er zum Volkstribun. Als solcher hielt er auch seine bekannte Rede vor 300 000 Menschen: „Ihr Völker der Welt ...! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“

Aus der nach der Teilung der Stadt notwendigen Neuwahl einer Stadtverordnetenversammlung in den Westsektoren ging Reuters SPD mit 64,5 Prozent der Stimmen als klarer Sieger hervor. Zwei Tage später, am 7. Dezember 1948, wählten die neugewählten Stadtverordneten einstimmig Reuter zum Oberbürgermeister. Er blieb in diesem Amt beziehungsweise dem des Regierenden Bürgermeisters, das durch die 1950 in Kraft getretene Verfassung von Berlin an dessen Stelle trat, bis zu seinem Tod am 29. September 1953.

Klaus J. Groth

Tatkräftiges Genie oder grimmiger Arier?

Am Begründer der größten Kolonie des Deutschen Reiches, Carl Peters, scheiden sich die Geister

Die Afrikaner nannten ihn „Mkono wa damu“, also „Blutige Hand“, während deutsche Kolonialkritiker die Bezeichnung „Hänge-Peters“ bevorzugten. Und das sozialdemokratische Blatt „Vorwärts“ verstieg sich sogar zu der Formulierung, man habe es hier mit einem „grimmigen Arier“ zu tun, „der alle Juden vertilgen will und in Ermangelung von Juden drüben in Afrika Neger totschießt“. Gemeint war damit Carl Peters, legendärer Begründer von Deutsch-Ostafrika, der größten Kolonie des wilhelminischen Kaiserreiches.

Der Afrika-Pionier kam am 27. September 1856 als Sohn eines Pastors in Neuhaus an der Elbe zur Welt. In der Schule interessierten ihn insbesondere die Fächer Geografie und Geschichte, die er nach dem Schulbesuch auch an der Universität studierte. Nach der Promotion zog Peters 1881 nach London, wo er sich mit der britischen Kolonial- und Weltpolitik befasste, die ihm als Vorbild für das kaiserliche Deutschland erschien. 1883 erbte Peters das beträchtliche Vermögen seines Onkels Karl Engel und verfügte deshalb über die Möglichkeit, ohne materielle Not koloniale Projekte zu verfolgen.

So gründete er am 28. März 1884 zusammen mit Felix Graf von Behr-Bandelin die Gesellschaft für deutsche Kolonisation (GfdK). Diese finanzierte sich zusätzlich durch den Verkauf von Anteilsscheinen zu 5000 Mark. Unternehmenszweck war der Erwerb von Kolonien, um das Deutsche Reich durch neue Rohstoffquellen, Absatzmärkte und Siedlungsräume wirtschaftlich und politisch zu stärken.

Im Herbst 1884 reisten Peters und dessen Begleiter Joachim Graf von Pfeil und Klein-Ellguth, Karl Ludwig Jühlke sowie August Otto nach Sansibar. Von dort aus ging es weiter auf das ostafrikanische Festland, wo die Emissäre der GfdK zahlreiche einheimische Häuptlinge dazu brachten, sogenannte Schutzverträge zu unterschreiben, in denen sie als Gegenleistung für den Schutz durch Deutschland und Geldzahlungen der GfdK zusicherten, Siedlern aus dem Kaiserreich, „Berge, Flüsse, Seen und Forsten“ zur Nutzung zu überlassen. Die erste diesbezügliche Abmachung datierte auf den 4. Dezember 1884 – dem folgten diverse weitere Verträge mit lokalen Herrschern im Gebiet der heutigen Staaten Tansania, Ruanda und Burundi.

Anschließend versuchte die GfdK, die Reichsregierung zur Ausstellung von offiziellen Schutzbriefen nach britischem Vorbild zu bewegen. Das misslang aber zunächst, denn Reichskanzler Otto von Bismarck hielt wenig von Peters' Verträgen. Er nannte sie „ein Stück Papier mit Neger-Kreuzen drunter“, denn die Häuptlinge hatten in Ermangelung jedweder Schreibfähigkeit allesamt nur mit drei Kreuzen unterzeichnet. Nachdem Peters gedroht hatte, andernfalls beim belgischen König Leopold II. vorstellig zu werden, gab Bismarck im Februar 1885 schließlich doch noch nach.

Bild: unbekannt

Carl Peters

In den kaiserlichen Schutzbriefen wurde der GfdK, die ab dem 2. April 1885 als „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft Carl Peters und Genossen“ und ab 1887 als „Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft“ (DOAG) firmierte, der militärische Schutz ihrer Erwerbungen zugesichert, wenn es zu irgendwelchen inneren oder äußeren Konflikten kommen sollte. Am 28. April 1888 schloss die DOAG mit dem Sultan von Sansibar, Chalifa ibn Said al-Busaidi, einen Vertrag über die Nutzung weiterer Territorien entlang der ostafrikanischen Küste. Damit umfasste das Schutzgebiet nun über 900 000 Quadratkilometer, das Deutsche Reich selbst hatte um die 540 000.

Allerdings gelang es Peters nicht, die erworbenen Gebiete nachhaltig zu befrieden. Bereits im Sommer 1888 brach ein Aufstand aus, sodass sich die Reichsregierung gezwungen sah, Militär nach Ostafrika zu entsenden. Grund für die Rebellion war die Angst der arabischen Sklavenhändler, die DOAG könnte ihnen ihre lukrativen Geschäfte verderben. Als Konsequenz aus den Unruhen übernahm das Reich am 20. November 1890 die Kontrolle über die Kolonie und unterstellte sie im darauffolgenden Jahr offiziell seiner Verwaltung. Peters wurde in diesem Zusammenhang zum Reichskommissar für das Kilimandscharo-Gebiet ernannt. Damit oblag ihm die Aufgabe, die Grenzziehung zu Britisch-Ostafrika zu regeln.

In seiner neuen Funktion ließ sich Peters einige Grausamkeiten gegenüber den Einheimischen zuschulden kommen. Allerdings ist ungeklärt, welche der in der deutschen Presse diskutierten Vorkommnisse tatsächlich stattgefunden haben und welche nur der antikolonialen Propaganda der Sozialdemokraten entsprungen sind. Zudem bewegten sich die Strafmaßnahmen im Rahmen dessen, was in den Kolonien anderer europäischer Staaten üblich war. Zu bedenken ist desweiteren, dass Deutsch-Ostafrika infolge des Wirkens von Personen wie Peters keineswegs nur „ausgeplündert“ und „geknechtet“, sondern auch zivilisatorisch fortentwickelt wurde – so zum Beispiel durch den Bau von Schulen und Krankenhäusern sowie die Optimierung der Landwirtschaft.

Nichtsdestotrotz wurde Peters 1892 nach Deutschland zurückbeordert und im Kolonialministerium beschäftigt, während Ermittlungen des Reichsdisziplinarhofes wegen Amtsmissbrauch gegen ihn anliefen. Das – in der Öffentlichkeit heftig umstrittene – Verfahren endete 1897 mit der Entlassung aus dem Staatsdienst unter Verlust des Titels und der Pensionsansprüche. Zu diesem Zeitpunkt lebte Peters bereits wieder in England. Dort hatte er bereits im Vorjahr die Dr. Carl Peters Estates and Exploration Co. gegründet, die Goldbergbau in Südafrika betrieb. Zur Erkundung weiterer möglicher Lagerstätten in Südrhodesien und Portugiesisch-Angola unternahm Peters zwischen 1899 und 1911 sechs Expeditionen.

1905 gestand Kaiser Wilhelm II. dem Kolonialpionier zunächst die Führung des Titels „Reichskommissar a. D.“ zu und würdigte seine Verdienste bei der Schaffung von Deutsch-Ostafrika 1914 schließlich auch noch durch die Zuerkennung einer jährlichen Pension. Dem war die Beschlagnahme von Peters' Besitz in Großbritannien nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges und die Rückkehr nach Deutschland vorausgegangen.

Carl Peters starb am 10. September 1918 in Bad Harzburg. In den Jahrzehnten danach setzte sich der Streit um seine Person und sein Wirken fort. Befürworter des Kolonialwesens feierten ihn als tatkräftiges Genie, Kolonialkritiker linker Couleur griffen die Vorwürfe gegen Peters in immer neuen Variationen auf. Das führte nach Gründung der Bundesrepublik zu zahlreichen Umbenennungen von Carl-Peters-Straßen.

Wolfgang Kaufmann

Weder neu noch eine Wache

Die »Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft«

Die von Karl Friedrich Schinkel von 1816 bis 1818 erbaute Neue Wache hat von der Gedenkstätte für die Opfer der vorausgegangenen napoleonischen Kriege über das „Ehrenmal der Preußischen Staatsregierung", das „Reichsehrenmal" des Dritten Reiches und das „Mahnmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus" bis zur heutigen „Zentralen Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft" eine bewegte Entwicklung durchgemacht.

Nach der Beendigung der napoleonischen Kriege mit dem schlussendlichen Sieg über Napoleon wünschte der preußische König Friedrich Wilhelm III. als Ersatz für die alte Artilleriewache im Kastanienwäldchen ein neues Gebäude für seine königliche Wache, eine „Neue Wache". Der Standort befindet sich am Ende des Prachtboulevards Unter den Linden schräg gegenüber vom heutigen Kronprinzenpalais. Entsprechend dem heutigen Namen des Palais hatte dort ab 1793 der preußische Kronprinz gewohnt. Als letzterer 1797 durch den Tod des Vaters König geworden war, behielt der bescheidene Hohenzoller den Wohnsitz jedoch bei, und so wurde aus dem Kronprinzen- das königliche Palais.

Von Anfang an sollte das Gebäude nicht nur der profanen Unterbringung von Soldaten dienen, sondern auch Gedenkstätte für die Opfer der vorausgegangenen napoleonischen Kriege sein. Es durfte also geklotzt und nicht nur gekleckert werden. Das war leichter gesagt als getan. Denn es war schon eine Herausforderung, auf dem relativ kleinen Grundstück zwischen dem Zeughaus und der Universität ein repräsentatives Gebäude zu errichten, das neben seinen großen Nachbarn nicht untergeht. Das war eine Aufgabe für den Meister persönlich: Karl Friedrich Schinkel. Er löste das Problem meisterlich. 1816 bis 1818 entstand mit dem Schinkelbau eines der Hauptwerke des deutschen Klassizismus mit Anleihen sowohl bei der römischen als auch der griechischen Antike.

Im Jahr der Fertigstellung fand in Aachen der erste der „Monarchenkongresse" genannten Nachfolgekongresse des Wiener Kongresses statt. Dem Namen „Monarchenkongress" entsprechend, nahm Zar Alexander I. als Herrscher einer der fünf europäischen Großmächte an der Zusammenkunft teil. Auf der Anreise besuchte er auch die Hauptstadt seines Freundes und Verbündeten Friedrich Wilhelm III. Bei dieser Gelegenheit war er mit seinem preußischen Gastgeber nicht nur zugegen, als am 19. September der Grundstein des Kreuzbergdenkmals (siehe *PAZ* Nr. 33 vom 17. dieses Monats) gelegt wurde, sondern auch, als einen Tag zuvor Soldaten seines Alexander-Regiments im sogenannten Großen Wachaufzug Unter den Linden als Posten zur Neuen Wache zogen. Diesem Aufzug, mit dem die Wache quasi offiziell in Betrieb genommen wurde, folgten unzählige weitere, bis 1918 mit der Monarchie auch die königliche Wache aufhörte zu existieren.



Vor 200 Jahren mit einem Großen Wachaufzug quasi in Betrieb genommen: Die Neue Wache in Berlin Bild: Colourbox

Die Aufgabe, Heimstatt der königlichen Wachsoldaten zu sein, hatte die Neue Wache damit verloren, aber nicht die, an die Opfer der napoleonischehn Kriege zu gemahnen. Nun waren in der Weimarer Republik verständlicherweise die Opfer der napoleonischen Kriege relativ fern angesichts jener des gerade verlorenen Weltkrieges. So wurde der Bau schließlich 1931 zur Gedenkstätte für die Opfer des Ersten Weltkrieges umfunktioniert. Dafür wurde der Bau entkernt. Im Zentrum ruhte nun auf einem zwischen eineinhalb und zwei Meter hohen, monumentalen, altarartigen schwarzen Monolithen aus schwedischem Granit ein silberner Eichenkranz mit Gold- und Platinauflagen.

Nach der sogenannten Machtergreifung der Nationalsozialisten machten diese im Zuge ihrer Zentralisierung des Reichsaufbaus zwar aus dem „Ehrenmal der Preußischen Staatsregierung" ein „Reichsehrenmal", ansonsten ließen sie das Ehrenmal jedoch weitgehend unverändert. Allerdings führten sie bereits im März 1933 den Großen Wachaufzug Unter den Linden wieder ein und behielten ihn bis zum Fall von Berlin bei.

Im Zweiten Weltkrieg wurde die Neue Wache schwer beschädigt. Wie so viele andere bauliche Relikte der jahrhundertelangen preußischen Geschichte wollten 110-prozentige deutsche bilderstürmische Bolschewisten auch die Neue Wache entsorgen. Die sowjetische Besatzungsmacht sprach jedoch ein Machtwort und die Neue Wache wurde rekonstruiert. 1960 wurde das Ehrenmal als „Mahmal für die Opfer des Faschismus und Militarismus" neu eingeweiht. 1962 nahm die NVA das Ritual des Großen Wachaufzugs wieder auf. 1969 wurde im Zentrum des Baus anstelle des im Kriege schwer beschädigten Granitblocks nach dem Vorbild anderer Staaten eine Ewige Flamme entzündet. Im Gegensatz zu anderen Ewigen Flammen brannte diese jedoch nicht nur für den „unbekannten Soldaten", sondern auch für den „unbekannten Widerstandskämpfer". Bei dem etwas despektierlich, aber nicht ganz unpassend „Glasaschenbecher" genannten prismatisch strukturierten gläsernen Flammenaltar wurden hierfür unter zwei Bronzeplatten je ein unbekannter Soldat und KZ-Häftling beigesetzt. Die sterblichen Überreste blieben bis zum heutigen Tag, aber die Flamme erlosch nach dem Ende der DDR. Wie der Eichenkranz von Ludwig Gries aus der Weimarer wanderte auch das Glasprisma von Lothar Kwasnitza aus der DDR-Zeit ins Museum.

Seit dem Volkstrauertag 1993 dient die Neue Wache nun als „Zentrale Gedenkstätte der Bundesrepublik Deutschland für die Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft". Einem Wunsche des damaligen Kanzlers folgend, bildet ihr Zentrum nun nicht mehr ein Granitblock mit Eichenkranz oder eine Ewige Flamme, sondern eine über eineinhalb Meter vierfache Vergrößerung von Käthe Kollwitz' Skulptur „Mutter mit totem Sohn". *Manuel Ruoff*

Wie Brandenburg-Preußen entstand

Vor 400 Jahren begann alles damit, dass Kurfürst Johann Sigismund seinen Schwiegervater Herzog Albrecht Friedrich beerbte

Am 27. August 1618 starb Preußens zweiter Herzog, Albrecht Friedrich von Preußen. Der Sohn und Nachfolger des legendären Prinzen von Ansbach aus der fränkischen Linie der Hohenzollern, der vom Hochmeister des Deutschen Ordens zum Herzog in Preußen wurde, galt seit Langem als „geistig verwirrt" und nicht regierungsfähig. Er hatte keinen Sohn, der ihn überlebt hätte, aber dafür diverse Töchter. Die älteste von diesen, Anna, war seit 1594 mit dem Hohenzollern Johann Sigismund verheiratet, der seit 1608 Kurfürst von Brandenburg war. Neben dem vom Vater übernommenen Kürfürstentum Brandenburg fiel diesem durch den Tod seines Schwiegervaters über seine Ehefrau auch noch das Herzogtum Preußen zu. So begann die Personalunion zwischen Brandenburg und Preußen, die schließlich zur Realunion wurde.



Mit ihm begann die Personalunion: Johann Sigismund Bild: Jagdschloss Grunewald

Seine Ehefrau Anna brachte Johann Sigismund jedoch nicht nur Preußen ein. Durch deren Erbansprüche erfuhr der Herrschaftsbereich des Brandenburgers weitere nicht unerhebliche Erweiterungen. Vor Annas Vater war 1609 bereits ihr Onkel Johann Wilhelm, Herzog von Jülich-Kleve-Berg verstorben. Auch er galt als „wahnsinnig" und sein Erbe war Anna. Somit kamen auch Johann Wilhelms niederrheinische Gebiete an ihren Mann. Die weit im Westen gelegenen Territorien waren zwar umstritten, aber schließlich wurde 1614 nach dem Jülich-Kleveschen Erbfolgestreit im Vertrag von Xanten festgeschrieben, dass das Herzogtum Kleve sowie die Grafschaften Mark und Ravensberg bei dem Brandenburger verbleiben sollten. Die anderen Gebiete fielen an den Herzog von Pfalz-Neuburg.

Dass sich schließlich „Preußen" als Name für das von Berlin aus regierte Territorium der Hohenzollern durchsetzte, lag daran, dass das Herzogtum als erstes souverän wurde. Im Vertrag von Oliva, der 1660 den Nordischen Krieg beendete, wurde die Souveränität Preußens, das im Gegensatz zu den anderen Teilen des Hohenzollernterritoriums außerhalb des Heiligen Römischen Reiches lag, von der internationalen Gemeinschaft anerkannt. Da per definitionem Souveränität für ein Königtum Voraussetzung ist, wählte der spätere Friedrich I. deshalb Preußen für seine Rangerhöhung zum König. Da Friedrich auf seine Krone, die er sich einiges hatte kosten lassen, stolz war, war förderhin alles „königlich preußisch" im Machtbereich des Friedrich.

Es ist bezeichnend, dass das Titularvolk des preußischen Königreiches, der einst im heutigen Ostpreußen siedelnde baltische Volksstamm der Prußen, zum Zeitpunkt der Gründung des Königreiches bereits durch Assimilation und teilweise auch Vernichtung gar nicht mehr bestand. Ein „preußisches Volk", das als ethnisch abgrenzbares Staatsvolk den Hohenzollernstaat definiert, ihn zusammengehalten, von anderen Staaten und Territorien unterschieden und abgegrenzt sowie damit Identität und Zusammengehörigkeitsgefühl gegeben hätte, gab es nicht. Sollte der Herrschaftsbereich der Hohenzollern nicht zerfasern, musste also etwas anderes Verbindendes her.

Verbindend war, repräsentiert durch den Monarchen, die Staatsidee. Geblieben ist Verbindendes, zumindest im Bereich der Begrifflichkeiten, bis heute. Da wären beispielsweise die sprichwörtlichen preußischen Tugenden – oder Werte – , an deren Ursprung die Staatsidee steht. Oder, eng damit verbunden, der „Preußische Stil". Der Kunsthistoriker und Publizist Arthur Ernst Wilhelm Victor Moeller van den Bruck setzte in seinem gleichnamigen Werk – seit 1916 mehrfach überarbeitet, zuletzt 1953 aufgelegt – bei der Architektur an. Seine Stil-Begrifflichkeit ist jedoch weit umfassender und läuft auf die Frage nach dem Identitätsstiftenden hinaus.

Erik Lommatzsch/PAZ



Sein Tod machte den Weg frei: Albrecht Friedrich Bild: xyz

Bild: Jagdschloss Grunewald



Foto: Mauritius

Endlich sei Griechenland raus aus den Rettungsprogrammen, die das marode Land ab 2010 über Wasser hielten, jubeln Medien. Nur noch eine 15-Milliarden-Spritze, und Hellas laufe wieder von allein.

»Hellas verharrt im schwarzen Loch«

Das sei alles Quatsch, schallt es vielstimmig aus Athen. Sein Land sei im selben schwarzen Loch wie vor acht Jahren und versinke jeden Tag tiefer darin, so Griechenlands Ex-Finanzminister Yanis Varoufakis gegenüber der „Bild“-Zeitung vom Montag. Jeder schulde jedem Geld – Bürger, Staat, Firmen – und niemand wisse, wie er seine Schulden bezahlen solle.

In den vergangenen Jahren hätten pro Monat 15 000 junge Menschen das Land verlassen. Arbeitsplätze gebe es nur noch im Tourismus und in der Altenpflege. *H.H.*

Männer werden ausgeblendet

Alleinerziehende: Wie ein schiefer Blick ein soziales Phänomen verzerrt

In der Rangfolge der benachteiligten Minderheiten nehmen sie nur einen Platz im oberen Mittelfeld ein – und doch ist die Zugehörigkeit zu dieser Gruppe die einzige Möglichkeit, auch für heterosexuelle Inländer ohne immigrantische Wurzeln und orientalische Religionszugehörigkeit ein wenig politische und mediale Aufmerksamkeit für die eigene Lebenssituation zu erheischen.

Armutsrisiko ist gegen den generellen Trend rückläufig

Die Rede ist von Alleinerziehenden oder – streng genommen – von alleinerziehenden Müttern, denn der Einbezug von Vätern in die Diskussion würde das gern gepflegte gesellschaftliche Narrativ vom verantwortungslosen und selbstsüchtigen Mann möglicherweise allzu stark beschädigen. So konnte denn Anfang August die gähnende Leere des alljährlichen Sommerlochs mit einer Flut von Medienberichten zur vermeintlichen Benachteiligung alleinerziehender Frauen für einige Tage gestopft werden, nachdem das Statistische Bundesamt neueste Zahlen zu diesem Themenkomplex veröffentlichte.

Die Zahl der Haushalte, in denen nur ein Elternteil mindestens ein minderjähriges Kind allein betreut, ist danach in den vergangenen 20 Jahren von 1,3 Millionen auf über 1,5 Millionen gestiegen. Das Armutsrisiko von Angehörigen eines alleinerziehenden Haushalts lag nach Angaben der Wiesbadener Statistiker 2017 bei rund 33 Prozent, wohingegen es bei der restlichen Bevölkerung nur 16 Prozent betrug.

In der sich hierauf stützenden Medienberichterstattung wurde fast überall unterschlagen, dass gerade die Armutsgefährdung bei Alleinerziehenden gegenüber dem Kalenderjahr 2011 um mehr als zehn Prozent erkennbar zurückgegangen ist, während es ansonsten leicht anstieg. Stattdessen verwies man darauf, dass mehr als die Hälfte der alleinerziehenden und nicht erwerbstätigen Mütter gerne arbeiten möchte. Die Frage, wie viele Mütter – statt gezwungenermaßen einer Arbeit nachzugehen – sich lieber ausschließlich um die Erziehung ihrer Kinder kümmerten, blieb freilich ungestellt. Und zwar unabhängig davon, ob es sich um alleinerziehende Personen oder um solche in Paarbeziehungen handelte.

Während das Datenmaterial des Bundesamtes also schon die gewünschte Denkrichtung vorgab, konnten die bundesdeutschen Qualitätsmedien hieran nahtlos anschließen und die üblichen Patentrezepte empfehlen: mehr staatliche Kinderbetreuung, mehr Förderprogramme für Frauen und mehr Nachsicht von Arbeitgebern. Auch wenn man das politisch diktierte Planziel teilen sollte, möglichst viele Frauen in die Erwerbsarbeit und ihre Kinder in öffentliche Verwahranstalten zu zwingen, so legen schon die Zahlen aus Wiesbaden nahe, dass dies im Wesentlichen gar nicht erforderlich ist.

Alleinerziehende Väter arbeiten nämlich deutlich häufiger und oftmals auch in einer Vollzeittätigkeit, als dies partnerlose Frauen mit Kindern tun. Dem Grunde nach wäre eine Steigerung der Beschäftigungsquote bei alleinerziehenden Müttern also möglich, wenn sie es denn nur wollten. Dieser nicht unerhebliche Fakt führt bereits zu der ersten von zwei wichtigen Aspekten, die bei der diesjährigen sommerlichen Debatte um das Thema Armutsrisiko von Alleinerziehenden, wie bislang eigentlich immer, ausgeklammert wurden. Zunächst stellt sich die Frage, ob das soziale Bedürfnis nach der eigenständigen Betreuung des Nachwuchses bei Frauen nicht ganz generell stärker

Wichtige Fragen bleiben einfach ausgeklammert

als bei Männern ausgeprägt ist, und hierfür eben nicht irgendwelche angeblich fortbestehenden patriarchalen Rollenzwänge verantwortlich sind. Alsdann muss durchaus einmal die Frage gestellt werden, warum überhaupt immer mehr Menschen in Deutschland ihre Kinder unter Ausschluss des jeweils anderen Elternteils erziehen. Vielleicht gibt das Sommerloch des kommenden Jahres ja etwas Raum für eine Klärung.

Dirk Pelster

Die Qual der Zahl

Was sagen Opferstatistiken aus? Im Grunde viel weniger, als der oft hitzig geführte Streit um sie vermuten ließe

Obwohl sie das tragische Einzelschicksal mehr verhüllen als würdigen, spielen Opferzahlen in geschichtspolitischen Debatten eine zentrale Rolle. Wie das Beispiel Dresden zeigt, bewegen sich die Schätzer und Behaupter dabei oft auf wackligem Terrain.

Sprichwörtlich gegeneinander ausspielen kann man Opferzahlen mittels eines „Tyrannenquartetts“, welches inzwischen in mehreren Fortsetzungen käuflich zu erwerben ist. Jeder Machthaber wird durch eine Karte repräsentiert. Nach dem Vorbild der früher vor allem bei Jungen beliebten „Autokarten“ ist es möglich, durch Vergleich verschiedener Zahlenangaben gegeneinander in Wettbewerb zu treten.

Neben Kategorien wie „Herrschaftsdauer“ oder „Vermögen“ gibt es auch die Kategorie „Todesopfer“. Dieses wenig kindgerechte, nicht ganz ernst gemeinte und für manchen vielleicht etwas zu makabre Kartenspiel greift dennoch, vielleicht ungewollt, eine Problematik auf, die immer wieder aufflammt: den Vergleich von Opferzahlen und die damit verbundene Frage, welche Aussagen sich aus deren Größe herleiten lassen. Lässt sich die Schwere von Verbrechen oder Katastrophen in Zahlen bemessen, in Opferzahlen?

Nahezu „klassisch“ geworden war der Streit um die Opferzahl bei der Bombardierung Dresdens zwischen dem 13. und 15. Februar 1945. Neben die Zahl der Toten tritt hier die Zerstörung der historischen Barockstadt und vor allem die Frage nach dem militärischen Sinn des Luftangriffs. Dies kulminiert im Extremfall in der These, dass der Angriff vielleicht sogar eher als Kriegsverbrechen zu werten sei. Im Auftrag der Stadt Dresden untersuchte eine Historikerkommission vor wenigen Jahren die zu zählenden menschlichen Opfer „amtlich“ und stellte nach mehr als fünfjähriger Arbeit eine – später noch einmal deutlich nach oben korrigierte – Mindesttotenzahl von etwa 18 000 und eine Höchsttotenzahl von etwa 25 000 fest.

Die Emotionen schlagen bei diesem Thema nicht nur auf Politikpodien und auf wissenschaftlichen Kongressen hoch. Anlässlich des 2008 in Dresden stattfindenden Historikertages war ein Teilnehmer kurz davor, von seiner Wirtin aus dem für drei Tage angemieteten Zimmer geworfen zu werden, als sie erfuhr, zu welchem Zweck er in die Stadt gereist war.

Der Fokus der thematisch äußerst breit gefächerten Veranstaltung mit vierstelliger Teilnehmerzahl war für die Einwohner der gastgebenden Stadt ausschließlich auf den natürlich auch diskutierten Bereich der Luftangriffe vom Februar 1945 und die zu beklagende Opferzahl gerichtet. Die alteingesessene Dresdnerin war der Meinung, besagter Tagungsteilnehmer sei allein mit dem Vorhaben angereist, die ihr bekannten Zahlen kleinzurechnen, in ihrer Lesart: zu fälschen.

Die Opferzahlen, welche zuvor im Zusammenhang mit dem Dresdener Bombardement genannt wurden, unterschieden sich reichlich von denen der Historikerkommission: Unmittelbar nach den Ereignissen, war, von deutscher Seite, die Rede von über 200 000 Toten. Exakte Berechnungen waren selbstredend nicht möglich, an einer niedrigen Menge war man schon gar nicht interessiert. 1948 sprach das Internationale Komitee vom Roten Kreuz sogar von 275 000. Die Angaben beruhten zwar ebenfalls nicht auf Untersuchungen, schienen aber durch den Urheber der Veröffentlichung glaubwürdiger als die Angaben aus der Kriegszeit. Später verbreitete Spitzenangaben im Sachbuchbereich lagen bei 500 000.

Der Schriftsteller Rolf Hochhuth, der sich immer gern mit zeithistorisch Brisantem in den Mittelpunkt spielt, verwendete 1974 auf der Grundlage der Aussagen des Historikers David Irving eine Zahl von mehr als 200 000. Im 30. Jahr nach dem Angriff fand sich in der „Süddeutschen Zeitung“ die Zahl 135 000, die „Welt“ hielt zur selben Zeit 400 000 für möglich. Die offizielle Angabe der DDR nimmt sich dagegen fast bescheiden aus, hier war immer von 45 000 die Rede.

Alle diese Zahlen sind von der nun wissenschaftlich festgestellten – 25 000 – weit entfernt. Erkennbar an den zuvor viel größeren Zahlen ist das Bestreben, das nur schwer fassbare, qualitative Grauen zu quantifizieren und in eine Waagschale zu werfen – sei es im Bestreben, das eigene Leid zu unterstreichen, sei es im Bestreben, vorrangig gegen anderes, durch die Wehrmacht und ihre Verbündeten verursachtes Leid aufzurechnen.

Im akademischen Diskurs ist die nun ermittelte Zahl akzeptiert. Der „Krieg“ um die Zahl der Opfer der Royal Air Force und der United States Army Air Forces in jenen Februarnächten und -tagen des Jahres 1945 scheint entschieden. Anderweitig, nicht zuletzt bei überlebenden Dresdnern, wird sie noch immer als zu niedrig angezweifelt.



Am Ende zählt das Einzelschicksal: Dresden-Überlebende am Ehrenmal für die Opfer Bild: pa

Abgesehen vom rein wissenschaftlich-historischen Erkenntnisgewinn steht hinter einer Diskussion und dem Präsentieren von Statistiken unausgesprochen, aber klar die Annahme, dass die Schwere des Ereignisses sich anhand der Opferzahlen darstellen lasse. Durch spätere, wenn auch sachliche Korrektur der zuvor nur vermuteten Opferzahlen wird, wie im Falle Dresdens, oft eine nachträgliche Missachtung, Verharmlosung oder gar die Zerstörung eines „Mythos“ ausgemacht.

Natürlich bieten Faktoren wie „Qualität“ oder „Umstände“ immer wieder die Möglichkeit zu relativieren. Je nach Standpunkt oder Aussage handelt es sich beim Relativieren entweder um die vornehmste Aufgabe des Historikers oder eben um ein mit absoluten Tabus belegtes Gebiet. In die erste Kategorie fällt es sicher, wenn der britische Experte für den Zweiten Weltkrieg Richard Overy ausführt, dass 1939 in sowjetischen Gulags etwa 60 Mal so viele Menschen eingesperrt waren wie in deutschen Lagern. Im Krieg wuchs die Zahl der deutschen Lagerinsassen an, „aber auch dann saßen im Gulag deutlich mehr Menschen ein“.

Overy, der die nationalsozialistischen Vernichtungslager aus seinen Betrachtungen ausdrücklich ausnimmt, kommt bei einem Vergleich immer noch zu der Aussage, dass das sowjetische Lagersystem „weniger tödlich“ gewesen sei. Er begründet dies mit der Aussage, dass die Lager Stalins menschenverachtend auf Arbeitskraft setzten.

Das gesundheitliche Wohlergehen der Inhaftierten spielte kaum eine Rolle, Todesfälle wurden in Kauf genommen. Der Tod sei aber nicht das Ziel an sich gewesen, nach Verbüßung der Haftzeit sei man wieder frei gekommen. Das unterscheide die Gulags von deutschen Lagern, aus denen man seit Kriegsbeginn kaum noch freigelassen worden sei. Overy gibt die Todesquote in den Gulags mit 14 Prozent an, in deutschen Konzentrationslagern mit 40 Prozent. Er liefert somit ein Beispiel, wie man die absolut höheren Häftlingszahlen der Gulags durch Relativieren anders bewerten kann als die Zahlen der Insassen deutscher Konzentrationslager.

Fast korrespondierend mit den Dresdener Dimensionen existieren Angaben, wonach in den sowjetischen Gulags etwa 20 Millionen Menschen umgekommen seien. Nach seriöseren Untersuchungen hingegen waren etwa 18 Millionen inhaftiert, von denen über zweieinhalb Millionen starben.

Fundierte und dickleibige, oft unter internationaler Beteiligung entstandene Untersuchungen wie etwa das „Schwarzbuch des Kommunismus“ liefern ein abstraktes Bild derartiger Vorgänge. Bei der Betrachtung des Einzelschicksals, des Einzelfalls,

»Ein Toter ist eine Tragödie, eine Million sind Statistik«

stellen sich die Dinge jedoch anders dar. Dem Wort „Einzelfall“ war übrigens in den vergangenen Jahren in der deutschen Diskussion eine traurige Karriere beschieden. Fast stets taucht es nun bei kriminellen Übergriffen auf, die im Zusammenhang mit der Immigration stehen. Aktuell wird der Begriff „Einzelfall“ fast ausschließlich gebraucht, um den möglicherweise kritischen Betrachter vom Herstellen von Zusammenhängen abzuhalten.

Zurück in die Geschichte: Der Einzelfall des Dresdner Bombenopfers, der Einzelfall des Gulag- oder KZ-Häftlings ist individuell und lässt die großen Zahlen verschwinden. Weniger nachträglich gezählte Leidensgenossen mindern das Leid des Einzelnen um keinen Deut. Der Ausspruch, der Tod eines Mannes sei eine Tragödie, der Tod von Millionen sei nur eine Statistik – überliefert auch in anderen Varianten, oft Stalin zugeschrieben, aber letztlich ungeklärter Herkunft –, enthält viel Wahrheit. *Erik Lommatzsch*

Das Ostpreußenblatt

Nr. 34 – 24. August 2018

MELDUNGEN

Stadtmuseum Tilsit bleibt

Tilsit – Die Tilsiter Stadtverwaltung hat ihren Anfang Juni verfügten Beschluss, das einzige Museum der Stadt zu schließen, zurückgenommen. Die Empörung der Bevölkerung über die angekündigte Schließung und der öffentliche Druck waren so groß geworden, dass die Gebietsregierung sich genötigt sah einzuschreiten und Bürgermeister Nikolaj Woischtschew verpflichtete, die Rücknahme seines Beschlusses zu unterschreiben. Das Nachrichtenportal „rugrad.eu" berichtet, dass gegen den Bürgermeister zudem wegen Amtsmissbrauchs ermittelt wird. *MRK*

Willenberg wird Stadt

Willenberg – Im kommenden Jahr soll Willenberg im Kreis Ortelsburg das Stadtrecht erhalten. Es wird vergeben, wenn ein Ort mehr als 2000 Einwohner zählt, von denen 60 Prozent nicht in der Landwirtschaft beschäftigt sind, ein besonderes Zentrum ist und über technische Infrastruktur verfügt. Ab Januar des nächsten Jahres wird aus dem Wojt (Vogt) ein Bürgermeister und die Einwohner wohnen in einer städtisch-ländlichen Gemeinde. Damit reiht Willenburg sich neben neu erannnten Städten wie Frauenburg, Passenheim, Mühlhausen und Liebemühl in die Reihe der Städte des südlichen Ostpreußen ein. Es gibt in der Region weitere Ortschaften, die das Stadtrecht beantragen könnten, dies aber nicht wollen. Beispiele dafür sind Barten im Kreis Rastenburg und die Gemeinde Gilgenburg im Kreis Osterode. *PAZ*

Via Baltica unter Dach und Fach

Dreimühlen – In Dreimühlen, Kreis Lyck, wurde der Vertrag über die Herstellung des ersten Abschnittes der Schnellstraße Via Baltica von Warschau durch Litauen und Lettland bis nach Reval in Estland unterschrieben. Sie ist eine der Straßen, auf deren Verwirklichung schon viele Jahre gewartet wurde. Durch Masuren soll ein über 60 Kilometer langer Abschnitt verlaufen, dessen Bau in drei Etappen erfolgen wird. Der Vertrag über die erste Etappe – zwischen Dreimühlen und Raczki – wurde bereits unterschrieben. Die Via Baltica ist Teil der internationalen Fernstraße E67, die eine wichtige Rolle bei der Verbindung zwischen den baltischen Staaten erfüllt. Zusammen mit der Rail Baltica ist sie zudem ein Element des transeuropäischen Transportkorridors. Die Via Baltica verläuft in Polen auf dem Abschnitt von Warschau nach Ostrow Mazowiecka als Schnellstraße S8 und weiter als Schnellstraße S61 auf dem Abschnitt von Ostrow Mazowiecka bis zur polnisch-litauischen Grenze in Budziski. Die Straße soll im Jahr 2021 fertig werden, *PAZ*

Goldaper trafen sich in der Heimat

Neues zum Sommerfest im Haus der Heimat: Kaiserliches Jagdschloss Rominten als Modell

Für den 21. Juli hatte die Kreisgemeinschaft Goldap gemeinsam mit den dortigen Angehörigen der Deutschen Minderheit zum diesjährigen Sommerfest eingeladen. Dieses Mal fand es im Garten hinter dem Sitz der Minderheit, dem „Haus der Heimat", statt.

Aus Anlass des Festes wurde mit dem Modell des Jagdschlosses von Kaiser Wilhelm II. in der Rominter Heide der Regionalstube ein besonderes Exponat übergeben.

Seit 1999, als mit Mitteln der Kreisgemeinschaft Goldap das „Haus der Heimat" erworben wurde, hat die Deutsche Minderheit des Kreises Goldap dort ihren Sitz mit Büro und Versammlungsraum. Das Vereinsleben ist in letzter Zeit nicht mehr so rege wie früher. Umso wichtiger sind die jährlichen Sommerfeste, auf denen jetzige und ehemalige deutsche Bewohner von Stadt und Landkreis sowie Vertreter der polnischen Verwaltung und anderer deutscher Gesellschaften aus dem südlichen Ostpreußen zu Gast sind.

Im Erdgeschoss des früheren Mehrparteienwohnhauses wurde eine Regionalstube eingerichtet. Als Einführung im ersten Zimmer dient die vom Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen gestaltete Ausstellung „Die Stadt Goldap, das Tor zur Rominter Heide", die die Geschichte der Stadt bis 1945 auf Deutsch und Polnisch darstellt. Der Flur der ehemaligen Wohnung ist den neun Kirchspielen des Kreises Goldap und ihren Kirchen gewidmet. Hier sind die Texte ebenfalls zweisprachig und Fotografien der Kirchen sowie Daten und Karten des von ihren Kirchspielen umfassten Gebiets zu sehen. Im Zimmer daneben liegt der Schwerpunkt auf der Stadt Goldap mit Informationen zu ihren verschiedenen Schulen, mit historischen Bildern, einer ostpreußischen Tracht und dem Modell des Bahnhofs von Goldap, der seit 1945 nicht mehr in Betrieb ist und heute eine Baustoffhandlung beherbergt. Zentraler Punkt ist aber ein Stadtplan aus der Zeit vor 1944, der mit den heutigen polnischen Straßennamen ergänzt ist.



Weckte reges Interesse: Das neue Exponat im Goldaper Haus der Heimat Bild: U.H.

Erhard Ruhnau spendete das Modell

„Es war uns immer wichtig, dass hier so viel wie möglich deutsch und polnisch beschriftet ist", betont Stephan Grigat, „inzwischen sind die Übersetzungen komplett."

Zuständig für die Betreuung der Regionalstube sind Annelies und Gerhard Trucewitz. Sehr zu ihrer Freude, aber auch der Gäste des Sommerfestes, konnte am 21. Juli das neue Prunkstück des Museums enthüllt werden. Im Romintensaal, in dem Exponate zur Rominter Heide, dem Jagdrevier von Kaiser Wilhelm II., zu sehen sind, steht nun ein maßstabsgetreues Modell des nicht mehr existierenden Rominter Jagdschlosses. „Die drachenähnlichen Verzierungen an den Giebeln sind architektonische Anspielungen auf Norwegen, ebenso wie bei der Stabkirche aus Rominten", erklärte Grigat. Diese Kirche sowie ihr Glockenturm sind im Romintensaal ebenfalls als Nachbauten zu sehen. Gespendet wurde das Modell des Jagdschlosses von Dr. Erhard Ruhnau, der mit der Firma „Via Regia" in Königsbrück einen hervorragenden Modellbauer gefunden hat, der auch bereits die beiden anderen Modelle geschaffen hat. „Die beiden Geweihe an den Wänden des Romintensaals sind übrigens keine Trophäen von Kaiser Wilhelm II.", so Grigat, „obwohl er laut der Inschrift auf einem Denkmal in der Heide in 20 Jahren dort 2000 Hirsche erlegt haben soll."

Nach dem intensiven Einblick in die Geschicke der Stadt und des Kreises Goldap hatten die Gäste, darunter der Vorsitzende des Verbandes der deutschen Gesellschaften in Ermland und Masuren (VdGEM), Henryk Hoch, die Schatzmeisterin Barbara Ruzewicz sowie der katholische Seelsorger der Deutschen Minderheit der Region, Domherr André Schmeier, dann bei sonnigem Wetter Zeit zu weiteren Gesprächen. Bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen sowie musikalischer Unterhaltung durch Irena Szubzda, der Vorsitzenden der Gesellschaft der Deutschen Minderheit „Masuren" in Lyck, mit ihrem Akkordeon, gab es einen regen Gedankenaustausch und noch viele interessante Erinnerungen zu hören. *Uwe Hahnkamp*

Altes Königsberger Stadion bleibt Sportstätte

Arbeiten beunruhigten die Bevölkerung – Bau von Luxuswohnungen im Zentrum befürchtet

Das älteste Stadion in Königsberg soll zu einem sportlichen Landschaftspark ausgebaut werden.

Nicht jede Stadt hat in ihrem Zentrum ein Stadion. Königsberg hat zudem das älteste in der Russischen Föderation. 1892 hatte der Stadtrat und Bankier Walter Simon im Königsberger Zentrum einen Sportplatz gebaut, der nach ihm den Namen Walter-Simon-Platz erhielt. Das heutige Stadion fasst zirka 14 000 Zuschauer und ist das Heimstadion des Königsberger Fußballklubs „Baltika".

Im Vorfeld der Fußball-Weltmeisterschaft gab es Diskussionen darüber, was mit dem Stadion geschehen soll, wenn erst das neue Stadion auf der Lomse fertig ist. Das Sahnegrundstück im Herzen der Stadt weckt schon lange Begehrlichkeiten bei Investoren, die es mit Luxuswohnungen bebauen wollen. Tatsächlich wird man wohl kaum einen besseren Ort dafür finden. Doch die Stadt hat entschieden, dass das Stadion und sein sportlicher Charakter erhalten bleiben sollen.

Vor wenigen Tagen schlugen die Bürger allerdings Alarm, als sie auf dem Stadiongelände Bauarbeiten bemerkten. Vor dem Beginn der WM waren erst Grünflächen für das Training einer der Fußballmannschaft der WM, die in Königsberg spielen sollten, neu angelegt worden. Dann stellte sich jedoch heraus, dass das Stadion nicht den Anforderungen der FIFA entsprach, da es unmittelbar im Stadtzentrum liegt, und damit das Training für alle einsehbar sei. Von der geplanten Nutzung musste Abstand genommen werden.

Der Zaun um das Stadion wurde entfernt, da er bereits defekt war, und durch einen vorläufigen ersetzt. Danach erfolgte ein reger Transport von Baumaterialien. Die Laufbahn um das Stadion wurde abgebaut, und Landvermesser begannen das Gelände zu vermessen. Die Städter wollten nicht wirklich glauben, dass die Gerüchte im Sinne von „nach der WM wird alles abgerissen und neu bebaut" nun doch in Erfüllung gehen sollten. Es gab seitens der Stadt oder der regionalen Behörden keinerlei Informationen oder Erklärungen.

Verein »Baltika« wird weiter hier trainieren

Lediglich vom Fußballverein Baltika war zu hören, dass es sich um den planmäßigen Austausch der Bahnen handele, da sie von Zeit zu Zeit kaputt gingen und erneuert werden müssten: „Es war gefährlich, auf ihnen zu laufen: Bei einem Sturz verletzten sich die Menschen. Jetzt werden moderne Leichtathletik-Bahnen gebaut, die schon ausgehoben wurden. Zum Auffüllen werden moderne Mischungen verwendet."

Wird grundlegend modernisiert: Das ehemalige Walter-Simon-Stadion im Zentrum Königsbergs

Bild: J.T.

Es heißt, dass nun alle modernen Standards für ein Stadion erfüllt seien. Es wird nicht nur die Aschenbahn erneuert: Bald wird auch die nördliche Zuschauertribüne ersetzt. Sie stammt noch aus dem Jahr 1960 und droht zu verfallen. An ihrer Stelle soll ein überdachter Komplex entstehen. Die Südtribüne, in der die bescheidene Technik des Stadions untergebracht ist, bleibt dagegen unangetastet. Will man den Ankündigungen der Stadt glauben, dann bleibt das Stadion als solches erhalten. Im Stadion „Baltika" sollen Jugend- und Erwachsenenmannschaften trainieren, weil der Rasen des neuen Stadions auf der Lomse für intensives Training ungeeignet ist.

Eines sei hinzugefügt: Bei Präsident Putins jüngstem Besuch in Königsberg wurde eine Sitzung des Rats für die Entwicklung der Kultur und Sport abgehalten. Bei der Gelegenheit erläuterte Gouverneur Anton Alichanow die Pläne für das Stadion Baltika: „Das älteste Stadion Russlands, Baltika, wird in einen Sport- und Landschaftspark verwandelt." Wenn das stimmt, hat das Stadion eine interessante Zukunft, und es wird nicht das Schicksal wie anderer Orte der Erholung und des Sports in der Stadt erleiden. *Jurij Tschernyschew*



ZUM 99. GEBURTSTAG

Bähnisch, Alwine, geb. **Schindler**, aus Bludau, Kreis Fischhausen, am 24. August

ZUM 98. GEBURTSTAG

Jakel, Frieda, geb. **Cytterich**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 96. GEBURTSTAG

Baldzun, Ella, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 27. August
Engemann, Annelie, geb. **Wölke**, aus Trunz, Kreis Elbing, am 24. August
Feldten, Lisbeth, aus Lyck, am 26. August
Jannsen, Erna, aus Lyck, am 29. August
Palfner, Hildegard, aus Ebenrode, am 29. August
Weiss, Erna, geb. **Liedtke**, aus Hohenwalde, Kreis Heiligenbeil, am 29. August
Zabel, Luise, aus Neidenburg, am 30. August

ZUM 95. GEBURTSTAG

Gold-Schmidt, Ella, geb. **Will**, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, am 30. August
Hensel, Emil, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Napierski, Gerda, geb. **Bielinski**, aus Walden, Kreis Lyck, am 28. August
Rosan, Horst, aus Neidenburg, am 30. August
Rosslan, Erich, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 28. August
Rutkewitz, Wolfgang, aus Ortelsburg, Försterei, am 24. August

ZUM 94. GEBURTSTAG

Albrecht, Alma, geb. **Köpke**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 27. August
Baumgardt, Werner, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 25. August
Moser, Christa, geb. **Scheidereiter**, aus Föhrenhorst, Kreis Ebenrode, am 27. August
Riedel, Herta, geb. **Rohmann**, aus Neumalken, Kreis Lyck, am 30. August
Ruch, Heinz, aus Röblau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Sander, Hildegard, geb. **Goerke**, aus Jagsten, Kreis Elchniederung, am 29. August
Steffan, Gerda, geb. **Kujus**, aus Hohensprindt, Kreis Elchniederung, am 28. August
Wilimzik, Ella, geb. **Grubert**, aus Stradaunen, Kreis Lyck, am 27. August

ZUM 93. GEBURTSTAG

Broszeit, Leo, aus Rokitten, Kreis Elchniederung, am 30. August
Grüner, Ruth, geb. **Watteler**, aus Wehlau, am 29. August
Hajduk, Heinrich, aus Steinberg, Kreis Lyck, am 28. August
Kowitz, Emilie, geb. **Miszick**, aus Kreuzfeld, Kreis Lyck, am 30. August
Medler, Anette, geb. **Krüger**, aus Neidenburg, am 25. August
Nelius, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, am 26. August
Ronneberger, Marga-Marta, aus Maschen, Kreis Lyck, am 26. August
Ruddigkeit, Bruno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 29. August
Schawert, Edith, geb. **Heisel**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 24. August
von Hanstein, Donata, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 29. August

ZUM 92. GEBURTSTAG

Fuest, Elisabeth, geb. **Jakubowski**, aus Neidenburg, am 26. August
Hüser, Hansgeorg, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 27. August
Libuda, Christel, geb. **Steinert**, aus Seehagen, Meitzen, Kreis Neidenburg, am 26. August
Maertin, Ursula, geb. **Weiß**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 27. August
Manke, Inge, geb. **Schneller**, aus Schallen, Kreis Wehlau, am 30. August
Meyer, Charlotte, aus Marienfelde, Kreis Bromberg, am 28. August
Nowotschyn, Marianne, geb. **Rhode**, aus Schönhorst, Kreis Lyck, am 30. August
Piechottka, Ruth, geb. **Gottschalk**, aus Ortelsburg, am 26. August
Schlie, Christel, geb. **Trzaska**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Theile, Anneliese, geb. **Scheffler**, aus Schupöhnen, Kreis Fischhausen, am 24. August
Waschkau, Charlotte, geb. **Dembowski**, aus Milken, Kreis Lötzen, am 24. August

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beuck, Lucie, geb. **Bojahr**, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 24. August
Borawski, Erich, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 109, am 30. August
Burkatzki, Helmut, aus Brodau, Kreis Neidenburg, am 29. August
Denda, Willi, aus Gregersdorf, Kreis Neidenburg, am 27. August
Genz, Gerhard, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 24. August
Jeschonnek, Reinhold, aus Treuburg, am 29. August
Ludwig, Heinz, aus Fronicken, Kreis Treuburg, am 28. August
Mertens, Ursel, geb. **Sarzio**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 24. August
Spillner, Erika, geb. **Brakel**, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 28. August
Stantke, Gertrud, geb. **Murach**, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 20. August
Tamkus, Siegfried, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 24. August
Wischnewski, Walter, aus Langheide, Kreis Lyck, am 26. August

ZUM 90. GEBURTSTAG

Conrad, Walter, aus Allenburg, Kreis Wehlau, am 29. August
Hensch, Edith, geb. **Mahler**, aus Wehlau, am 24. August
Jankowski, Gerhard, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 25. August
Kalisch, Oskar, aus Jürgen, Kreis Treuburg, am 26. August
Krause, Else, aus Illowo, Kreis Neidenburg, am 25. August
Lison, Anneliese, aus Beuthen, Kreis Neidenburg, am 24. August
Litzbarski, Elly, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 25. August
Reeg, Waltraut, geb. **Riemann**, aus Schuditten, Kreis Fischhausen, am 30. August
Reske, Helmut, aus Wehlau, am 27. August
Rogalla, Herbert, aus Kornau, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Sawitzki, Herta, geb. **Bogdanski**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 26. August
Schmidtke, Gretel, geb. **Kersten**, aus Goldenau, Kreis Lyck, am 30. August
Schneider, Anneliese, geb. **Engelbrecht**, aus Lötzen, am 30. August
Schützhold, Herta, geb. **Stomber**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 26. August
Senf, Hildegard, geb. **Schattling**, aus Angerapp, am 25. August
Tietze, Erika, geb. **Adam**, aus Altenfließ, Kreis Ebenrode, am 24. August
Wayland, Ruth, geb. **Schettler**, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 26. August

Werner, Irmgard, geb. **Quednau**, aus Windberge, Kreis Ebenrode, am 27. August
Wiese, Oswald, aus Poppendorf, Kreis Wehlau, am 24. August

ZUM 85. GEBURTSTAG

Biallas, Hans, aus Schwentainen, Kreis Treuburg, am 27. August
Dietrich, Siegfried, aus Motzfelde, Kreis Elchniederung, am 25. August
Friedemann, Ingetraut, geb. **Wollmann**, aus Sarken, Kreis Lyck, am 25. August
Krämer, Erwin, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 27. August
Michalzik, Manfred, aus Borschimmen, Kreis Lyck, am 25. August
Schaak, Hans-Karl, aus Rotwalde, Kreis Lötzen, am 28. August
Schneidereit, Brigitte, geb. **Gresch**, aus Neidenburg, am 24. August

Springer, Werner, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August
Strehl, Bernhard, aus Aulacken, Kreis Lyck, am 25. August
Wilkop, Alfred, aus Jägersdorf, Kreis Neidenburg, am 30. August

ZUM 80. GEBURTSTAG

Alikadic, Anneliese, geb. **Czybulka**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, am 26. August
Bandilla, Klaus, aus Wittingen, Kreis Lyck, am 25. August
Boguschewski, Gerold, aus Treuburg, am 24. August
Butz, Herta, geb. **Kopp**, aus Wilhelmsheide, Kreis Elchniederung, am 25. August
Dierich, Adeltraud, geb. **Wizenti**, aus Ortelsburg, am 30. August
Dostal, Inge, geb. **Pillath**, aus Wildenau, Kreis Ortelsburg, am 29. August
Ferck, Irmgard, geb. **Nitsch**, aus Prostken, Kreis Lyck, am 25. August
Fiessel, Frank, aus Lyck, am 28. August
Hämisch, Irmgard, geb. **Sewzik**, aus Rosenheide, Kreis Lyck, am 25. August
Haupt, Konrad, aus Kussenberg, Kreis Elchniederung, am 27. August
Hoffmann, Klaus Jörg, aus Königsberg, am 26. August
Lembke, Erwin, aus Hoppendorf, Kreis Preußisch Eylau, am 26. August
Matheus, Horst, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 30. August
Naraschewski, Beate, geb. **Körnich**, aus Wehlau, am 27. August
Neumann, Hannelore, geb. **Skroblin**, aus Wilkendorf, Kreis Wehlau, am 24. August
Quaschni, Edelgard, geb. **Ruttkowski**, aus Gartenau, Kreis Neidenburg, am 30. August
Richter, Barbara, aus Königsberg, am 27. August
Schön, Edith, geb. **Kiauka**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, am 24. August
Weers, Hildegard, geb. **Soboll**, aus Siegersfeld, Kreis Lyck, am 27. August
Wittösch, Erich, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 26. August

ZUM 75. GEBURTSTAG

Benscheid, Achim, geb. **Patzkautzkus**, aus Preußenwall, Kreis Ebenrode, am 30. August
Domnick, Irmgard, geb. **Peczenski**, aus Skomanten, Kreis Lyck, am 19. August
Gudat, Ernst-Reinhard, aus Grünau, Kreis Tilsit-Ragnit, am 29. August
Kamphaus, Helga, geb. **Zimmermann**, aus Neuendorf, Kreis Wehlau, am 25. August
Langeloh, Ursula, geb. **Staats**, aus Langenberg, Kreis Elchniederung, am 25. August
Pfennig, Karl-Werner, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 30. August
Rupertus, Günter, aus Taplacken, Kreis Wehlau, am 28. August
Sieg, Eckart, aus Hamerudau, Kreis Ortelsburg und aus Soldau, Kreis Neidenburg, am 27. August



Woike, Kurt, aus Arnstein, Kreis Heiligenbeil, und Ehefrau Margliese, geb. **Köhm**, am 23. August

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift. Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel. Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Jahrestreffen

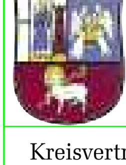
Die Stadtgemeinschaft Allenstein trifft sich in diesem Jahr vom 7. bis 9. September in Gelsenkirchen. Zunächst tritt am Freitagnachmittag um 16 Uhr die neu gewählte Stadtversammlung im Restaurant Dubrovnik neben dem Hans-Sachs-Haus zusammen, um die Jahresberichte entgegenzunehmen und den Vorstand zu wählen. Anschließend verbringen dort ehemalige und heutige Bewohner unserer Heimatstadt einen geselligen Abend.

Am Sonnabend besteht von 10 bis 12 Uhr Gelegenheit, den Treudank, das Allensteiner Heimatmuseum in der Vattmannstraße, zu besuchen. Um 12.15 Uhr gedenken wir der verstorbenen Allensteiner mit einer ökumenischen Andacht und Kranzniederlegung an der Gedenktafel in der Propsteikirche. Ab 13 Uhr versammeln sich Stadtgemeinschaft und Kreisgemeinschaft Allenstein-Land im Schloss Horst. Im Kaminzimmer gibt es ein reiches Angebot an Büchern und Informationen über Allenstein und Ostpreußen, Ausstellungen alter Postkarten erinnern an vergangene Zeiten. Freunde der Familienforschung finden bei den Vertretern des Ermlandforums Rat und Unterstützung.

Um 15 Uhr findet in der Glashalle des Schlosses die Feierstunde statt, die von der Trinity Brass, dem Bläser- und Posaunenchor Gelsenkirchen-Erle unter der Leitung von Hans-Günter Nowotka musikalisch umrahmt wird. Neben Vertretern der Partnerstädte Gelsenkirchen und Allenstein werden wie immer zahlreiche Angehörige der Deutschen Minderheit aus Allenstein unter den Gästen sein.

Anschließend spielt Andreas Kokosch beliebte Oldies zum Tanz und zur Unterhaltung. In den Rittersaal oder den Garten mit Grillstation kann man sich zum Schabbern und Schnabulieren zurückziehen.

Mit dem Besuch der Gottesdienste am Sonntagvormittag geht das Treffen zu Ende.



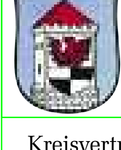
ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Heimattreffen

Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Schloss Horst, Gelsenkirchen: Heimattreffen.

Vokalensemble Legende
Freitag, 7. September, 19.30 Uhr, St. Severi-Kirche, Am Kirchplatz, 21762 Otterndorf, Sonnabend, 8. September, 19 Uhr, St. Wilhadi-Kirche, Wilhadi Kirchhof 11, 21682 Stade.



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Angerburger Tage

Rotenburg (Wümme) – Wochenende 8. und 9. September: 64. Angerburger Tagen. Es treffen sich die Angerburger aus nah und fern sowie deren Nachkommen mit alten und neuen Bekannten in der liebenswerten Kreisstadt Rotenburg (Wümme). Veranstaltungsort ist die Theodor-Heuss-Schule in der Gerberstraße 16. Eingeleitet werden die Angerburger Tage am Sonnabend, 8. September, um 9 Uhr, mit einem Gedenken und einer Kranzniederlegung am Patenschaftsstein beim Rotenburger Kreishaus. Anschließend findet ab 9.30 Uhr die 2. Mitgliederversammlung (Kreistagssitzung) statt, zu der alle ordentlichen und fördernden Mitglieder eingeladen sind. Bezieher des Angerburger Heimatbriefes gelten als fördernde Mitglieder. Auf den Seiten 10/11 des Angerburger Heimatbriefes vom Juni (Nr. 161) ist die Einladung mit Tagesordnung veröffentlicht. Im Mittelpunkt der Tagesordnung stehen die Berichte der Funktionsträger, die Leistung der Schatzmeisterin und des Vorstandes sowie die Verabschiedung des Haushaltsvoranschlages für das Geschäftsjahr 2019. Besichtigung der Cohn-Scheune, Am Kirchhof 1, 27356 Rotenburg (Wümme) um 14 Uhr, Start ab Hotel am Pferdemarkt um 13.30 Uhr. Ab 16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken mit Freunden und Besuchern. Eine Fahrmöglichkeit zur Cohn-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 15

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 14

Scheune und im Anschluss zur Mensa in der Theodor-Heuss-Schule besteht. Aus organisatorischen Gründen ist für den Besuch der Cohn-Scheune eine vorherige Anmeldung unter Angabe der Personenzahl an Brigitte Junker, Sachsenweg 15, 22455 Hamburg, bis spätesten 30. August, nötig. Die Theodor-Heuss-Schule ist an diesem Tag bereits ab 15.30 Uhr für alle Besucher geöffnet. Zum Abendessen (ab 18 Uhr) werden Speisen und Getränke (kleine Karte) angeboten. Der Heimatabend beginnt um 20 Uhr mit einem Vortrag von Marianne Kopp über Ernst Wiechert (Rückkehr nach Masuren). In gemütlicher Runde lassen wir dann den Tag ausklingen.

Am Sonntag, 9. September, sind die Räume in der Theodor-Heuss-Schule ab 9.30 Uhr geöffnet. Um 11 Uhr findet in der Aula der Schule eine Feierstunde statt, zu der alle Besucher herzlich eingeladen sind. Die Gastrede wird der Bürgermeister der Stadt Rotenburg (Wümme), Andreas Weber, halten. Nach der Feierstunde treffen sich die Besucher zum Gedankenaustausch. Gelegenheit zum Mittagessen besteht ebenfalls, außerdem werden Kaffee, Tee, Kuchen und Getränke angeboten, ferner Bücher, auch antiquarische, und Karten.

Mit Ihrem Besuch der 64. Angerburger Tage am 8. und 9. September bekunden Sie Ihre Verbundenheit mit Angerburg und unserem Patenschaftsträger, dem Landkreis Rotenburg (Wümme). Der Vorstand freut sich darauf, Sie begrüßen zu dürfen und wünscht Ihnen eine angenehme Anreise. *Kurt-Werner Sadowski*



BARTENSTEIN

Kreisvertreter: Christian v. der Groeben, Ringstraße 45, 97950 Großrinderfeld, Telefon (09349) 929252, Fax (09349) 929253, E-Mail: csgroeben@gmx.de.

Heimatkreistreffen

Nienburg – Sonnabend, 1. September, Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, 31582 Nienburg/ Weser: Heimatkreistreffen.

Nachdem wir im letzten Jahr zwei Kreistreffen (in Bartenstein/Württemberg und Nienburg) mit guter Beteiligung anbieten konnten, hoffen wir auch in diesem Jahr auf fröhliche Begegnungen mit fruchtbaren Gesprächen und interessanten Vorträgen. Vielleicht lassen sich doch einige „Nachgeborene“ überzeugen, Eltern oder Großeltern mit gesunder Neugier zu begleiten.

Geplanter Verlauf

9.30 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen der Berufsbildenden Schulen (Berliner Ring),

10 bis 12 Uhr: Heimatstube (Verdener Straße 24) geöffnet,

ab 10 Uhr: Saalöffnung Hotel zur Krone, Verdener Landstraße 245, Nienburg, Telefon (05021) 64333,

ab 12 Uhr: Mittagessen (Buffet),

ab 13.30 Uhr: Berichte der Vorstandschaft,

ab 14 Uhr: Vortrag von Viktor Haupt „Ein Streifzug durch die Geschichte der Stadt Schippenbeil mit familienkundlichen Anmerkungen“,

ab 15 Uhr: Kaffee- und Kuchenbuffet, Grußworte der örtlichen Repräsentanten und Freunde,

ab 16 Uhr: Filmvorführung Manfred Eckert – letzte Busreise nach Ostpreußen.

Die jährliche Vorstandssitzung findet am Vortag, Freitag, 31. August, ab 16 Uhr im gleichen Hotel statt, wozu interessierte Gäste willkommen sind.



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Jahreskreistreffen

Sonnabend, 29., bis Sonntag, 30 September, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster: Jahreskreistreffen.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanada, Telefon (05723) 798110, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen/Mitgliederversammlung und Delegierten-Versammlung.

Programm

Freitag, 7. September

14 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros im Foyer und Delegierten-Versammlung,

16 bis 18 Uhr: Film- und Dia-Vorträge im Raum Luzern.

Sonnabend, 8. September

9 Uhr: Eröffnung des Tagungsbüros,

9.30 Uhr: Treffen im Restaurant,

10 Uhr: Lesungen sowie Film-Vorträge,

12 Uhr: Mittagessen,

14 Uhr: Eröffnung der Mitglieder-Versammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung, verschiedene Grußworte. Rechenschaftsbericht des Versammlungsleiters. Im Anschluss: Berichte der Kirchspielvertreter sowie Wahlen,

Ab 16 Uhr: gemütliches Beisammensein, plachandern, kleine eigene Beiträge können vorgetragen werden, bis 18 Uhr: weitere Bilder, Filme und Bilderfassung im Raum Luzern,

ab 18 Uhr: musikalische Unterhaltung.

Sonntag, 9. September

10 Uhr: Gottesdienst in der Kirche Steinhude, Besuch des Agnes-Miegel-Hauses in Bad Nenndorf, Ausklang im Hotel.

Manfred Romeike, Kreisvertreter



FISCHHAUSEN

Vorsitzender: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1 in 24992 Janneby, stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45 in 04600 Altenburg, Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45 in 04600 Altenburg, Tel. (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de. Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle, Fahltskamp 30, PF 1732, 25407 Pinneberg, Tel.(03447) 8966746

Pillauer Treffen

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September: Das Pillauer Treffen. Während des diesjährigen Treffens werden neue Gemeinschaftsvertreter gewählt. Der Vorstand bittet die interessierten Pillauer Kandidaten, sich rechtzeitig auf die ausgelegte Wahlliste setzen zu lassen. Wahlende: Sonntag, 9. September, 19 Uhr.

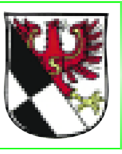


GERDAUEN

Kreisvertreter: Walter Mogk, Am Eichengrund 1f, , 39629 Bismark (Altmark), Telefon (0151) 12 30 53 77, Fax (03 90 00) 5 13 17. Gst.: Doris Biewald, Blümnerstraße 32, 04229 Leipzig, Telefon (0341) 9600987, E-Mail: geschaeftsstelle@ kreis-gerdauen.de.

Kreistagssitzung

Gemäß § 5 Nr. 4 unserer Satzung vom 3. September 2016 sind wir verpflichtet, den Termin der nächsten Kreistagssitzung, die für den 13. Oktober, 9 Uhr, im Hotel Esplanade in Bad Nenndorf, Bahnhofstraße 8, anberaumt wird, vor der Ladungsfrist in der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* bekanntzugeben. Alle Vorstandsund Kreistagsmitglieder sowie die Mitglieder des Ältestenrates erhalten rechtzeitig die Einladung zur Kreistagssitzung mit den aktuellen Tagesordnungspunkten zugeschickt.

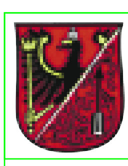


GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Freitag, 7., bis Sonntag. 9. September: Goldaper Heimattreffen in Stade. Informationen: Annelies Trucewicz, Telefon (04142) 3552, E-Mail: museum@goldap.de.



GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

65. Bundestreffen

Bielefeld – Sonnabend, 7. September, 10 Uhr, Brenner Hotel, Bielefeld: Gumbinner Bundestreffen mit Kreisversammlung. Vom Vorstand werden turnusgemäß Tätigkeits- und Rechenschaftsberichte abgegeben, ebenso Berichte von der „Stiftung Gumbinnen“ und der Arbeitsgemeinschaft „Ostpreußisch Platt“. Es bleibt nach dem Mittagessen noch genügend Zeit zum Beisammensein, Kaffeetrinken und Plachandern.

Eine Ausstellung mit Exponaten aus Archivunterlagen und Filmen von früher und heute werden vorbereitet. In der umfangreichen Adress- und Namensdatei können Familiendaten gefunden und vervollständigt werden.

Auch in diesem Jahr gibt der Kammerchor „Kant“ aus Gumbinnen gemeinsam mit dem Männergesangverein Sieker am 7. September um 19 Uhr in der Lutherkirche ein Konzert für alle.

Der Abend im Brenner Hotel bietet anschließend Zeit für ein gemütliches Beisammensein.

Am Sonntag, 8. September, beginnt um 10 Uhr im Brenner Hotel eine „Öffentliche Gemeinschaftsstunde“, zu der auch Vertreter der Patenstadt Bielefeld eingeladen sind. Traditionsgemäß wird nach einer Andacht das Totengedenken gesprochen. Neben den Grußworten der Ehrengäste und dem Bericht der Vorsitzenden über die Arbeit wird der Verwalter des digitalen Archivs, Gerhard Thies, über „Die Bewahrung des kulturellen Erbes der alten Heimatstadt“ sprechen.

Karin Banse



HEILIGENBEIL

Kreisvertreter: Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224, E-Mail: schmidt.ploessen@gmx.de, Erster Stellvertretender Kreisvertreter: Christian Perbandt, Im Stegefeld 1, 31275 Lehrte, Telefon: (05132) 57052. E-Mail: perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Zweite Stellvertretende Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, E-Mail: reyvio@web.de. Schriftleiterin: Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Tel.: (02354) 4408, E-Mail: brschulz@dokom.net. Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Sonnabend, 1., und Sonntag, 2. September, Hotel Haase, Lehrter Straße 12 in 31303 Burgdorf bei Hannover.: Kreistreffen der Kreisgemeineschaft Heiligenbeil. Wir, der Vorstand, die Kirchspiel- und Stadtvertreter sowie Gemeindevertreter, freuen uns auf Sie.

Matjesessen

Burgdorf – Freitag, 31. August, Hotel Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Matjesessen. Bitte verbindlich anmelden bei Christian Perbandt. Kosten werden nicht übernommen.

Goldene Hochzeit

Am 23. August feiern Kurt Woike und seine Frau Margliese geb. Köhm ihre goldene Hochzeit. Hierzu gratulieren die Mitglieder des Vorstandes der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil e.V. ganz herzlich.


Bild: privat



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Hamburg – Mittwoch, 5. September, 12 Uhr, Veranstaltungsraum Empore des Hotels Zeppelin, Frohmestraße 123–125, 22459 Hamburg: Videovortrag oder Autorenlesung. Informationen: Manfred Samel, Telefon (040) 587585, E-Mail: Manfred-Samel@Hamburg.de.



JOHANNISBURG

Kreisvertreter: Siegfried Strysio, Telefon (05147) 975518. Rischwiesen 4, 31311 Uetze/Hänigsen, Internet: www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; E-Mail: kreiver.strysio@t-online.de; Erster Stellvertreter: Klaus Dowanr, An der Grubenbahn 21, 01665 Meißen, Telefon (03521) 4592901, E-Mail: kodo48@aol.com; Kassenverwalter: Günter Woyzechowski (kommissarischer Kreisvertreter), Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63428, E-Mail: g.awoy@htp-tel.de

Kreistreffen

Dortmund – Sonntag, 2. September, 11 Uhr, Einlass ab 9 Uhr, Parkhotel Wittekindshof, Westfalendamm 270, U-Bahn 47 Richtung Aplerbeck, Haltestelle Lübkestraße.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

Hauptkreistreffen

Otterndorf – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: Hauptkreistreffen.

Am 7. September Begrüßungsabend in der Stadthalle ab 18 Uhr. Um 19 Uhr gehen wir gemeinsam zum Liederabend mit dem Chorensemble „Legende“ aus Königsberg, 19.30 Uhr in der St. Severi Kirche zu Otterndorf.

Am 8. September, 9 Uhr, Stadthalle, Fröbelweg, Otterndorf: Hauptkreistreffen.

Programm (Änderungen vorbehalten)

9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken,

10 Uhr: Offizielle Eröffnung des Kreistreffens,

11 Uhr: Feierstunde in der Stadthalle,

14.30 Uhr: Eröffnung der Ausstellung: Landwirtschaft im Kreis Labiau im Museum Torhaus,

15.30 Uhr: Tanzgruppe des TSV Otterndorf,

19 Uhr: Gemütlicher Abend bei Musik und Tanz bis 22 Uhr.

Die Bildausstellung Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war, wird am Freitag und Sonnabend in der Veranstaltungshalle gezeigt. Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief und mehr, Bücherstand, Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnes und mehr. Für das leibliche Wohl ist gesorgt: Am Sonnabend gibt es Mittag- und Abendessen nach kleiner Karte, nachmittags Kuchenbüfett.

Sonntag, 9. September: Fahrt nach Ihlienwort zum Milchmuseum, mit allen, die am Sonntag noch da sind, die Bahnfahrer werden gerne im Pkw mitgenommen.

Auch ist es möglich, den Ort auf dem „Milchweg“ zu erkunden. Der 2,2 Kilometer lange Rundwanderweg ist als Milch-Erlebnisweg angelegt worden und weist neben seiner Beschilderung auch Mitmach-Aktionen zum Thema auf. Natürlich nur für die, die gut zu Fuß sind. Anschließend nehmen wir gemeinsam ein Mittagessen ein. (Kosten Eintritt/Essen 20 Euro), Ende gegen 14 Uhr.

Bitte vorher bei Frau Stramm anmelden (Telefon 04853-562). Start gegen 10 Uhr an der Stadthalle Otterndorf. (Bitte die Hinweise in der Halle am Sonnabend beachten.)

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Ostpreußen in Down Under

Australische Ostpreußengruppe feiert 50-jähriges Bestehen

Im August 2018 begeht unsere Ost- und Westpreußen-Gruppe Nunawading ihr 50-jähriges Bestehen. Aus diesem Grunde haben wir den untenstehenden Artikel verfasst.

Am Sonntag, den 26. August, feiern die Ostpreußen in Melbourne, Australien, ihr 50-jähriges Bestehen im St Johns Reception Centre im Stadtteil Mitcham, wie immer mit einem gemütlichen Nachmittag bei Kaffee und mitgebrachtem, selbst gebackenem Kuchen. Es ist ein Meilenstein, der mit einem lachenden und einem weinenden Auge begangen wird. Der Grund: Dieses wird das letzte offizielle Zusammentreffen der Ost- und Westpreußengruppe sein. Der 1. Vorsitzende Harry Spiess und seine Frau Noreen, die im Februar 2018 ihre Diamantene Hochzeit feierten, können nach all den Jahren der Organisation der Zusammentreffen und Veranstaltungen fortan eine wohlverdiente freie Zeit mit ihrer Familie genießen.

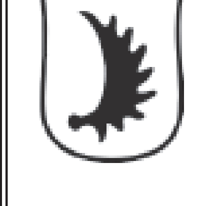
Ein Überblick über das 50-jährige Bestehen unserer Gruppe:

Am 25. August 1968 wurde die Ost- und Westpreußengruppe Nunawading ins Leben gerufen. Der 1. Vorsitzende Harry Spiess, der 1952 nach Australien ausgewandert war, hatte noch in Berlin mit seinen Eltern und Geschwistern an einem Ostpreußen-Treffen der Stadt Tilsit in Berlin teilgenommen. Sein Vater war Kreisbetreuer der Stadt Tilsit und als Vorstandsmitglied in der Landsmannschaft Ostpreußen in Berlin tätig. Hier in Melbourne und Nunawading hatte Harry wieder Landsleute aus Ostpreußen und verschiedenen anderen Gegenden Deutschlands kennengelernt. Mit vielen hatte er über Ostpreußen gesprochen und da kam ihm die Idee, dass man sich unter dem Motto „Heimaterinnerungen“ zum Austausch der Erinnerungen und Erlebnisse aus der alten, unvergessenen Heimat Ostpreußen zusammenfinden sollte.

Am 5. Oktober 1968 fand das erste Gründungstreffen mit 23 Landleuten in der Kindergartenhalle der evangelisch-lutherischen St. Pauls Kirche in Nunawading statt. Beim zweiten Treffen im November 1968 gab es einen Lichtbild-Vortrag „Ostpreußen im Bild“, der die Heimat vor dem Zweiten Weltkrieg zeigte.

Die Landesgruppe Berlin unterstützte die Gruppe und übernahm 1974 offiziell die Patenschaft.

Am 23. März 1969 wurde der erste Vorstand gewählt und auf der ersten Vorstandssitzung hatte man beschlossen einen Unkostenbeitrag von 50 Euro pro Erwachsenen zu erheben und viermal jährlich Veranstaltungen zu organisieren.



Ein Picknick im Februar, ein Mitgliedertreffen im Juni mit Vorträgen über die Heimat, Treffen im September (das für viele Jahre der „Bruderhilfe Ostpreußen“ gewidmet war) und eine Adventsfeier im Dezember.

Mit den Jahren wurden die Mitglieder weniger und auch älter und so wurde beschlossen, die Treffen auf dreimal im Jahr zu reduzieren und das erste jährliche Treffen in einem Restaurant zu begehen.

Harry Spiess überreichte Ehrenabzeichen und Urkunden (gespendet von der Landsmannschaft Ostpreußen in Berlin) an langjährige Mitglieder.

Für viele Jahre bestand eine Leihbücherei mit deutschsprachigen Büchern, Romanheften, Videos mit alten Filmen, Konzerten und deutscher Volksmusik.

Die erste Versteigerung zugunsten der Bruderhilfe Ostpreußen fand im Dezember 1970 statt und die letzte im September 2004. Im 34-jährigen Bestehen der Versteigerung haben wir insgesamt 47 592,65 Dollar (über 31 000 Euro) für dieBruderhilfe Ostpreußen gespendet.

Im April 1977 kam das Rosenau-Trio aus Baden-Baden nach Melbourne. 600 Personen nahmen an dem Konzert in der Glen Waverley High School Hall teil. Unsere Ost- und Westpreußen Gruppe Nunawading war der Gastgeber.

Im Februar 1980 kam eine größere Gruppe Landsleute aus Berlin, auf Einladung von Harry Spiess, zu Besuch nach Melbourne. Sie wurden bei den verschiedenen Familien unserer Mitglieder untergebracht. Ein umfangreiches Programm wurde für sie erstellt, das so erfolgreich war, dass in den folgenden Jahren noch weitere Gruppen empfangen wurden. Im Oktober 1996 fand eine Sonderreise statt unter dem Motto „Ein Landsmann zeigt seine neue Heimat – sieben Staaten auf einen Streich“, wofür Harry Spiess die Reiseleitung übernahm. Von 1987 bis 1999 war unsere Gruppe regelmäßig Gastgeber für WGR Reisegruppen (WGR = Wolf Gruppenreisen), insgesamt 24 Reisegruppen).

Seit dem Jahr 1986 wurde jährlich auch die „Werner Guillaume Ehrenauszeichnung“ für besondere Verdienste für unsere Gruppe an ein Mitglied unserer Gruppe verliehen.

Die Treffen fanden von 1968 bis 1989 in der Kindergartenhalle der St. Paul's Kirche statt. Da sich unsere Mitgliederzahl jedoch beträchtlich erhöht hatte, wurde diese Halle zu klein und ab Juni 1989 fanden unsere Treffen im St. John's Reception Centre in Mitcham statt.

Zum Anlass der 200-Jahr-Feier von Australien im Jahr 1988 nahm unsere Gruppe an einer Ausstellung im Kulturzentrum von Nunawading teil. Dort stellten wir Bernstein, Bärenfang, Danziger Goldwasser, einen Bronze-Elch und im Hintergrund die Landkarte von Ostpreußen aus.

Auf dem Höhepunkt unserer Gruppe zählten wir insgesamt 177 Mitglieder und im Jahr 2018 verbleiben leider nur noch 78 Mitglieder. Bemerkenswert ist, dass drei Landsleute unserer aller ersten Zusammenkunft noch immer an unseren Treffen teilnehmen.

Unsere Gruppe organisierte Dinnertanz-Abende, Ausstellungen, Konzerte, Picknicks, Heimatabende. Bei den jährlichen Zusammentreffen wurde Selbstgebackenes mitgebracht und unsere bekannten Volkslieder gesungen; es wurden Geburtstagskarten an Mitglieder versandt, und vor allem wurden unsere Landsleute in Notfällen unterstützt.

Unsere Mitglieder haben ihre Heimat nicht vergessen, sondern bei den Treffen mit dem Leitsatz „Heimaterinnerungen“, „Marienburg und der Ritterorden“, „Marienwerder – Westpreußen“, „Königsberg – Hauptstadt Ostpreußens“, „Salzburger in Ostpreußen“ und vielen anderen Themen wurden diese Erinnerungen immer wieder aufgefrischt. Die Zusammentreffen wurden mit unserem Ostpreußenlied abgeschlossen: „Land der dunklen Wälder und kristall'nen Seen...“.

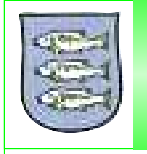
Ellen Hardy-Birt

Sie erreichen den 1. Vorsitzenden der Ost-und Westpreußen-Gruppe Harry Spiess postalisch: Nunawading – Melbourne oder telefonisch: +61-3-98745957.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

LÖTZEN



Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Heimattreffen

Neumünster - Sonnabend, 25. August, ab 13.30 Uhr (Beginn 14 Uhr), Lötzener Heimatmuseum, Sudetenlandstraße 18H (Böcklersiedlung): Heimattreffen mit Mitgliederversammlung.

Die Einladung zur Mitgliederversammlung mit Tagesordnung wurde in *PAZ/Das Ostpreußenblatt* Ausgabe 32, vom 10. August, veröffentlicht.

Programm am Sonnabend

Raum „Galerie“ in der Stadthalle Neumünster, Kleinflecken Nr. 1, ab 15.30 Uhr: geselliges Beisammensein. Gelegenheit zu Kaffee und Kuchen (Bedienung).

Um 17 Uhr Auftritt der „Flauti Eckernförde“. Vier Flötistinnen bieten „Wassermusiken“, ein musikalisch-literarisches Programm mit Kompositionen aus drei Jahrhunderten zum Thema Wasser, Schwerpunkt Nordsee und Ostsee.

Danach Gelegenheit zum Abendessen nach kleiner Karte.

Um 19.30 Uhr zeigt Dr. Mark Marzinzik (mit Vorfahren aus dem Kreis Lötzen) einen Film, der als Ergebnis seiner familiengeschichtlichen Forschung entstand: „Auf der Spur der Ahnen“. Der Film ist nicht nur eine Erkundung des Kreises Lötzen, sondern er bietet Reisebilder von Teilen der ehemaligen Provinz Ostpreußen, mit wunderschönen Landschaftsaufnahmen. Der Familiengeschichtsforscher steht im Anschluss für Fragen zur Verfügung.

Programm am Sonntag

Raum „Galerie“ in der Stadthalle Neumünster, Kleinflecken Nr. 1, ab 10 Uhr Feierstunde (Raumöffnung 9.30 Uhr). Begrüßung durch den 1. Vorsitzenden der Kreisgemeinschaft. Andacht, gehalten von Pastorin Doege-Baden-Rühlmann. Totenehrung. Grußworte, gehalten von Stadtpräsidentin Anna-Katharina Schättiger und anderen Ehrengästen. Festvortrag von Dr. Manuel Ruoff zum Thema „Ostpreußens Grenzen in Vergan-

Heimatkreisgemeinschaften Fortsetzung auf Seite 17

Kreuzworträtsel

Vermutung; ein heller Himmelskörper; zulässig, gestattet; den Fernzug wechselnder Waggon; Schmuckstein; auf chirurgischem Wege; Hauptschlagader; eine gerade Zahl; Versammlung, Sitzung; in allen Einzelheiten; französischer Weichkäse; nordischer Hirsch, Elch; Einfall, Gedanke; Unsinn; nicht nutzbare Pflanze; Postsendung; einen Transporter leeren; Reiterschau der Cowboys; Hauptstadt von Simbabwe; bayer. Heilbad an der Isar; Wechselgebet; ringförmige Koralleninsel; Barriere; nieders. Stadt an der Weser; Strich; schmelzen (Schnee); Wohnungswechsel; Feuerkröte; Ehemann; ein Bedürfnis befriedigen; Lärm, Krach (ugs.); Atemluftfontäne der Wale; Schmuckkugel; Ansehen, Prestige, Bild (engl.); Gebärde; beständig; Besucher; Zauber-, Geheimkunst; Söller, balkonartiger Vorbau; israelische Wüste; wenig rücksichtsvoll, grob; Nutzfisch, Kaviarlieferant; Entgelt für Wohnraum; Wahlübung im Sport; Währung verschiedener Länder; Anpflanzung; nord. Schicksalsgöttin; Versehen, Fehler; Vererbungslehre; Güte, Nachsicht; saloppe Umgangssprache; Jargon; Schwindler; unterstützende Expertenrunde; hastig; dringend; dt. Dichter (Hermann); Wert-, Mengenbewegung; unverfälscht; Kurzschrift (Kurzwort); Charakter; Haarbogen über dem Auge; gefeierter Künstler; Teil des Sportunterrichts; nicht an diesem Ort; Dienststelle; Behörde; Zierpflanze, Zantedeschia; ein Europäer; Raserei, ungezügelte Wut; unecht wirkendes Verhalten; Kinderbuchfigur (Biene); Oper von Verdi; Dynastie im alten Peru; Stern im Sternbild Walfisch; ital. Geigenbauerfamilie; Kirchengalerie; Nähgerät; Pampasstrauß; Auslese der Besten; Anerkennung aussprechen; bayerischer Wintersportort; franz. Herrscheranrede; schnell hintereinander knallen; selten, knapp; Baumteil; menschliche Ausstrahlung; Staat in Südostasien; Vorsilbe: gegen (griech.); Kfz-Zeichen Bielefeld; deutsches Bundesland; Fluss durch Hamburg; Eigelb; Kartenorakel; Drama Frank Wedekinds; unbestimmter Artikel

PAZ18_34

Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

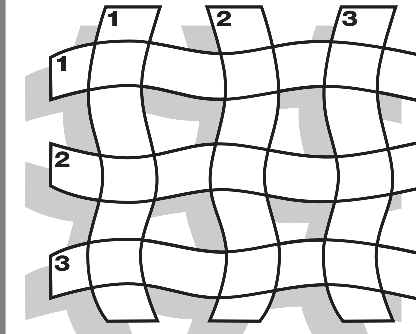
CEEHZ; LNOY; EEKLU; ALOTT; DILO; EEPR; EELR; ELOP; EELLP; EINR TU; ADEHH LLNO; EEGN; ELOR

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich in Pfeilrichtung ein anderes Wort für trübe, dunstig.

Nr.	links	Mittelwort	rechts
1	HOLZ		BAU
2	PARK		SATZ
3	WINTER		SERIE
4	KANAL		TOR
5	HOCKEY		RAND
6	WALD		STAAT
7	SPORT		MOTOR

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Volk in Zentralasien
2 rege, munter
3 Zeitform des Verbs (lateinisch)

So ist's richtig:



Schüttelrätsel:

Mittelworträtsel: 1. Eisenbahn, 2. Gebuehren, 3. Einbruch, 4. Schleusen, 5. Spielfeld, 6. Ameisen, 7. Flugzeug – nebelig

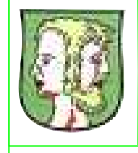
Magisch: 1. Tibeter, 2. lebhaft, 3. Perfekt

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 16

genheit und Gegenwart“, „Land der dunklen Wälder“, „Deutschlandlied“ (3. Strophe), musikalische Umrahmung der Feierstunde durch die Mandolinengruppe Einfeld. Anschließend Gegenheit zum Mittagessen im Restaurant „Johann und Amalie“ (im Hause).

Das Lötzener Museum hat am Sonntag von 13 bis 17 Uhr geöffnet (Archiverkundungen sind nicht möglich). Gelegenheit, die Sonderausstellung „Die Elche sind da“ zu besuchen.

Zu allen Veranstaltungsangeboten sind auch die Bürger unserer Patenstadt Neumünster herzlich eingeladen.



LYCK

Kreisvertreterin: Bärbel Wiesensee, Diesberg 6a, 41372 Niederkrüchten, Telefon (02163) 898313. Stellvertr. Kreisvertreter: Dieter Czudnochowski, Lärchenweg 23, 37079 Göttingen, Telefon (0551) 61665. Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim.

Hauptkreistreffen

Am 25. und 26. August findet das 64. Lycker Hauptkreistreffen in unserer Patenstadt Hagen in Westfalen statt. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft Lyck lädt alle Lycker aus Stadt und Land sowie Interessierte zur Teilnahme an diesem Treffen herzlich ein.

Die Feierstunde am Sonntag, den 26. August, findet erstmalig im Hotel Mercure, 58093 Hagen, Wasserloses Tal 4 – gegenüber der Stadthalle – statt.

Programm

Sonnabend, 25. August

11 bis 12.30 Uhr: Möglichkeit zur Besichtigung des Archivs, Elbersufer 20,

13 Uhr: Öffentliche Kreistagssitzung im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A 201,

16 Uhr: Öffnung der Räume im Hotel Mercure,

17 Uhr: Kranzniederlegung an den Gedenksteinen im Stadtgarten Hagen,

19 Uhr: Heimatabend im Raum Berlin des Hotels.

Sonntag, 27. August

9.30 Uhr: Öffnung der Veranstaltungsräume im Hotel Mercure,

11 Uhr: Feierstunde im Raum Berlin und Siegen des Hotels,

13 Uhr: Zusammenkunft des Arbeitskreises „ Mittlere Generation“ im Bistro (Bar) des Hotels,

14 Uhr: Begrüßung und gemütliches Beisammensein im Hotel Mercure,

17 Uhr: Ausklang.

Die Einsicht in die Heimatkreiskartei ist am Sonntag, 26. August, von 14.30 bis 15.30 Uhr möglich. Diverse Heimatliteratur und Landkarten sind am Bücherstand erhältlich.

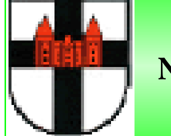
Kreistagssitzung

Satzungsgemäß ergeht hiermit die Einladung zur Sitzung des Kreistages am Sonnabend, 25. August, 13 Uhr, im Rathaus der Stadt Hagen, Rathausstraße 13, Raum A 201 (2. Etage).

Tagesordnung

1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Wahl eines Protokollführers,
2. Bekanntgabe des Ergebnisses der Kreistagswahl 2018,
3. Wahl eines Wahlleiters,
4. Wahl des Kreisvertreters,
5. Wahl des Stellvertretenden Kreisvertreters,
6. Wahl des Kreisausschusses,
7. Wahl des Kassenprüfers und seines Stellvertreters,
8. Haushaltsplan 2018,
9. Treffen der „Mittleren Generation“ in Lüneburg am 26. bis 28. Oktober,
10. Lycker Treffen in Bremen am 8. November,
11. Außerordentliche Kreistagssitzung in Hagen am 2. und 3. Februar 2019,
12. diesjähriges Kreistreffen,
13. Kreistreffen 2019.

Eine Aufnahme weiterer Tagesordnungspunkte ist nach § 15 der Satzung bis spätestens eine Woche vor dem Tag der Kreistagssitzung bei der Kreisvertreterin zu beantragen.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Heimattreffen

Unser diesjähriges Heimattreffen findet am Sonntag, 2. September, in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt statt. Anlässlich dieser Veranstaltung gibt es eine Lesung von Marguerite Kollo aus den Erinnerungen ihres Vaters Willi „Als ich jung war in Berlin“, die sich auf den Zeitraum der Jahrhundertwende bis nach dem Zweiten Weltkrieg beziehen. Inhalt sind die Karrieren der beiden Autoren Walter und Willi Kollo in Berlin und die authentischen Erfahrungen zur Zeit der politischen Ereignisse im Berlin mit zwei Weltkriegen. Dazu werden viele historische Aufnahmen mit Musiktiteln dieser beiden Autoren eingespielt. Walter Kollo ist bekanntlich einer der berühmten Söhne unserer ehemaligen Kreisstadt Neidenburg und Großvater von Marguerite Kollo und ihrem Bruder René Kollo.

Wegen der besonderen Situation der Verpflegung in der Politischen Bildungsstätte Helmstedt wird um Anmeldung der Besucher beim Kreisvertreter gebeten. Der Vorstand der Kreisgemeinschaft lädt alle seine Gäste zu einem kleinen Mittagessen herzlich ein und würde sich über ein zahlreiches Erscheinen freuen.



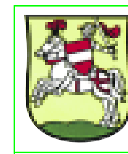
OSTERODE

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Busreise

Aus Anlass der Einweihung des wiederaufgebauten alten Rathauses am 29. September bietet die Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen in Zusammenarbeit mit dem Reisebüro Scheer-Reisen eine Busreise nach Osterode vom 25. September bis zum 1. Oktober an. Auf der Hin- und Rückfahrt jeweils eine Zwischenübernachtung. Die Programmgestaltung in Osterode erfolgt in Absprache mit der KGO und der Deutschen Minderheit. Zustiegsmöglichkeit besteht entlang der Route: Wuppertal, Hamm, Bielefeld, Hannover, Magdeburg, Berlin, Frankfurt (Oder). Reisepreis: 595 Euro pro Person, im Doppelzimmer mit Halbpension auf der Hin- und Rückfahrt und in Osterode viermal mit Frühstück (Einzelzimmerzuschlag: 120 Euro). Mindestteilnehmerzahl: 30 Personen.

Der Wiederaufbau des alten Rathauses ist das wichtigste Wiederaufbauprojekt in Osterode nach dem Zweiten Weltkrieg. Es ist wichtig, dass auch wir bei der Einweihung zahlreich vertreten sind. Der Vorstand bittet um eine zeitnahe Anmeldung direkt beim Reisebüro: SCHEER-REISEN, Leonhardstraße 26, 42281 Wuppertal, Telefon (0202) 500077 oder (0176) 2220184, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

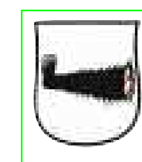


PREUSSISCH HOLLAND

Kreisvertreter: Bernd Hinz. Geschäftsstelle: Gudrun Collmann, Telefon (04823) 8571, Allee 16, 25554 Wilster.

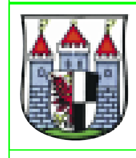
Kreistreffen

Sonnabend, 8., bis Sonntag, 9. September, ab 11 Uhr, Haus der Heimat, Hinter dem Klosterhof 19, Itzehoe: Jubiläums-Kreistreffen.



SENSBURG

Kreisvertreterin: Gudrun Froemer, In der Dellen 8a, 51399 Burscheid, Telefon (02174) 768799. Alle Post an: Geschäftsstelle Kreisgemeinschaft Sensburg e.V., Stadtverwaltung Remscheid, 42849 Remscheid, Telefon (02191) 163718, Fax (02191) 163117, E-Mail: info@kreisgemeinschaftsensburg.de, www.kreisgemeinschaftsensburg.de



TREUBURG

Kreisvertreter: Ulf Püstow, Richard-Wagner-Straße 30, 19059 Schwerin. Stellvertreter: Mattias Lask, über Gerhart-Hauptmann-Haus Düsseldorf. Geschäftsführer: Ronny Haase, Nöhringswinkel 1, 14959 Trebbin. Der Heimatkreis im Internet: www.treuburg.de.

Gemeinsames Kreistreffen

Remscheid – Sonntag, 26. August, 8 Uhr, Berufskolleg Technik, Neuenkamper Straße 55 (B 229), 42855 Remscheid: Kreistreffen der Kreisgemeinschaften Sensburg und Treuburg.

PAZ wirkt!



WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Mitgliederversammlung

Syke – Sonnabend, 8. September, 13 Uhr, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Mitgliederversammlung.

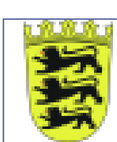
Hauptkreistreffen

Syke – Sonnabend, 8. und Sonntag, 9. September, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Hauptkreistreffen. Programm:

Sonnabend, 8. September, ab 17 bis 18 Uhr: Eröffnung, Berichte

Sonntag, 9. September, ab 10 Uhr: Feierstunde in Wessels Hotel in Syke, Hauptstraße 33: Eröffnung, Totengedenken, Grußworte, Vortrag von Eugen Snegowskij, Erinnerungen und Aktuelles, Bekanntgaben, Schlusswort, Ostpreußenlied, Teilnahme an der Gedenkfeier des BdV Kreisverbands Syke am „Mahnmal Deutscher Osten“ am Mühlenweg ist möglich, Besuch des Wehlauer Heimatmuseums. Der Vorstand freut sich auf zahlreiche Beteiligung.

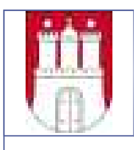
Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Stuttgart – Dienstag, 4. September, 14.30 Uhr, Kleiner Saal, Haus der Heimat: Heimatnachmittag. – Dienstag, 11. September: Fahrt mit dem BdV in die Europastadt Straßburg zum Europäischen Parlament, Gesprächsrunde mit dem Vizepräsidenten des Europaparlaments Rainer Wieland (CDU). Auf der Rückfahrt wird das Karpatendeutsche Museum in Karlsruhe besucht. Vorläufiger Programmablauf: Abfahrt Giebel: 6.20 Uhr, Karlsplatz Stuttgart: 6.45 Uhr, Ankunft Straßburg gegen 9.30 Uhr, 10 bis 11 Uhr: Gespräch mit dem Abgeordneten, 11 bis 12 Uhr: Führung durch das Parlament. Fahrpreis: 25 Euro. Anmeldungen bei Waltraud Illner, Telefon (0711) 863258.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – 25., 28., 29. und 31. August sowie 1., 4. und 5. September: ANKAMEN – AN(GE))KOMMEN. Ein Theaterprojekt mit Flüchtlingen und Vertriebenen von Michael Uhl. Karten erhalten Sie an der Theaterkasse, Montag bis Sonnabend, 10 bis 18.30 Uhr, Sonntag 14 bis 18.30 Uhr, Ohnsorg-Theater, Heidi-Kabel-Platz 1, 20099 Hamburg, Telefon (040) 35080321.

Landesgruppe – Dienstag, 4. September: Das Kulturreferat lädt herzlich zur Tagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum nach Lüneburg ein. Wir haben noch ein paar freie Plätze im Bus. Das Ostpreußische Landesmuseum ist das einzige Museum in Deutschland, das die reichhaltige Kultur und Geschichte ganz Ostpreußens thematisiert. Wir werden dazu einen Vortrag von Hubertus Hilgendorff hören. Abfahrten des Busses: 9.15 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof, 10 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof, 10.10 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße 88 – Bushaltestelle Waldquelle. 17 Uhr: Rückfahrt über Meckelfeld und Harburg zur Kirchenallee. Der Gesamtpreis beträgt 45 Euro pro Person.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Freitag, 24. August, 15 Uhr, Haus des Begleiters, Harders Kamp 1: Treffen mit Vortrag „Ein Leben für die Natur – Heinz Sielmann“, Kaffee und ostpreußischer Fladen. – Dienstag, 11. September, 13 Uhr, Bahnhof Bergedorf, Lohbrügger Seite: Ausflug zum Dahliengarten-Altona mit Windbeutel-Essen; Fahrgemeinschaft.



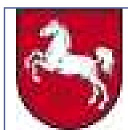
HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Kassel – Donnerstag, 6. September, 14.30 Uhr. Caféteria Niederzwehren, Am Wehrturm 3 (AWO-Seniorenzentrum): Rückblick auf 70 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen in Kassel.

Wetzlar – Montag, 10. September, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Ulrich Bonk (Frankfurt) berichtet über das Wirken des Danziger Bischofs Carl-Maria von Splett. Dieser war von 1938 bis zum Kriegsende 1945 Bischof von Danzig. Bis 1956 war er in Polen inhaftiert und wurde dann nach Deutschland abgeschoben. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Sonnabend, 1. September, 14 Uhr, Großer Saal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Feierstunde zum Tag der Heimat mit Festredner Ingmar Jung, MdB. – Diens-tag, 11. September, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Frauengruppe.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Osnabrück – Dienstag, 21. August, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – 70-jähriges Bestehen. Im kommenden Jahr wird die Landesgruppe NRW ihr 70-jähriges Bestehen feiern. Geplant ist eine Festveranstaltung am 12. Oktober 2019 im Düsseldorfer Gerhart-Hauptmann-Haus.

Zu Beginn des Jahres 2019 soll eine Festschrift vorliegen, die Darstellungen des kulturellen Erbes Ostpreußens, einen Abriss der west- und ostpreußischen Geschichte, Einzelbeiträge prominenter Autoren, aber auch und vor allem Porträts der Kreisgruppen enthalten soll.

Zum Koordinator für die Erstellung der Festschrift „70 Jahre LO NRW“ hat der Vorstand der LO NRW Jürgen Pauleit (Oberhausen) gewählt. Jürgen Pauleit wird zudem die Geschäftsstelle entlasten. Der Landesvorstand gratuliert Jürgen Pauleit herzlich und freut sich auf die künftige Zusammenarbeit.

Redaktionsschluss für die Einsendung der Beiträge war der 31. Juli. Weil noch nicht alle Gruppen Beiträge geliefert haben, wird dringend darum gebeten, diese schnellstmöglich nachzureichen. Berücksichtigt werden können nur solche Gruppen, die Beiträge einreichen. Allen Kreisgruppen in NRW wird daher nochmals anheimgestellt, sich in Beiträgen mit ihren Aktivitäten, besonderen Veranstaltungen, herausragenden Persönlichkeiten, grenzüberschreitenden Aktivitäten und Dergleichen darzustellen. Abbildungen sind erwünscht.

Die Beiträge sollen, falls möglich, in elektronischer Form als Text-Dokument an Jürgen Pauleit gesandt werden: jpauleit@web.de Maschinenschriftliche Beiträge können ebenfalls eingereicht werden, handschriftliche Beiträge aber nur dann, wenn keine andere Möglichkeit besteht. Postalische Zusendungen werden an die Geschäftsstelle der Landesgruppe erbeten.

Vorstandssitzung. In ihrer Vorstandssitzung am 11. August hat die Landesgruppe NRW einstimmig beschlossen, Monika Wakenhut (Ennepetal) als kooptierte Bezirksreferentin für den Regierungsbezirk Arnsberg in den erweiterten Landesvorstand aufzunehmen. Eine satzungsgemäße Wahl einer Bezirksreferentin oder eines Bezirksreferenten wird nachgeholt. Mit Monika Wakenhut wird jedenfalls eine Lücke geschlossen, die durch den Tod von Dieter Mayer (Lüdenscheid) gerissen wurde. Der Landesvorstand gratuliert Monika Wakenhut sehr herzlich und bittet alle Gruppen im Kreis Arnsberg, sich mit Fragen und Anregungen ab sofort an Monika Wakenhut zu wenden: morawakenhut@yahoo.de.

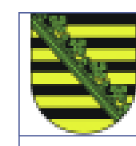
Düren – Mittwoch, 5. September, 18 Uhr, Haus des Deutschen Ostens, Holzstraße 7a: Heimatabend „Herbstgedanken“.

Düsseldorf – Mittwoch, 5. September, 15 Uhr, Raum 311, Gerhart-Hauptmann-Haus (GHH), Bismarckstraße 90, Düsseldorf: Ostdeutsche Stickerei mit Helga Lehmann und Christel Knackstädt. – Donnerstag, 6. September, 19 Uhr, GHH: Vortrag „Selbstbestimmungsrecht der Völker von 1918 bis Katlanien“ von Professor Manfred Kittel. – Sonnabend, 8. September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ mit Heiko Hendriks, MdL.

Neuss – Sonnabend, 8. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier zum Tag der Heimat: Im Anschluss Feierstunde im Marienhaus, Kapitelstraße 36. Veranstalter ist der BdV, Kreisverband Neuss. Vom Gedenkstein zum Marienhaus gibt es einen Bustransfer. – Donnerstag, 13., bis Sonnabend, 22. September: Ostpreußenreise. Anmeldung bei Peter Pott, Telefon (02131) 3843400.

Schwelm – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-v.-Hövelsweg: Herbstanfang.

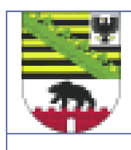
Witten – Freitag, 24. August, 14 Uhr, Knackmuß'scher Hof, Letzlingen: Grillfest mit Programm.



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonntag, 9. September, Landtag, Dresden: Gedenktag der Vertriebenen und Spätaussiedler.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 7. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4: Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Bad Oldesloe – In der Augustrunde begrüßten die Ost- und Westpreußen in Bad Oldesloe den Landsmann aus Mehlsack, Kreis Braunsberg, der in diesem Jahr mit seiner Familie die Heimat besuchte – auch seine Stadt Mehlsack. Für die Enkelkinder gab es schon bei der Anreise eine Menge zu erklären.

Sein Elternhaus hatte die Zerstörung der Stadt überstanden und steht heute noch. Die polnischen Bewohner ließen die Familie eintreten. Die polnischen Kinder wunderten sich, warum unser Landsmann, der doch – wie sie – dort geboren wurde und aufwuchs, kein Polnisch spricht und versteht! Diese Frage wird unseren Landsleuten häufig gestellt, wenn sie ihre Heimat besuchen.

Dann las unser Landsmann aus seinen Aufzeichnungen, die er 1945 über seine Flucht mit dem Treck gemacht hatte. Die Flucht endete im Kreis Stolp/Pommern, als der Treck von der Roten Armee eingeholt wurde. So waren die Flüchtlinge plötzlich mitten im Kampfgeschehen und erlebten verwundete und tote Soldaten und Zivilisten, Misshandlungen und Plünderungen. Viele unserer Teilnehmer hatten gleiche Erlebnisse. Die Vorsitzende überbrachte Grüße und Dank von Erna Drescher für die Glückwünsche zu ihrem Geburtstag. Gute Wünsche und Grüße gingen an Katharina Makarowski. Geburtstagskind des Monats war Ulrich Klemens.

Gisela Brauer

Bad Schwartau – Montag, 27. August, 19.30 Uhr, Vortragssaal, Haus II, Asklepios-Klinik am Kurpark, Bad Schwartau: DIA-Vortrag „Zwischen Danzig und Cadinen“ von Manfred Lietzow. Der Eintritt ist frei.

Neumünster – Mittwoch, 12. September, 12 Uhr, Stadthalle: gemeinsames Mittagessen. Anschließend unterhält uns die Marjell Greta Heykena mit lustigen Geschichten und Gedichten aus ihrem „Pungelchen“ mit Liedern und Gitarrenbegleitung. Gäste sind willkommen. Anmeldungen bitte bis zum 5. September bei Brigitte Profé unter Telefon (04321) 82314.

Schönwalde a.B. – Sonntag, 9. September, 10 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.

Uetersen – Sonntag, 9. September, 11 Uhr: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken am Mahnmal der vertriebenen Deutschen in der Tantaus Allee.

Bitte senden Sie uns Ihre Texte und Bilder für die Folge 36 bis Mittwoch, 29. August zu.

Östlich von Oder und Neisse

In Deckung! Wo ist die deutsche Geschichte?

Geschichte ist in Polen am ehesten über Militärgeschichte vermittelbar

Meine Oma zog instinktiv den Kopf ein, wenn sie einen Flieger hörte und meine Mutter, die im Krieg ein Grundschulkind war, bekommt immer noch Gänsehaut, wenn Sirenen heulen. Die beiden würden nie freiwillig einen Bunker betreten – auch nicht, wenn es sich dabei um ein Museum handelt. Auch Kriegsfilme waren bei uns tabu. Sie wollten nicht an das Schreckliche, das für die beiden noch so nahe war, erinnert werden.

Kriegsliteratur, Kriegsspiele und Militär-Museen aller Art erfreuen sich dagegen unter der polnischen Bevölkerung größter Beliebtheit. Derzeit erobern gleich zwei Geschichtsverfilmungen die Kinos; beide handeln von der polnischen Jagdstaffel 303 der Royal Air Force im Zweiten Weltkrieg, die gemäß eines Militärabkommens zwischen der polnischen Exilregierung und der britischen Regierung am 2. August 1940 in Großbritannien aufgestellt wurde. Die Jagdstaffel 303 hatte unter den alliierten Verbänden während der Luftschlacht um England die höchste Abschussquote deutscher Flugzeuge. Bei der Landungsoperation Jubilee im August 1942 hatte die Einheit ebenfalls die höchste Abschussquote. Im Dezember 1946 wurde sie aufgelöst. Die Geschichte von den tapferen Fliegern, verfasst von Arkady Fiedler, war polenweite Pflichtlektüre in den Grundschulen und wurde 2018 zwei Mal verfilmt. „Hurricane: Squadron 303“ ist eine britische Produktion unter der Regie von David Blair, die polnische Produktion heißt „Die Staffel 303. Die wahre Geschichte“ und Regie führte der Kroate Denis Delic.

In Stettin wurden Besuchern gerade unterirdische Luftschutzbunker in der Nähe des Hauptbahnhofs zugänglich gemacht. Als erstes wurde der Luftschutzraum Stettin Hauptbahnhof-Kirchplatz eröffnet. 1941 waren die historischen Gemäuer der städtischen Wehranlagen aus dem 18. Jahrhundert dazu umfunktioniert worden. Dies ist übrigens der größte zivile Schutzbunker aus dem Zweiten Weltkrieg in der heutigen Republik Polen. Der aus Stahlbeton erbaute Bunker konnte bis zu 5000 Menschen aufnehmen. Nach der polnischen Übernahme wurde er in kurzer Zeit in einen Atomschutzbunker umfunktioniert, wo bis in die 90er Jahre Schulungen des Zivilschutzes stattfanden. Heute ist der Ort ein beliebtes Ausflugsziel. Auch in diesem Luftschutzbunker wurden bereits in den 60er Jahren Filmszenen über die Staffel 303 gedreht – diesmal für die US-amerikanische Produktion „Gesprengte Ketten“ mit Steve McQueen, Charles Bronson, James Coburn, James Garner und Richard Attenborough in den Hauptrollen. Für deutsche Besucher könnte die Ausstellung jedoch „Kalter Krieg – das Leben in der Volksrepublik“ besonders interessant sein, da sie neben dem Zivilschutzaspekt auch den Alltag der Stettiner im Kommunismus erzählt.



Deutsche Gesprächsfetzen: Audioinstallation im stilisierten Biergarten des Kattowitzer Museums Bild: Chris W. Wagner

14 Meter in die Tiefe führt die Ausstellung des Schlesischen Museums in Kattowitz, wo nicht der Krieg, sondern die Industrialisierung die Hauptrolle spielt. Sie ist das Werk der Grazer Riegler-Riewe-Architekten, die den Betrachter auf eine Reise durch sieben Museumsetagen führt, wovon sich drei unterirdisch befinden. Das Herz der Ausstellung macht nicht jedoch – wie geplant – die (preußische) Industriegeschichte Oberschlesiens aus. Polnische Politiker gingen gegen diese Intention an und erreichten, dass im Herzen des Museums nun polnische Malerei von 1800 bis 1945 zu sehen ist, ohne dass dafür ein regional bedeutsamer Umstand angeführt werden kann. Die Geschichte Oberschlesiens wird zwar im Teil „Das Licht der Geschichte. Oberschlesien im Laufe der Zeit“ thematisiert, jedoch ist der Geschichte ihre zentrale Rolle genommen worden.

Auf seinem Weg durch die Geschichte wandert der Besucher durch den sogenannten Fahrmarkenraum der ehemaligen Ferdinandgrube [Kopalnia Katowice], am Nachbau der ersten Dampfmaschine vorbei ins Kattowitz der Zwischenkriegszeit. Auf einer der Zeit nachempfundenen Straße mit Villen von Industriemagnaten, Geschäften und Gaststätten ist ein Stimmengewirr zu hören, in dem sich die in Oberschlesien bis zum Kriegsende zu hörenden Sprachen und Dialekte mischen. In der Zeit der Volksrepublik verstummt das Deutsche. Ein weiterer Teil des Museums widmet sich dem regionalen Bühnenleben, und zwar ausschließlich dem polnischen, so als habe es in Oberschlesien kein deutschsprachiges Schauspiel gegeben.

Chris W. Wagner

Im „Blauen Ländchen“ in Hinterpommern

Schimmerwitz – ein Naturparadies

Abseits vom hektischen Geschehen liegt, eingebettet in Wälder und Hügel, ein kleines pommersches Dorf. Sein Name ist Schimmerwitz, auf polnisch Siemirowice. Nie wären wir dort hingekommen, hätten nicht unsere Freunde Lydia und Horst, die noch bis vor zwei Jahren in der Nähe von Hamburg lebten, in Schimmerwitz ein Erbe angetreten.

Der 200 Jahre alte Bauernhof befindet sich, trotz aller geschichtlichen Umwälzungen des vergangenen Jahrhunderts, im Besitz von Lydias Familie.

Seit den Oderbrücken bei Stettin stehen wir im Stau oder kommen nur langsam voran. Es ist Ferienzeit und außerdem Wochenende. Die E 28 in Richtung Danzig wurde nach Polens EU-Beitritt gut ausgebaut und vier größere Orte haben Umgehungsstraßen bekommen. Meine Geburtsstadt Köslin sowie Schlawe und Stolp liegen hinter uns. Nun erst können wir die weite hinterpommersche Landschaft mit ihren Wäldern, Hügeln und den weitverstreuten Dörfern genießen.

Endlich, nach fast elf Stunden stehen wir in Schimmerwitz vor der neuen Kirche, deren Turm statt einer Spitze drei aufeinandergesetzte Bauklötze zu haben scheint. Hier sind wir mit Horst verabredet. Der Ort wirkt verschlafen. Zwei junge Leute fegen den Zugang zur Kirche. Sie grüßen uns freundlich. Wir brauchen nicht lange zu warten. Der letzte Kilometer in Schimmerwitz` Wald führt über einen von Roggenfeldern gesäumten Sandweg. Hinter einer Biegung kommt uns ein Pferdefuhrwerk entgegen.

Ein Panjewagen mit Gummireifen, wie er bei der polnischen Landbevölkerung selten geworden ist. Es sind Nachbarn von Lydia und Horst. Wir biegen rechts ab und fahren durch ein schmiedeeisernes Tor. Fasziniert blicken wir auf ein kleines verträumtes Paradies, das so unvergleichbar scheint und uns für die nächsten Tage aufnehmen wird. Vor uns liegt ein Hof, wie er typisch für diese Gegend ist. Die Gebäude wurden im Stil der preußischen Bauernhäuser errichtet. Vor dem kleinen Wohnhaus breitet sich ein üppiger Blumengarten aus: Dahlien, Rosen Lupinen, Phlox, Tagetes, Kapuzinerkresse und Langer Heinrich. „Mein Gott, wie schön und ruhig das hier alles ist.“ In der Mitte, wo einst der Misthaufen dampfte, hat Lydia liebevoll einen Gemüsegarten angelegt. Krümel, die Mischlingshündin, kläfft ununterbrochen. Sie ist keine Fremden gewohnt. Überall sieht es nach Arbeit aus. Der Tag beginnt hier um sechs. Die Stallungen haben erst kürzlich neue Türen bekommen. In dem Anbau der Scheune steht ein alter Traktor.

Bis uns die Mücken vertreiben, sitzen wir auf der Bank und trinken den schmackhaften polnischen Wodka, den man in dem kleinen Laden in Schimmerwitz bekommt.

In dem gemütlichen Gästezimmer mit den breiten Dielenbrettern und dem alten Kachelofen schlafen wir wie die Murmeltiere. Obwohl ich sonst morgens nicht aus den Federn komme, schleiche ich mich in aller Frühe aus dem Haus. Unwiderstehlich zieht es mich zu dem kleinen Teich, um den Stachelbeer- sowie rote und schwarze Johannisbeersträucher reichlich Früchte tragen. Ganz in der Nähe kann man das Schreien der Kraniche hören, die dort ihre Brutplätze haben. Nachdem ich Krümel streichele, verhält sie sich ruhig Ich will heute, am heiligen Sonntag, doch niemanden wecken Es ist ein herrlicher Morgen.

Die Sonne hat schon viel Kraft und der Himmel ist so blau, wie sonst nirgendwo. Schon in alten Büchern wird dieser Landstrich als das „Blaue Ländchen“ bezeichnet.

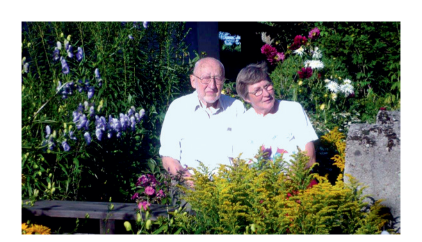
Die klare Luft und die vielen Seen lassen den Himmel so unwirklich schön erscheinen. Nachdem die Tiere versorgt sind und wir uns mit selbstgebackenem Brot, eigener Erdbeermarmelade und der für uns ungewohnt schmeckenden Kuhmilch gestärkt haben, geht Lydia, die auf diesem Hof geboren wurde, mit uns auf Entdeckungstour. Vor uns breitet sich die ganze Schönheit der hinterpommerschen Landschaft aus. Hügel, auf denen Gerste und Roggen stehen, werden von Mischwald begrenzt. Jede Anhöhe auf dem 25 Morgen großen Hof hat ihren Namen. So rührt der Name des Goldbergs von der gelben Lehmerde her. Das Land grenzt an den mit einem Schilfgürtel gesäumten „Schwarzen See“. In diesem klaren Gewässer ertrank Lydias Bruder als 15-jähriger bei einem schrecklichen Badeunfall. Eine kleine Schar Wildenten läuft uns über den Weg. Über Allem liegt eine unglaubliche Stille. Mir fällt das Kinderlied ein, in dem es heißt: „Pommerland ist abgebrannt, Maikäfer flieg.“ Auch ich bin in Pommern geboren. Vielleicht empfinde ich auch deshalb so viel Empathie für dieses Stückchen Erde. Lydia ist bereit, uns mehr über ihre Heimat, über ihre Vorfahren und von ihrem Leben zu erzählen und von einem Land mit über 700-jähriger deutscher Geschichte. Erst jetzt erfahre ich, dass ihr schönes Anwesen nur wenige hundert Meter von der ehemaligen Grenze entfernt liegt, die die Siegermächte des Ersten Weltkrieges zogen, um die deutsche Provinz Westpreußen an Polen anzugliedern. Es entstand der „Polnische Korridor“, durch den Polen einen Zugang zur Ostsee erhielt. Durch diese Maßnahme und durch den Entzug ihrer Minderheitenrechte wurden bis 1939 etwa 1.5 Millionen Deutsche gezwungen, aus diesem Gebiet und aus Oberschlesien in das Reich zu fliehen.

Egal, ob man auf den Spuren der Vorfahren unterwegs ist oder die Natur in einer herrlichen Landschaft erleben möchte. Das „Blaue Ländchen“ bietet Erholung pur, hin und wieder kommt man an einen einsamen See vorbei und legt eine Rast ein. Manchmal wird die Stille nur durch den Flügelschlag einer Ente unterbrochen, die sich aus dem Wasser erhebt. In der Abenddämmerung kann man vielleicht einen kapitalen Hirsch beobachten, wenn er auf eine Lichtung tritt. Seit einigen Jahren soll es auch wieder vereinzelte Wölfe in Pommern geben.

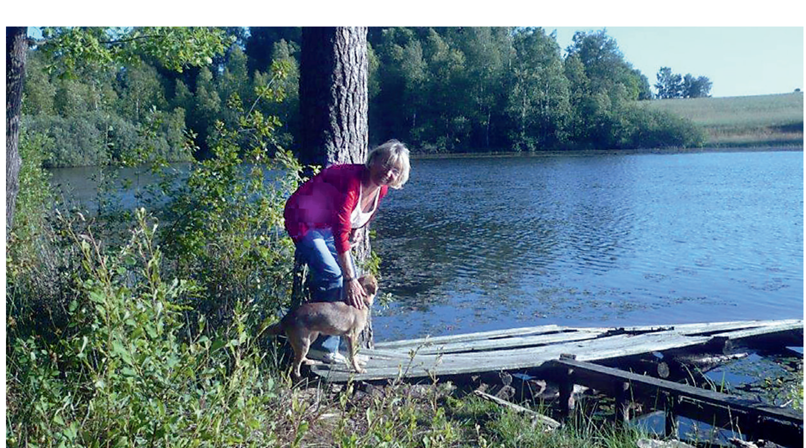
Übrigens, den Ostpreußen sind Lydia und Horst sehr bekannt. Waren sie doch mit ihrem Bücherstand auf vielen Kreistreffen anwesend, nun wohnen sie im Paradies.

Helmut Kirsch

(auch Fotos)







Der „Hochtijdsbirer“ – Hochzeitsbitter

Pommersche Bräuche werden in Brasilien immer noch gepflegt

Alte Bräuche immer noch gegenwärtig. Vor mehr als 150 Jahren siedelten sich Pommern im südlichen Brasilien an. Daher trifft man in den Bundesländern Espírito Santo, Santa Catarina und Rio Grande do Sul immer noch auf Traditionen, die in Deutschland lange in Vergessenheit geraten sind, es ist sozusagen „Erlebte Geschichte“. Der Hochzeitsbitter, der drei Wochen vor der Hochzeit die verschiedenen Familien zur Hochzeit einlädt, gehört dazu. Speziell im Mai, dem traditionellen Hochzeitsmonat, wird er aktiv. Seine Aufgabe ist es, sämtliche Familien in der Umgebung einzuladen.

Aber wie führt der Hochtijdsbirer die Einladung aus? Bis in die 1950-er Jahre ritt er mit seinem schön geschmückten Esel oder Pferd von einem Haus zum anderen. Auch er ist übrigens festlich angezogen und mit Bändern geschmückt. Später wurden der Esel und Pferd durch ein Motorrad oder Zweirad ersetzt.

Jorge Kuster, ein Forscher der pommerschen Geschichte, berichtet, dass, jedes Mal, wenn der Hochzeitsbitter in die Nähe des Hauses der Gäste kam, er sich durch drei Rufe identifizieren musste, die man als Juchen bezeichnen kann. Wer auf dem Ackerfeld beschäftigt ist und diese Jucherei bemerkt, registriert sofort, dass es sich um eine Einladung zu einer Hochzeit handelt und kam sogleich angelaufen. Jedermann, ob groß oder klein, kam sofort zum Haus, denn jeder wollte den Hochzeitsbitter sehen. Sobald dieser vom Hausherrn in das Haus eingeladen wurde, stellten sich alle Anwesenden in einem großen Kreis im Wohnzimmer auf, in dessen Mitte ein Tisch stand. In diesem Moment kam der Hochzeitsbitter – und, ohne die Anwesenden zu begrüßen, begann er in dem Kreis herumzugehen und in Form eines Gedichtes in pommerscher Sprache, die Einladung der vorgesehenen Hochzeit anzusagen.

Nach dieser Bekanntmachung der Einladung bekam jeder der anwesenden Männer einen kleinen Schluck Schnaps. Als Bestätigung der Einladung musste die Hausfrau oder sonst jemand ein Tuch oder eine Schleife an der Rückseite der Jacke des Hochzeitsbitter befestigen.



Einladung zur Eröffnung des Pommerschen Stadtfestes als eine Adaption des Hochtijdsbirers (Foto: Sekretariat Munizipale für Tourismus der Stadt Pommerode, Santa Catarina)

Diese Tücher und Schleifen waren auch später auf der Hochzeitsfeier zu sehen. Der Hausherr reichte dem Hochzeitsbitter eine kleine Geldspende, besonders deshalb, weil dieser, im allgemeinen ein Bruder der Braut, an diesen Tagen nicht auf dem Feld arbeiten konnte. Auch die Gäste bieten etwas zum Trinken an. Schließlich zog er sich mit seinem Pferd zurück, um weitere Familien einzuladen.

Am Hochzeitstag begrüßte der Hochtijdsbirer an dem mit einem Bogen aus Palmblättern und Blumen geschmücktem Tor des Bauernhofes die ankommenden Gäste. Mit viel Musik, gespielt auf der Ziehharmonika, die hier Konzertina genannt wird und unter großem Radau durch Jubeln und Schießen werden die Gäste empfangen. Wir können diesen Brauch noch an vielen Orten in den pommerschen Siedlungen im Bundesland Espírito Santo und Rio Grande do Sul sehen. Im Bundesland Santa Catarina scheint der Hochtijdsbirers früh durch den Bräutigam selbst ersetzt worden zu sein, der die gedruckten Einladungen persönlich überbrachte.

Die Historikerin Roseli Zimmer weist darauf hin, dass als eine Adaption des Hochtijdsbirers neuerdings die Einladung zur Eröffnung des Pommerschen Stadtfestes durch einen Ausrufer getätig wird. Er ist für die Ankündigung und Einladung der ganzen Bevölkerung von Pommerode und Umgebung zu dem Stadtfest verantwortlich.

Der pommersche Hochzeitsbitter ist im allgemeinen jemand, der in seiner Gemeinde gut bekannt ist. Sein mit Ornamenten verziertes Kostüm hat eine ganz eigene Bedeutung, ebenso wie das verwendete historische, symbolreiche Ritual, das von der Familie der Braut als besonders beeindruckend wahrgenommen wird.

Allerdings ist es so, dass heutzutage bei der jüngeren Bevölkerung im allgemeinen eine gedruckte Einladung zu der vorgesehen Hochzeit immer beliebter ist. Zu wünschen ist jedoch, dass die Tradition des Hochzeitsbitters, die so lange Bestand hatte, trotzdem weiter gepflegt wird.

Aus Folha Pomerana, Newsletter aus Brasilien

Stettiner Tage 2018 in Lübeck

Die Tage der Stettiner am 3. und 4. August wurden in Lübeck mit guter Beteiligung an einem sonnigen Wochenende im Vereinshaus am Hüxterdamm 18a durchgeführt.

Nach der Mitgliederversammlung des Fördervereins am Freitag im Haus Stettin hatte die Vorsitzende des Heimatkreises, Ursula Zander, am Sonnabend, dem 4. August zum traditionellen Treffen, dem 65. Tag der Stettiner in der Patenstadt, in das Haus eingeladen. Programmgemäß wurde die Veranstaltung um 10 Uhr von ihr eröffnet. Es folgte die Morgenandacht von Pastor Dr. Karl-Heinz Kuhlmann (früher Stettin) und eine Kranzniederlegung auf dem Gelände des Hauses. Das Totengedenken hielt dort das Mitglied Eberhard Gaese aus Lübeck. In der Festansprache von Karl-Heinz Engelmann, einem der ältesten Teilnehmer, wurde noch einmal an die Verleihung der Stadtrechte an Stettin vor 775 Jahren und an die schweren Jahre nach dem Verlassen der Heimat erinnert.

In einem Zelt und auch im Hause wurden Filmvorführungen und Besichtigungen angeboten. An beiden Tagen verliefen die Veranstaltungen, zu denen sich etwa 40 Teilnehmer einfanden, bei warmem Wetter sehr harmonisch ab, ganz im Gedenken an die Heimat und voller Wiedersehensfreude.

Die Mitarbeiter des Hauses und einige fleißige Helfer gestalteten das Wochenende, das dieses Mal



schon außerhalb des traditionellen Pommernzentrums stattfinden musste, mit einem zufriedenstellenden Ergebnis. Der neugewählte Vorstand erwartet künftig auch weiterhin interessierte Gäste an den Sprechtagen (Freitags) oder nach persönlicher Vereinbarung.

W. Dahle

(Fotos: Dahle)

Hitziges Thema

Zu: Ist dieser Sommer der Beweis? (Nr. 32)

Sie haben mit diesem Artikel ein richtiges „Sommerloch"-Thema aufgegriffen, das in den letzten Tagen viele Medien zu neuen Spekulationen über die mögliche „Weiterentwicklung unseres Klimas" verleitet hat. Manche halten eine weltweite „Heißzeit" und damit verbunden sogar einen Anstieg des Meeresspiegels um bis zu 60 Meter für möglich. Es wird auch vermutet, dass Methan in großen Mengen aus den Permafrostgebieten frei wird und sich das Klima dramatisch verändert.

Unsere Medien schlachten offenbar alle Ereignisse, und seien sie noch so natürlich und schon oft da gewesen, als dramatische Sensation für Schlagzeilen aus, um damit die breite Masse einzufangen. Eine moralische Verantwortung dafür, ob diese Berichte der Wirklichkeit entsprechen, gibt es wohl kaum noch. Ich darf hier bemerken, dass die *Preußische Allgemeine* da in meiner Beobachtung eine rühmliche Ausnahme bildet.

Ich habe eine Wetterstatistik der Jahre 1900 bis 2000 durchgesehen und gefunden, dass das Wetter in dieser Periode auf der ganzen Welt schon oft dramatische Extreme geliefert hat, ohne dass unsere Erde in kurzer Zeit in eine neue Eiszeit oder eine neue Periode mit wesentlich höheren Temperaturen geraten wäre. Dazu sehe man sich die Daten aus der Wetterstatistik an, die regelmäßig Ereignisse mit extrem hohen Temperaturen anzeigen. Ich sehe in den gerade vergangenen heißen Juli- und August-Tagen keine Änderung für unser mitteleuropäisches Klima.

Gerhard Stoeckl, Wedemark

Volles Land, leere Kassen

Zu: Es wird eng auf dem Kontinent (Nr. 27)

Menschen haben wir wirklich genug. Je mehr, umso geringer wird die Lebensqualität. Siehe Afrika mit 1,25 Milliarden, Indien ähnlich, China, Mittelamerika, Südamerika, Asien. Europa braucht keine Zuwanderung und sicher nicht Deutschland mit seinen 84 Millionen. Das Land ist voll. Je mehr Menschen man hineinpackt, desto teurer wird der Lebensraum (Mieten, Wohnungen, Häuser, Grundstücke), desto verbissener wird der Arbeitskampf (zu viele Bewerber) geführt, desto schneller sinkt das Lohn- und Gehaltsniveau und kommt es zu sozialen Spannungen.

Die Politik sollte sich fragen, wer in Zukunft die Renten zahlt, und sie sollte ihre absurde Migrationspolitik begründen. Wir haben genügend junge Leute, die wir gut ausbilden und die in Industrie und Verwaltung ihr gutes Auskommen finden sollten. Das zu bewerkstelligen, haben weder die Politik noch die Industrie bisher geschafft. Das Bildungsniveau sinkt, die Universitäten sind überlaufen, und jeder Ausländer ohne hinreichende Dokumentation und Deutschkenntnisse kann hier kostenlos studieren. Ein Irrsinn!

Die Darstellung unserer überalterten Gesellschaft wird mit Absicht übertrieben. Es wird Jung gegen Alt aufgehetzt. Eine von der Politik eingesetzte Keule, die nur zu sozialen Spannungen führen kann. Wichtiger als jede Zuwanderung ist es, die Arbeitnehmer am Wachstum und an der zunehmenden Produktivität teilhaben zu lassen, das heißt ordentlich zu verdienen.

Alex Schnell, Steinau

Unsinn auf Rädern

Zu: Senat fördert Lastenräder (Nr. 28)

Der rot-rot-grüne Berliner Senat hat mit seinem perfiden „Mobilitätsgesetz" seine ideologische Schizophrenie und Dekadenz bewiesen – ein offensichtlicher Realitätsverlust der sogenannten Hauptstadt-Parlamentarier. Es ist jedes Mittel recht, das Auto zu verdrängen. Welch ein Unsinn! Dabei hatte sich Berlin früher einmal bis zum Ersten Weltkrieg zur ersten Industriehauptstadt Europas entwickelt.

Günter Algner, Berlin

Ein Pflege-Desaster

Zu: Gemeinsam gegen den Notstand (Nr. 30)

Dass Deutschland im internationalen Vergleich eine alte Bevölkerung hat, war auch schon lange vor 2015 abzusehen. Es wurde jedoch nicht wirklich ernst genommen. Alle Menschen, die einen Pflegeberuf ausüben, werden und wurden abwertend behandelt. Was machen die schon? Warum wird plötzlich jetzt dieses Thema so hoch aufgehängt? Warum ist es erst jetzt, wo es eigentlich schon fünf Minuten nach zwölf ist, ein zentrales politisches Thema? Mangelnde Wertschätzung (dazu gehört auch eine entsprechende Entlohnung) der Pflegeberufe hat zu diesem Desaster geführt.

Warum klagt die Branche erst jetzt so massiv über Personalprobleme? Branchenmitglieder haben schon vor weit über zehn Jahren darauf aufmerksam gemacht. Sie wurden ausgelacht. Die Politik hätte auch dem Wildwuchs in dieser Branche früher Einhalt gebieten müssen. Hier wurde Personal verheizt. Hier wurden oft Menschen eingestellt ohne jegliche Vorkenntnisse. Für viele war es häufig die einzige Möglichkeit, aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen. Und das haben viele in der Branche ausgenutzt.

Jetzt will man all das mit Pflegekräften aus dem Ausland beseitigen? Wie soll denn geprüft werden, ob hier praktische Kenntnisse vorhanden sind? Außerdem wird es Verständigungsprobleme geben. Diese sind nicht in wenigen Wochen zu beheben. Soll bis dahin für jeden pflegebedürftigen Menschen ein Dolmetscher zur Verfügung gestellt werden?

Übrigens haben wir das Sprachproblem bereits bei vielen im Gesundheitswesen tätigen Ausländern. Hinzu kommt, dass pflegebedürftige Menschen von manchen Ausländern betreut werden, die Christen hassen. Schon jetzt gibt es in der Bevölkerung einen hohen Anteil, die alte und kranke Menschen ohnehin als nicht mehr alltagstauglich bezeichnen. Jene werden auch noch in den „Genuss" kommen. Armes Deutschland.

Heinz-Peter Kröske, Hameln



Bild: Imago

Kein ungewöhnliches Phänomen: Fallende Wasserpegel, wie hier am Rhein bei Köln, gab es nicht nur in diesem Dürresommer

Die Quittung für falsch verstandene Toleranz

Zu: Falsche Humanität (Nr. 29)

In Westeuropa hat sich eine regelrechte religiöse Verherrlichung von sogenannten Flüchtlingen gebildet. Vor allem junge Frauen kümmern sich mit einem Fanatismus um diese meist jungen Männer, als wären es ihre eigenen Kinder. Obwohl viele keinen Fluchtgrund vorzuweisen haben und gar straffällig wurden, scheint dies die meisten dieser Frauen nicht dazu anzuhalten, ihre uneingeschränkte Hilfe zurückzuschrauben. In Schweden wurde kürzlich eine Jugendliche gefeiert, weil sie die Abschiebung eines, wie es aus manchen Quellen heißt, schwer kriminellen Afghanen zu verhindern versuchte.

Nach 1945 gab es über zehn Millionen Flüchtlinge aus dem deutschen Osten. Viele konnten sich gerade noch vor der Roten Armee in Sicherheit bringen und haben tatsächlich alles verloren. Diese echten Flüchtlinge wurden keineswegs mit offenen Armen empfangen, sondern teils äußerst schäbig behandelt. Sie wohnten in heruntergekommen Barackenlagern, hatten kaum zu essen und schon gar keine millionenschwere Flüchtlings-Industrie hinter sich, die ihnen viele Wünsche erfüllte. In Schweden mussten sie teils erniedrigende Tätigkeiten annehmen, um zu überleben (Leichen waschen). Dennoch waren sie froh, überhaupt überlebt zu haben. Viele haben sich am Wiederaufbau Deutschlands und Österreichs mit herausragenden Leistungen beteiligt und kaum einer wurde kriminell.

Heutzutage habe ich den Eindruck, je verhaltensauffälliger und gefährlicher, desto mehr Zuwendung bekommt dieser „Flüchtling". Dieser Kult um die Zuwanderer hat schon unermesslichen Schaden angerichtet und wird Europa für die nächsten 50 Jahre noch gewaltige Probleme bringen. Die Europäer sind oft grausam zu ihren eigenen Landsleuten, aber äußerst großzügig gegenüber dubiosen Fremden.

Wie sagte schon Bismarck? „Die Neigung, sich für fremde Nationalbestrebungen zu interessieren, ist eine Krankheit, welche geografisch nur auf den deutschsprachigen Raum beschränkt ist." Die xenophilen Deutschen bekommen jetzt jeden Tag die Rechnung für ihre falsch verstandene Toleranz in Form von horrender Kriminalität präsentiert.

Mag. Klaus Goldmann, Gallneukirchen/Österreich

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Tauberwein für den Frieden

Historische Festspiele zum Dreißigjährigen Krieg in deutschen Städten – Laien spielen damalige Schlachten und Kuriositäten nach

Die ehemaligen fränkisch-schwäbischen Reichsstädte Bad Windsheim, Rothenburg ob der Tauber, Dinkelsbühl und Nördlingen haben eines gemeinsam: Sie konnten ihr altdeutsches Stadtbild bewahren. Vieles sieht so aus wie zu Zeiten des Dreißigjährigen Kriegs vor 400 Jahren.



Trinkfester Bürgermeister: Beim Meistertrunk in Rothenburg rettet Altbürgermeister Nusch die Stadt durch hohen Weinkonsum

Befinden wir uns tatsächlich im Jahr 2018? Auf der Terrasse von Rothenburgs Hotel „Reichsküchenmeister“ sitzen sie unter der alten Kastanie gemütlich beim Bier: die Kaiserlichen und die Rothenburger anno 1631. Dass Rothenburg ob der Tauber (11085 Einwohner) seine Geschichte noch immer mit aller Inbrunst lebt, wurde vor Kurzem sogar offiziell besiegelt. Höhepunkt sind die Pfingstfestspiele, bei denen die Bürger seit 1881 im Kaisersaal des Rathauses mit dem „Meistertrunk“ an die Rettung ihrer Stadt durch Altbürgermeister Nusch erinnern. Diesem gelang es, einen Humpen mit dreiviertel Liter Tauberwein in einem Zug zu leeren und damit den katholischen General Tilly dermaßen zu beeindrucken, dass dieser die Stadt verschonte.

An die 1000 Mitwirkende in historischen Gewändern, 40 Köche und Schürer, 88 Pferde, 17 Kutschen, 20 Fanfaren, 27 Piccolos, 35 Trommeln, zwölf Flöten, vier Sackpfeifen, zwei Geigen, 20 Kilo Schießpulver, 18 Kanonenschüsse, über 100 Böllerschüsse und, und, und erwecken dazu Rothenburgs Geschichte zum Leben. Bei den Reichsstadttagen vom 7. bis 9. September blättert sich die gesamte Stadtgeschichte mit ebenso vielen Mitwirkenden nochmals auf. Der Meistertrunk kommt dabei am 8. September erneut zur Aufführung, genauso wie am 6. Oktober anlässlich der städtischen Herbstwanderwoche.

Die originalgetreuen Uniformen und Kleider, die dafür sorgen, dass sich Darsteller und Zuschauer wie im Dreißigjährigen Krieg fühlen, werden nicht nur vom Meistertrunk-Verein in Rothenburg sorgfältig gepflegt. Im 45 Kilometer südlich gelegenen Dinkelsbühl (11600 Einwohner) steht dem Fundus der „Kinderzeche“ mit seinen mehr als 1000 Kostümen, Schuhen, Uniformen und Waffen seit 2007 ein ganzes Zeughaus zur Verfügung: der vorbildlich sanierte 500 Jahre alte einstige Kornspeicher der Stadt.

Hans-Peter Mattausch, Vorstand der Kinderzeche, ist mit Recht stolz auf seine Kleiderkammer, die Schülerinnen und Schüler der Klassen eins bis acht aller Dinkelsbühler Schulen und weitere 1100 einheimische Bürger in Einwohner des 17. Jahrhunderts verwandelt. Als sich die Stadt am 11. Mai 1632 kampflos den Schweden ergab, zog Lore, die Türmerstochter, samt einer ganzen Kinderschar dem schwedischen Obristen entgegen, eroberte sein Herz und rettete damit Dinkelsbühl vor der Plünderung und Zerstörung.

Aus dem Kinder- und Heimatfest, das auf ein im 16. Jahrhundert erstmals veranstaltetes Schulfest zurückgeht – daher der Name –, wurde 1897 das mit dem Dreißigjährigen Krieg verknüpfte historische Festspiel. Seit 2016 steht die Kinderzeche neben dem Meistertrunk im bundesweiten Verzeichnis des immateriellen Kulturerbes.

> Bis zu 1000 Bürger treten in historischen Trachten auf

Das gesellige Vereinsleben und der Kontakt mit Gleichgesinnten hat auch „Die Getreuen des Königs Gustav Adolf 1632 e.V.“ ins Vereinsregister befördert. Die Historiengruppe hat seit 2015 ihr Domizil im Turm des Nördlinger Tors. Ihre Mitglieder zelebrieren die Schwedenzeit, wenn diese in Dinkelsbühl auch nur zwei Jahre dauerte. Schon 1634 nach der Schlacht bei Nördlingen kam Dinkelsbühl wieder unter kaiserliche Hoheit. In der historischen Wachstube im Nördlinger Tor blickt man auf Piken, Hellebarden, Schwerter, Rapiere und Vorderlader. Daneben beschreiben 30 Informationstafeln in einer Sonderausstellung den Verlauf des Krieges von 1618 bis 1648 Jahr für Jahr.

Mehr Spaß als die museale Aufarbeitung macht mit Sicherheit die lebendige Darstellung. Nach Aussage des „Schwedischen Obristen“ Thomas Ballas von der Interessengemeinschaft Dreißigjähriger Krieg aus Nördlingen (20000 Einwohner) gibt es dazu jährlich bundesweit mehr als 100 Feste. „Dabei wollen wir“, so Ballas, „den Krieg nicht verherrlichen, sondern auf seine Schrecken hinweisen.“

Wer möchte, kann sich quasi jedes Wochenende Pulverdampf um die Nase wehen lassen, an historischen Lagerleben oder authentischen Nachstellungen, dem sogenannten Reenactment, Stadtfesten oder Umzügen teilnehmen. Das größte regelmäßige Historienfestspiel mit 4500 Teilnehmern findet alle vier Jahre, zuletzt 2016, in Memmingen statt. Es spielt Wallensteins dortigen Aufenthalt von 1630 nach.

Zahlenmäßig nah kommt Nördlingens alle drei Jahre stattfindendes Historisches Stadtmauerfest mit etwa 4000 mittelalterlich kostümierten Bürgerinnen und Bürgern (nächstes Mal vom 6. bis 8. September 2019). Den Reenactment-Bedarf, wie etwa Musketenkugeln, bieten dazu nicht nur in Nördlingen spezialisierte Fachgeschäfte an.

Wie es genau im Dreißigjährigen Krieg zuging, beschreibt der Söldner Peter Hagendorf in seinem Tagebuch, das 1988 im Handschriftenverzeichnis der Preußischen Staatsbibliothek in Berlin gefunden wurde. Auch, dass er seine Frau zum Plündern schickte, als er einmal unpässlich war. Hagendorf begleitet die Themen-Ausstellungen zum Dreißigjährigen Krieg sowohl im Haus der Geschichte von Dinkelsbühl als auch im Stadtmauermuseum von Nördlingen. Während im ersten die konfessionelle Spaltung der Stadt im Vordergrund steht, fokussiert sich letzteres auf die Entscheidungsschlacht bei Nördlingen, welche die Vormacht der Schweden beendete. Den fränkischen Protestantismus insgesamt beleuchtet die Dauerausstellung in der profanierten Spitalkirche von Bad Windsheim (12379 Einwohner).

Aus dem Boden von Windsheim sprudeln Heil-, Thermal- und Solequellen. Das gesunde Nass hat den Ort aus seinem Dornröschenschlaf nach dem ruinösen Konfessionskrieg erweckt. Allein die 2006 eröffnete Franken-Therme mit ihren acht Becken und einem Salzsee (26,9 Prozent Salzgehalt) zieht jährlich rund 450000 Besucher an – und sorgt für Entspannung nach dem trockenen Bad in der Geschichte.

Helga Schnehagen

Infos zu allen Veranstaltungen des Gedenkjahres im Internet: www.reichsstaedte-1618.de

Gottschalks Nachbar

Schlagerstar aus Brünn – Teddy Parker, ein Dauergast der Hitparade

Der mittleren und älteren Generation dürfte sein Künstlername noch bekannt sein: Teddy Parker – von Ende der 50er bis Ende der 90er Jahre als Schlager- und Volksmusiksänger sowie als Moderator beim Bayerischen Rundfunk tätig. Sein bürgerlicher Name ist Claus Herwig, und als solcher kann der 1938 im mährischen Brünn geborene Sänger auf 80 Jahre zurückblicken. Zwar ist Parker nicht mehr im Showgeschäft aktiv, dafür aber in anderen Bereichen.

„Nachtexpress nach Saint Tropez“, „Wie eine Ladung Dynamit“ oder das „Frauenkäferl“ – das sind nur drei von den vielen bekannten Schlagern, die Parker bundesweit bekannt gemacht hatten. Rock 'n' Roll, Schlager und – in den 90er Jahren – volkstümliche Musik waren die Musikgenres, die er bediente.

Für den Namen „Teddy Parker“ entschied er sich im Jahr 1960, zuvor hatte er (noch als Gymnasiast) einen Sängerwettstreit gewonnen. Das brachte ihm erste größere Auftritte und Kontakte. Als Urlaubsvertretung eines Gitarristen half er in einer Dreimann-Combo aus, die Amerikaner verpflichteten ihn aufgrund seiner Rock 'n' Roll-Nummern – und auch Schallplattenfirmen wurden auf ihn aufmerksam. „Ein Jahr vor dem Abitur habe ich meine erste Schallplatte gemacht“, erinnert sich Parker.

Sein Kindheitstraum war aber eine Moderationstätigkeit beim Radio. Und dieses Ziel hat Parker beharrlich verfolgt. Anfang der 70er Jahre wurde er beim Bayerischen Rundfunk Musikredakteur, wo er einen jungen Kollegen namens Thomas Gottschalk als Zimmernachbarn hatte. 1983 wechselte Parker dann als Programmchef zur Bayerischen Rundfunkwerbung (BRW). Parallel setzte er – etwas reduziert – seine Sängerkarriere fort. Er bestritt zahlreiche Auftritte in der ZDF-Hitparade sowie in vielen Sendungen der damals aktiven öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten. Seine Laufbahn beendete er zur Millenniumswende.



Sammlerobjekt: Handsignierte Parker-Schallplatte von 1971

Seither genießt Parker das Leben vor allem in München zusammen mit seiner Frau bei allerlei kulturellen Veranstaltungen – Besuch von Ausstellungen, Opern, Museen, aber auch mit Ausfahrten in seinem Oldtimer-Cabriolet ins Voralpenland. Darüber hinaus besitzt er seit vielen Jahren im niederbayerischen Rohr ein Jagdrecht, um das er sich regelmäßig kümmert und daher fast jede Woche dort vor Ort ist.

Hier haben auch die nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Abtei Braunau in Ostböhmen vertriebenen Benediktiner eine neue Heimat gefunden. Auch an seine eigene Vertreibung kann sich Parker gut erinnern, und dabei sogar an Einzelheiten – auch wenn seine Familie nicht beim „Todesmarsch“ dabei war.

In dieser heiklen Angelegenheit wird er deutlich. „Ich verstehe nicht, dass die Benesch-Dekrete, die gegen jedes Völkerrecht verstoßen, heute noch Gültigkeit haben. Nach der deutschen Kapitulation sind drei Millionen Deutsche aus den Ostgebieten ermordet worden – darüber spricht niemand. Aber seien wir froh, dass wir jetzt – und das schon seit Jahrzehnten – in Frieden leben können, Gott sei Dank!“ *M. Bauer*

Hart im Nehmen

Hauptsache telefonieren – Handys für Senioren und Bauarbeiter

Die Trends zur Miniaturisierung und Übertechnisierung bei den Mobiltelefonen werden schon länger beklagt. Selbst junge Leute sind mit den vielen Funktionen schon überfordert. Wer sich größere Tasten und einen ablesbaren Bildschirm wünscht, landete bisher bei den Seniorenhandys, mit denen man sofort wie jemand wirkt, der auf die Vereinfachung seines Alltags angewiesen ist. Vor einigen Jahren machten auch ausgewiesene Einfach-Handys von sich reden, die damit beworben wurden, ausschließlich zum Telefonieren verwendet werden zu können. Dann kamen die Zweit- und Scheckkartenhandys für unterwegs: Das teure Smartphone könnte so auch mal zuhause bleiben.

Ganz offensichtlich gibt es hier also einen Bedarf an technischer Reduktion, die zu höherer Zuverlässigkeit, weniger Ablenkung und längerer Betriebsdauer führen sollte. Viele der bisherigen Ideen blieben aber auf bestimmte Zielgruppen beschränkt.

Man kann das auch anders haben und sich den Anstrich eines Machers geben: abenteuernah und robust. Dazu benötigt man ein entsprechendes Gerät, das einiges aushalten kann. Ein Baustellen-Handy ist so stabil, dass man es in einen Kübel mit weichem Beton fallen lassen kann und danach einfach nur abspült. Man kann es aus dem Auto in eine Pfütze werfen und darüberfahren – es funktioniert. Ein solches Handy, das hart im Nehmen ist, ist zum Beispiel das Modell XT-690 des deutschen Anbieters Simvalley.



In guten Händen: Bedienungsfreundliches Handy Bild: Imago

Zunächst einmal hat das Gerät einen altmodischen Charme, es ist mit 200 Gramm relativ schwer, der große Akku (4400 mAh) beult die Rückseite aus und alles wirkt zunächst etwas klobig. Aber das ist hier gerade der Vorteil: Es ist nicht für die Sakkotasche gedacht, sondern für den Blaumann oder die große Schale auf dem Armaturenbrett im Lieferwagen. Es ist ein „Gerät“, und das merkt man ihm an. Bei den normal dimensionierten Handys sind die Tasten relativ klein, hier haben sie endlich Normalformat. Auch der Bildschirm: viel größer, dadurch besser ablesbar. Der Hersteller meint, man könne mit dem Dino-Akku auch noch andere Geräte aufladen.

Die Standby-Zeit kommt in der Praxis zunächst nicht an die theoretischen drei Wochen heran, außerdem stellt man schnell gewisse Schwächen bei der Sprachübertragung über Bluetooth fest. Wer das nicht braucht und es mit der Standzeit nicht so genau nimmt, der kann damit recht zufrieden werden, denn mit IP 67 kann das Ding auch mal schadlos in die Badewanne fallen.

Solche Geräte wurden in erster Linie für Monteure, Bauarbeiter und Handwerker entwickelt, bei denen das Mobiltelefon einiges aushalten soll, ohne gleich den Dienst zu quittieren. Zum Wandern und beim Sport sind sie ein bisschen schwer, aber auf Reisen im Auto oder auf dem Schreibtisch machen sie sich gut, zumal sie mit seiner Übersichtlichkeit wieder näher an das heranführen, was mit Telefonie früher einmal gemeint war. *Alexander Glück*

Zustände wie im sowjetischen Gulag

Als „Staat im Staat" bezeichnete kürzlich der UN-Ausschuss-Vorsitzende gegen Folter, Jens Modvig, das Gefängnissystem in Russland, nachdem die unabhängige Zeitung „Nowaja Gazeta" einen zehnminütigen Film im Netz veröffentlicht hatte, in dem zu sehen war, wie Gefängniswärter den Häftling Jewgenij Makarow misshandeln. Einer Anwältin war es gelungen, den Film aus dem Gefängnis herauszuschmuggeln. Der Fall sorgte nicht nur für eine Rüge der UN, sondern er führte in Russland zu einer Welle der Empörung. Die russische Regierung versprach, die folternden Gefängniswärter und die Gefängnisleitung zur Rechenschaft zu ziehen.

Dass Demütigungen und Foltern von Gefangenen in russischen Haftanstalten wie zu Zeiten der sowjetischen GULags nicht die Ausnahme, sondern die Regel sind, schildert Ildar Dadin in seinem fesselnden Erlebnisbericht „Der Schrei des Schweigens". Die Mitautorin Birgit Virnich ist ARD-Korrespondentin in Moskau und gehört zu den engsten Vertrauten Dadins. Sie verfolgte seinen Fall seit dessen Inhaftierung.

Der 36-jährige Dadin stammt aus einem Vorort von Moskau. 2011 war der Wachmann bei der Parlamentswahl als Wahlbeobachter eingesetzt. Nachdem er massive Fälle von Wahlbetrug beobachtet hatte, schloss er sich der Protestbewegung an. Auf dem Höhepunkt der Proteste demonstrierte er mit den Massen auf dem Moskauer PLatz „Bolotnaja Ploschtschad". Wie zahlreiche andere wurde er mehrmals verhaftet und wieder freigelassen. Auf dem Gipfel der Ukrainekrise reiste er nach Kiew, um auf dem Majdan gemeinsam mit Ukrainern gegen Russland aufzutreten.

Ildar Dadin will weiterkämpfen

Ins Visier der Sicherheitsbehörden geriet er erst, als die Massenproteste in Moskau abebbten, er sich aber weiter für Meinungsfreiheit in Russland engagierte. Mit selbstgebastelten Plakaten hielt er vor dem Kreml Mahnwachen wegen der Ukrainekrise und wegen Putin. Auf einem der Plakate war zu lesen: „Putin ist Russlands Tod" (siehe Buchumschlag). Damit hatte er gegen das verschärfte Demonstrationsrecht verstoßen, und die folgende Verhaftung führte zur Verurteilung zu drei Jahren Lagerhaft in der berüchtigten Strafkolonie IK-7, in der auch Putin-Kritiker Boris Chodorkowskij jahrelang einsaß.

Dort erlebte Dadin die Hölle auf Erden. Weil er sich weigerte, die willkürlich festgelegten Gefängnisregeln zu befolgen und dem Direktor selbstbewusst mit Forderungen entgegentrat, wurde sein Widerstand gewaltsam gebrochen. Ohne zu erfahren, wie die Anklage lautet, wurde er aufs Übelste gedemütigt und gefoltert: Nur in Unterwäsche gekleidet musste er wochenlang im „Isolator", einem dunklen Raum bei eisiger Kälte, ausharren. Zu Essen bekam er gerade nur so viel, dass er überlebte. Die Wärter überzogen ihn mit Prügelattacken, wobei Fußtritte und Faustschläge in die Weichteile zu ihrem üblichen Ritual gehörten. Fadenscheinige Anschuldigungen, etwa weil er seinen allmorgendlichen Spruch nicht richtig aufsagte, führten zur Verlängerung der Isolation. Dadin erfuhr am eigenen Leib, was Schlafentzug und „Waterboarding" (in Dadins Fall wurde sein Kopf in die Toilettenschüssel gesteckt und abgezogen), bedeuten. In einem Brief an seine Frau berichtete er von der illegalen Folter. Über soziale Netzwerke erfuhr die Öffentlichkeit von dem Fall. Amnesty International und die russische Menschenrechtsorganisation Memorial schalteten sich ein. Auf den Druck hin wurde Dadin freigelassen.

Statt auszuwandern wie viele seiner Mitstreiter, will Dadin jedoch weiter für Meinungsfreiheit und Demokratie in Russland kämpfen. Das sei er denjenigen schuldig, die weniger Mut und Kampfeskraft haben, so Dadin.

Mit seinem Erfahrungsbericht will der Aktivist vor allem die im Stalinismus steckengebliebene Struktur der Gefängnisse mit ihren unmenschlichen Wärtern demaskieren, deren fehlendes Unrechtbewusstsein ihn zutiefst schockiert hat.. *Manuela Rosenthal-Kappi*



***Ildar Dadin/Birgit Virnich: „Der Schrei des Schweigens. Mein Leben für die Freiheit in Russland"**, Europa Verlag, München 2018, 216 Seiten, 19,90 Euro*

Es geht ans Eingemachte

Der Sommer bietet viel Obst und Gemüse, das schnell wieder aus dem Garten, vom Marktstand oder aus dem Einkaufsladen verschwindet. Gut, wenn man diese Schätze noch das ganze Jahr über genießen kann. Dazu bieten die drei Autorinnen des Rezeptbuches „Einmachen" nicht nur gute Ansätze, sondern auch schmackhafte Kompositionen, und das einfach erklärt.

Vorab: Der Leser wird geduzt. Da die jungen Autorinnen so sympathisch schreiben, nicht zuletzt das Verdienst der Übersetzerin aus dem Englischen, Ursula Held, fühlt sich der Leser bei der Lektüre eingeladen, als Freund in der Küche eines Profis die knapp 90 Rezepte nachzuvollziehen.

Nach einer kurzen Einleitung geht es an die Grundlagen, was braucht man und worauf muss man achten. Ein übersichtliches Inhaltsverzeichnis verschafft den Überblick über die Konservierungsmethoden Zucker, Essig, Abfüllen, Salz, Öl, Alkohol, zuckerfrei und Trocknen. Jedes Kapitel hat ein eigenes Inhaltsverzeichnis und eine kurze Beschreibung der Konservierungsmethode. Im alphabetischen Register findet der Leser eine gute Auswahl an Zutaten. Die Rezepte selbst sind einfach – und einfach gut, von Zwetschgengelee über eingelegte Wassermelonenschale, Pfirsich-Maulbeeren-Kompott, Salzzitrone, Tomate in Öl bis hin zu Erdbeer-Gin, zuckerfreiem Birnenstreich und Apfelchips.

Die zahlreichen Farbbilder von Richard Beaven zeigen nicht nur das fertige Produkt, sondern auch den Weg dorthin und wecken die Lust, gleich anzufangen.

Christiane Rinser-Schrut



***Mimi Beaven, Anja Dunk, Jen Goss: „Einmachen/Marmelade, Chutney, Sirup und eingelegtes Gemüse"**, Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 2018, Taschenbuch, 174 Seiten, 12 Euro*

Nachteile der Monokultur

Die Journalistin Susanne Dohrn hat mit ihrem neuen Buch „Das Ende der Natur" einen Weckruf verfasst, mit dem sie die Struktur der politisch fest verankerten agrarindustriellen Lobby mit ihren Milliardenumsätzen beleuchtet und von der Politik eine andere Weichenstellung zum Herbeiführen von Veränderungen fordert. Denn Monokulturen wie Mais- oder Gerstenfelder, die nur mit dem Einsatz des umstrittenen universellen Unkrautvernichters Glyphosat erreicht werden können, zerstören die Vielfalt der Natur. Insekten und Vögel finden keine Nahrung mehr, wenn Wildblumen vernichtet und Feldraine regelmäßig gemäht werden.

Die Autorin schreibt in einer Mischung aus Anekdote, eigener Erfahrung und Recherche, teils sprunghaft, dennoch ist das Buch leicht lesbar.. *PAZ*



***Susanne Dohrn: „Das Ende der Natur. Die Landwirtschaft und das stille Sterben vor unserer Haustür"**, Ch. Links Verlag, Berlin 2017, broschiert, 272 Seiten, 18 Euro*

Von geheimen Akten und antiken Wundermaschinen

Es gibt archäologische Funde und andere Hinterlassenschaften aus der Vergangenheit, welche die Historiker in erhebliche Erklärungsnöte bringen. Deshalb wird die Berichterstattung über solche Artefakte oft unterdrückt – zumal, wenn sich aus deren Existenz unerwünschte Schlussfolgerungen ergeben. Unerwünscht, weil sie „politisch korrekte" Lügen entlarven, religiöse Dogmen widerlegen, Lehren der etablierten Schulwissenschaft als Irrtümer bloßstellen oder brisante finanzielle Konsequenzen zeitigen könnten. Andererseits existieren jedoch auch Fälschungen und substanzlose Legenden über „Mysterien der Vergangenheit", welche von geltungs- oder gewinnsüchtigen Personen in Umlauf gebracht wurden. Angesichts dessen ist es wichtig, die Spreu vom Weizen zu trennen und vermeintliche „Sensationsfunde" kritisch zu hinterfragen. Das tat der Schweizer Journalist Luc Bürgin seit 1993 in über einem Dutzend Veröffentlichungen. Und nun legt er außerdem noch das „Lexikon der verbotenen Geschichte" vor, das sich mit verheimlichten oder zumindest sehr umstrittenen Entdeckungen befasst.

Es beginnt mit der Diskussion über die Frage, ob der französisch-algerische Schatzsucher Bagdad Djillali Difallah 2010 tatsächlich das Grab von Alexander dem Großen in Jordanien gefunden hat und endet mit Ausführungen über die sogenannten „Zauberschwerter" aus dem späten Mittelalter mit ihren geheimnisvoll kodierten Inschriften. Dazwischen geht es unter anderem um Themen folgender Art: Bachs Cello-Suiten, die möglicherweise von seiner Frau Anna Magdalena komponiert wurden, uralte chinesische Waffen aus Chrom, welche es genauso wenig geben dürfte wie Bilder, die sowohl Dinosaurier als auch Menschen zeigen, mögliche Embryonen-Transfers im alten Indien, die Mysterien der New Yorker Freiheitsstatue, den verschwundenen Genter Altar, ägyptische Hieroglyphen in Australien, seltsame Inka-Schätze, Kolumbus' Kartenmaterial, Leonardo da Vincis „Abendmahl", die verschandelten und dilettantisch umgestalteten Kultstätten auf Malta und im englischen Stonehenge, die mysteriösen Megalithen von Nanjing, den „Eingeweihten" Phylos von Atlantis, Quecksilber-Funde unter den Pyramiden im mexikanischen Teotihuacan, Übereste toter Riesen in den USA, die Petroglyphen von Toro Muerto, eventuelle Ufo-Relikte in den Karpaten, die Graffiti von Val Camonica, „Wundermaschinen" der Antike und die angeblichen „X-Akten" der Nazis.

Hierzu hat Bürgin eine Menge Wissens- und Staunenswertes zusammengetragen, welches bestens dazu geeignet ist, scheinbare Gewissheiten zu erschüttern, auch wenn die eine oder andere Entdeckung vielleicht etwas zu sehr aufgebauscht wurde. *W. Kaufmann*



***Luc Bürgin: „Lexikon der verbotenen Geschichte. Verheimlichte Entdeckungen von A bis Z"**, Kopp-Verlag, Rottenburg 2018, gebunden, 304 Seiten, 22,99 Euro*

Aufgewärmte Teilungs-Theorie

Alten Wein in neue Schläuche zu gießen und das Ganze dann noch mit einem kräftigen Schuss Volkspädagogik zu würzen, gehört zum üblichen Geschäft mancher Historiker hierzulande. Einer davon ist Wolfgang Benz, der frühere Direktor des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung. Er nahm zwei seiner Publikationen aus den Jahren 1984 und 1994 und bastelte daraus eine „neue" Geschichte Deutschlands von der Kapitulation des Dritten Reiches bis zur Gründung der beiden Nachkriegsstaaten Bundesrepublik und DDR. Diese trägt den Titel „Wie es zu Deutschlands Teilung kam" und verfolgt den Zweck, „auf die Teilung Deutschlands als Folge nationalsozialistischer Hybris aufmerksam" zu machen. Ebenso will Benz mit „Mythen über die Trümmerzeit" sowie „Legenden über die glückhaften Aufbauleistungen der Deutschen und die verhängnisvollen Fehler" der Sieger des Zweiten Weltkrieges aufräumen.

Seiner Meinung nach waren „die Westmächte unter Führung der USA" für das Auseinanderdriften von Ostzone und Westzonen verantwortlich, während die stalinistische UdSSR „nur reagieren" konnte und somit deutlich weniger Schuld an der deutschen Teilung trägt.

Mit dieser Argumentation rückt Benz in die Nähe kruder Verschwörungstheorien – wenngleich er natürlich jedwede antisemitische Attitüde zu vermeiden sucht. So beispielsweise bei der Diskussion des Morgenthau-Planes. Obwohl Benz sonst keine Gelegenheit auslässt, um die Politik Washingtons zu diskreditieren, spielt er die Absicht des jüdischen US-Finanzministers, Deutschland auf den Status eines mittelalterlichen Agrarstaates herabzudrücken, nach Kräften herunter. *W. K.*



***Wolfgang Benz: „Wie es zu Deutschlands Teilung kam. Vom Zusammenbruch zur Gründung der beiden deutschen Staaten"**, dtv Verlagsgesellschaft, München 2018, gebunden, 416 Seiten, 26 Euro*

Wo Tiere zu Hause sind

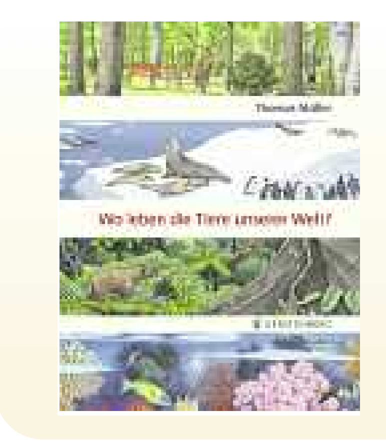
Tiere im Zoo kennt jedes Kind. Wo diese Tiere aber ihre Heimat haben, wissen nur wenige. Der Illustrator Thomas Müller gibt nun mit seinem Bilderbuch „Wo leben die Tiere unserer Welt?" aus dem Gerstenberg Verlag einen bildhaften Einblick in die Fauna der Erde.

100 verschiedene Tiere aus zehn Lebensräumen werden in ihrer natürlichen Umgebung gezeigt. Zunächst sieht man jeweils auf einer Doppelseite das natürliche Umfeld der Tiere, wie den Wald, die Antarktis, den Bauernhof, das Korallenriff, Feld und Wiese, den tropischen Regenwald, die Stadt, die Meeresküste, den Teich und die afrikanische Savanne. Auf dieser Doppelseite können die Kinder gleich einmal alle Tiere suchen, die sich darauf verstecken. Auf der folgenden Seite sind alle Tiere des Lebensbereiches noch einmal dargestellt mit eingehender Erklärung ihrer Eigenarten. Auch ihre natürliche Umgebung wird erklärt. So zum Beispiel die Antarktis als kältesten Ort der Erde, in dem sich die dort lebenden Tiere an das Eis körperlich angepasst haben.

Fauna der Erde in naturgetreuen Abbildungen

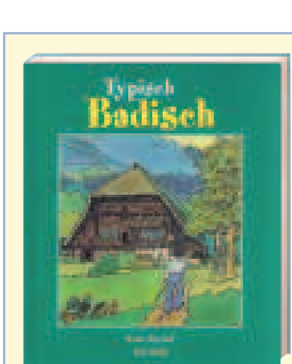
Am Ende gibt es noch ein Register, in dem alle Tiere von A bis Z farbig dargestellt werden. So fällt das Suchen nach einer bestimmten Art leichter.

Es sind vor allem auch die wunderschönen Landschaftsbilder mit naturgetreuen Abbildungen der Tiere, die überzeugen. Für Kinder ab fünf Jahren ist es ein großes Vergnügen, dieses Buch anzuschauen und daraus zu lernen. *Silvia Friedrich*

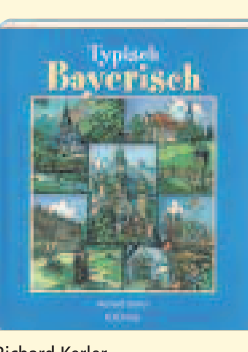


***Thomas Müller: „Wo leben die Tiere unserer Welt?"**, Gerstenberg Verlag, Hildesheim 2018, gebunden, 16,95 Euro*

Anzeige Rautenberg Buchhandlung



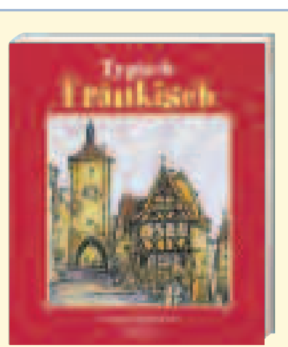
Heinz Bischof
Typisch Badisch
Typisch Badisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 58 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575396 — 7,95 €



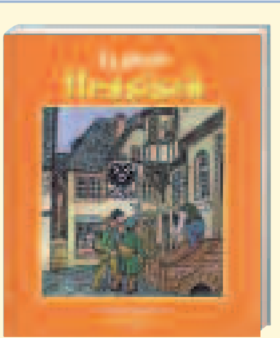
Richard Kerler
Typisch Bayerisch
Typisch Bayerisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575397 — 7,95 €



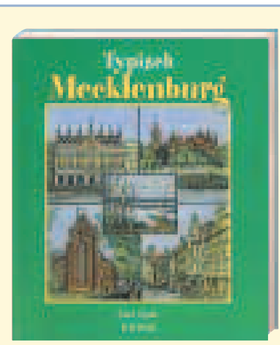
Hans-Ulrich Engel
Typisch Brandenburgisch
Typisch Brandenburgisch isch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 22 Abb. 168 S./Geb.
Nr. P 575398 — 7,95 €



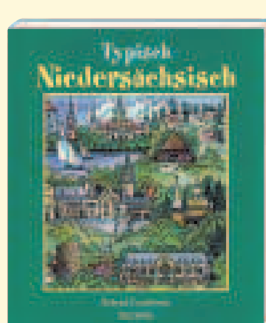
Werner Dettelbacher
Typisch Fränkisch
Typisch Fränkisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 60 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575399 — 7,95 €



Herbert Heckmann
Typisch Hessisch
Typisch Hessisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 36 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575400 — 7,95 €



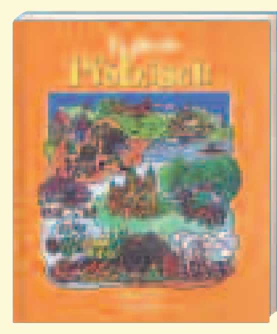
Gerd Lüpke
Typisch Mecklenburg
Typisch Mecklenburg stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 20 Abb. 184 Seiten/Gebunden
Nr. P 575401 — 7,95 €



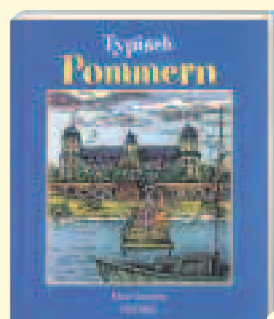
Richard Carstensen
Typisch Niedersächsisch
Typisch Niedersächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575402 — 7,95 €



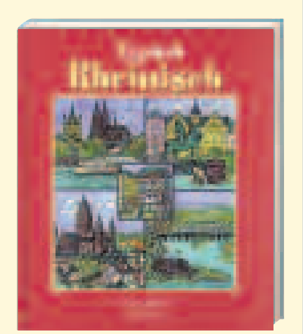
Ruth Maria Wagner
Ostpreußen wie es lachte
Ostpreußen wie es lachte zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 112 Seiten/Gebunden
Nr. P 1527 — 7,95 €



Hajo Knebel
Typisch Pfälzisch
Typisch Pfälzisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 11 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575404 — 7,95 €



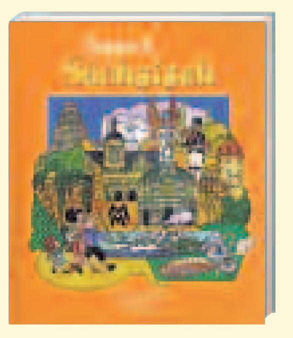
Klaus Granzow
Typisch Pommern
Typisch Pommern stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 9 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575405 — 7,95 €



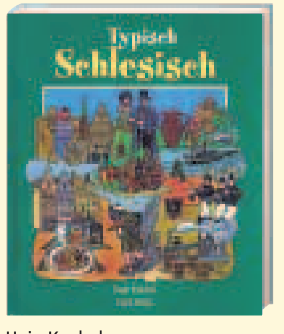
Werner Helmes
Typisch Rheinisch
Typisch Rheinisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 25 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575406 — 7,95 €



Karl Conrath
Die Saar wie sie lacht
Die Saar wie sie lacht zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 128 Seiten/Gebunden
Nr. P 8970 — 7,95 €



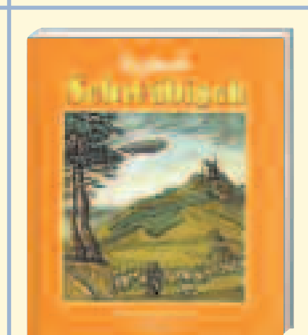
Wolfgang Erhardt Heinold
Typisch Sächsisch
Typisch Sächsisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 30 Abb. 180 Seiten/Gebunden
Nr. P 575408 — 7,95 €



Hajo Knebel
Typisch Schlesisch
Typisch Schlesisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 10 Abb. 192 Seiten/Gebunden
Nr. P 575409 — 7,95 €



Jan Herchenröder
Typisch Schleswig-Holstein
Typisch Schleswig-Holstein stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 45 Abb. 176 S./Gebunden
Nr. P 575411 — 7,95 €

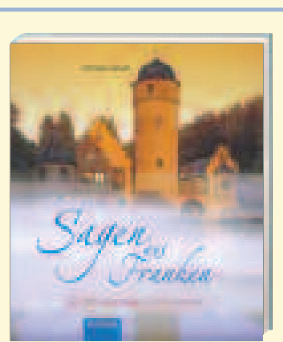


Heinz-Eugen Schramm
Typisch Schwäbisch
Typisch Schwäbisch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 40 Abb. 176 Seiten/Gebunden
Nr. P 575410 — 7,95 €

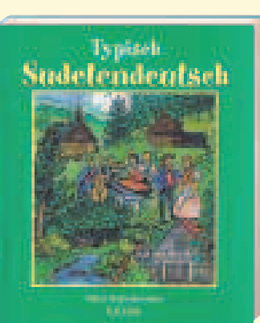


Ernst Wiechert
Wälder und Menchen
Eine Jugend in Ostpreußen
205 Seiten/Gebunden
Nr. P 533165 — 16,95 €

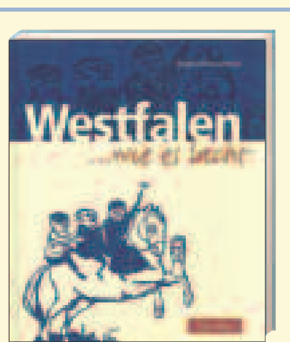
In eindringlicher und gleichzeitig zeitloser Weise beschreibt der Dichter seine glückliche Kindheit in einem einsam gelegenen Forsthaus mitten in den ausgedehnten Wäldern zwischen verschwiegenen Seen und geheimnisvollen Mooren seiner Heimat Ostpreußen. Erst im Schulalter lernt er die Geschäftigkeit der Stadt kennen. Dort beginnt sein neues Leben, geprägt vom menschlichen Miteinander und Gegeneinander welches er erst erlernen muss. Das alles wird überschattet von seiner Sehnsucht nach der Stille und der Majestät der Wälder seiner Heimat, die er mit ergreifenden Worten zu beschreiben versteht. Mit großer Liebe erzählt Ernst Wiechert und lässt uns an der Wanderung durch die Stätten und Jahre seiner Kindheit und Jugend teilnehmen.



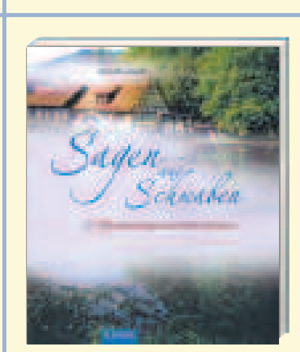
Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Franken
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575623 — 7,95 €



Viktor Aschenbrenner
Typisch Sudetendeutsch
Typisch Sudetendeutsch stellt in Geschichten, Gedichten und Liedern vor, was das Land und seine Menschen so liebenswert macht. 38 Abb. 164 Seiten/Gebunden
Nr. P 575413 — 7,95 €



Siegfried Kessemeier
Westfalen wie es lacht
Westfalen wie es lacht zeigt in Geschichten, Gedichten, Anekdoten und Erzählungen die Region von ihrer humorvollen Seite. 144 Seiten/Gebunden
Nr. P 8977 — 7,95 €



Ernst-Otto Luthardt
Sagen aus Schwaben
Das Besondere an dieser Ausgabe sind die den Sagen beigegebenen Informationen, die helfen, die Orte der Sagen zu lokalisieren. 136 Seiten/Gebunden
Nr. P 575585 — 7,95 €



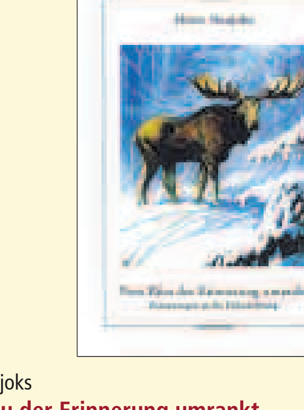
Marion Gräfin Dönhoff
Bilder die langsam verblassen
Ostpreußische Erinnerungen
Drei Kapitel aus Marion Dönhoffs legendärem Band „Namen, die keiner mehr nennt“ und ihr Erinnerungsbuch „Kindheit in Ostpreußen“ werden hier zu einem reich bebilderten Band zusammengefasst. Es entsteht ein wunderbares Buch, das das untergegangene Ostpreußen beschwört und auch ein Denkmal für seine Menschen ist. Autorin: Marion Gräfin Dönhoff wurde 1909 auf Schloss Friedrichstein in Ostpreußen geboren, gestorben 2002, war sie eine der wichtigsten Journalistinnen in Deutschland. Nach langer Tätigkeit bei der Wochenzeitung „Die Zeit“ wurde sie 1973 in den Kreis der Herausgeber aufgenommen. Die farbigen Fotos stammen von Wladimir Federenko. 67 S/W- und farbige Abbildungen, Format 24 x 30 cm. 80 Seiten.
Nr. P 533126 — Gebunden mit Schutzumschlag — 14,95 €



Wolfram Gieseler
Der Elch und seine urwüchsige Landschaft
Erinnerungen eines Forstmeisters an die Elchniederung in Ostpreußen 1937–1945 — 111 Seiten
Nr. P A1163 — Kartoniert — 7,95 €



Haff und Schiff
Das Buch von den Menschen und der Landschaft der Memelmündung
Mit zahlreichen S/W-Fotos von Dr. Erich Krause.
(Reprintausgabe) 76 Seiten
Nr. P A1180 — Kartoniert — 7,95 €



Horst Naujoks
Vom Efeu der Erinnerung umrankt
Erinnerungen an die Elchniederungen
Mit zum Teil farbigen Fotos. 144 Seiten
Nr. P A1181 — Kartoniert — 7,95 €



Kalender Weimar in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser Stadt der Dichter. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535932 — Kalender — 9,95 €



Großformat-Kalender
Ostpreußen/ Westpreußen 2019
Der Kalender ist mit 12 verschiedenen, Motiven aus Ost- und Westpreußen bebildert. Er zeigt Motive aus Balga, Elbing, Neidenburg, eine Baumallee bei Quittainen, die Klosteranlage der Kamaldulenser in Wigry, eine Stimmung am Geserichsee bei Deutsch-Eylau, die ehemalige Bischofsburg in Rößel, die Kurische Nehrung bei Pillkoppen, die Ordensburg in Marienburg, den Kreuzgang in der Burg Heilsberg und einige mehr. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535845 — 27,95 €



Großformat-Kalender
Abenteuer Kreuzfahrt 2019
Abenteuer Kreuzfahrt! Der Fotograf Oliver Asmussen schaut genau auf das Licht, sucht die richtige Position, ob an Land oder an Deck der Kreuzfahrtschiffe. Traumhafte Stimmungen fängt er ein. Für alle, die schon eine Reise mit einem Ozeanriesen gemacht haben, ist dieser Kalender Erinnerung für ein ganzes Jahr, für die, die es noch vor sich haben, schon Freude vorab auf eine wunderbare Zeit an Bord. 12 postergroße Bilder. Format 60 x 48 cm Spiralbindung
Nr. P 535887 — 27,95 €



Kalender Rom in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser „Ewigen Stadt“. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535929 — Kalender — 9,95 €



Kalender St. Petersburg in Farbe 2019
Mit 12 aktuellen und farbigen Motiven dieser faszinierenden Stadt. Spiralbindung. Format 33 x 31 cm
Nr. P 535930 — Kalender — 9,95 €

RAUTENBERG BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

BÜCHER • KARTEN • KALENDER • FAHNEN/PINS • DVD/CD • SPIRITUOSEN • MARZIPAN • BERNSTEIN
Telefon 09 31/46 58 89 12 • Telefax 09 31/46 58 89 29 • www.rautenberg-buch.de
Telefonische Erreichbarkeit: Montags bis Freitags von 9.00 Uhr – 12.00 Uhr und 13.00 – 17.00 Uhr

MELDUNGEN

Kindergeld: EU in Erklärungsnot

Brüssel – Der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im EU-Parlament, Daniel Caspary, unterstützt die Forderung, Kindergeldzahlungen ins Ausland an die dortigen Lebenshaltungskosten zu koppeln. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger (CDU) hatte dies zurückgewiesen. Er sehe keine Chance für die Forderung, weil sie der derzeitigen EU-Rechtslage widerspreche. Caspary verweist indes auf den interessanten Sachverhalt, dass eben diese Koppelung bei EU-Beamten längst gang und gäbe sei. „Was bei Beamten der europäischen Kommission möglich ist, das muss aus meiner Sicht auch für jeden anderen Bürger möglich sein“, so der CDU-Europapolitiker. Österreich will die Koppelung ab 2019 im Alleingang einführen. *H.H.*

ZUR PERSON

Das Herz auf der Zunge

Dass sich Politiker um Kopf und Kragen reden, kann schon mal vorkommen. Deshalb hat es sich in der Politik eingebürgert, nichtssagende Floskeln von sich zu geben, die einen unangreifbar machen. Kanzlerin Merkel ist ein Paradebeispiel dafür.

Bei Nordrhein-Westfalens Innenminister **Herbert Reul** ist das anders: Diese rheinische Frohnatur trägt ihr Herz auf der Zunge. Immerhin konnten die PR-Berater des 66-Jährigen seit seinem Amtseintritt vor einem Jahr dessen Mundwerk so weit zäumen, dass Reul sich nicht verbal überschlägt. Bis jetzt. Bis er in der Affäre um die gerichtlich angeordnete Rückholung des nach Tunesien abgeschobenen, mutmaßlichen Ex-Leibwächters von Osama Bin Laden, dem in Deutschland als Gefährder eingestuften Sami A., Folgendes äußerte: „Richter sollten immer auch im Blick haben, dass ihre Entscheidungen dem Rechtsempfinden der Bevölkerung entsprechen.“

Nach einem Aufschrei der Empörung von Presseleuten und oppositionellen Politikern, welche durch die Äußerung auf „populistische“ und „verfassungswidrige“ Weise die Unabhängigkeit der Justiz infrage gestellt sahen, sprach Reul bedauernd davon, missverstanden worden zu sein. Immerhin sorgte er so dafür, dass im Fall Sami A. nicht mehr nur der Integrationsminister Joachim Stamp von der FDP die alleinige Zielscheibe medialer Kritik ist.

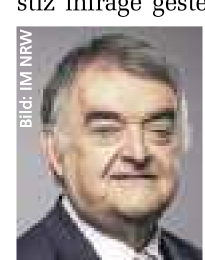


Bild: IM NRW

Reul wurde schon als 19-jähriger Abiturient Mitglied in der CDU, zu einer Zeit also, als NRW noch tiefrot regiert war und an eine CDU-Parteikarriere in dem Bundesland kaum zu denken war. So arbeitete er zunächst als Gymnasiallehrer in Wermelskirchen, ehe er Abgeordneter erst in NRW, dann im Europa-Parlament wurde. Über den „Leichlinger Kreis“, den er in seinem Heimatort eingerichtet hatte, lernte er Armin Laschet kennen. Nach seiner Wahl zum NRW-Ministerpräsidenten vor einem Jahr berief er seinen Freund Reul überraschend zum Innenminister. Wie lange sich der erklärte Gegner der Zeitumstellung und der „Homo-Ehe“ in dem Amt, in dem er besonders die Polizeiführung stärkte, halten kann, hängt vor allem von seinem losen Mundwerk ab. *H. Tews*



Neues von der Station

Und ob sie das können!

Wie der Sozialismus das nächste Land zerlegt, wie man die anderen dafür beschuldigt, und was wir einfach nicht verstehen / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Hätte, hätte Fahrradkette: Wie es die regierenden Sozialisten in Venezuela wohl grämt, dass sie nicht rechtzeitig zu Mauer und Stacheldraht gegriffen haben wie weiland ihr Genosse Walter Ulbricht. Nun ist es zu spät: Schon 2,3 Millionen Venezolaner sind aus dem Land geströmt, in dem dank sozialistischer Weitsicht praktisch nichts mehr funktioniert außer den Rollkommandos der roten Partei, die jede Widerrede aus dem Volk zu ersticken trachten.

Die Entwicklung in dem südamerikanischen Land ist ein Trauerspiel. Vor allem für die weltweite Linke, die sich schon darauf gefreut hatte, dass ihr „Projekt“ endlich einmal nicht in der selbst gegrabenen Grube endet. Die Grundvoraussetzungen waren glänzend. Venezuela verfügt über die größten Erdölreserven auf der ganzen Welt, größer gar als die von Saudi-Arabien.

Auf diesem Schatz musste das linke Experiment einfach gedeihen. Mit solch einem Reichtum unterm Hintern können sogar Sozialisten keine Armut produzieren, keinen Niedergang, kein Desaster, dachten doch selbst wir irgendwie. Wie falsch wir lagen: Und ob sie konnten!

Nun zittern alle Linken der Welt: Immer, wenn sie ihre tollen Wirtschaftskonzepte vortragen, müssen sie damit rechnen, dass ein fieser Marktwirtschaftler aufsteht und „Ja, ja, wie in Venezuela!“ sagt. Ausgesprochen ärgerlich.

Was macht man da bloß? Das, was die Genossen immer machen, wenn sie mal wieder ein Land gegen die Wand gefahren haben: Die Schuld bei anderen abladen, bei der allgegenwärtigen „Konterrevolution“.

So hat sich auch die deutsche Linkspartei schon bei ihrem Parteitag in Hannover vor mehr als einem Jahr auf die sichere Seite gebracht, als das Fiasko von Caracas nicht mehr zu übersehen war. Man beschloss, die Sache so zu sehen: „Die venezolanischen Bourgeoise hat das chavistische Projekt nie akzeptiert ... DIE LINKE erklärt sich solidarisch mit der bolivarianischen Revolution, wie sie von Hugo Chávez eingeleitet wurde, um die demokratischen und sozialen Errungenschaften in Venezuela zu bewahren und zu entwickeln.“

„Bourgeoise“, „Revolution“, „Errungenschaften bewahren und entwickeln“ – nein, das steht nicht in einem Beschluss des SED-Politbüros aus dem Frühjahr 1989. Das haben die Linkspartei-Delegierten tatsächlich anno 2017 so beschlossen. Wenn die Sprache etwas über das Denken verrät, dann sind die Dunkelroten ganz hübsch bei der Stange geblieben, dann war ihre „Wende“ von 1989 eine Wende um 360 Grad.

Darin zeigt sich eine bewundernswerte geistige Widerstandsfähigkeit. Selbst wenn in tausend Jahren zweitausend zusätzliche sozialistische Experimente an sich selbst zugrundegegangen sein werden, wird es immer noch Sozialisten geben, die auf einen weiteren Anlauf pochen. Woraus sich dieser granitfeste Glauben speist, ist eine Frage für Psychologen und Religionsforscher. Mit politischen oder ökonomischen Maßstäben kommt man da nicht weiter.

> **Trotz der Asylflut soll sich die demografische Lage verschlechtern. Wie geht das?**

Warum auch? Sachorientierte Politik und vernünftige Ökonomie geraten schließlich selbst in Europa aus der Mode. Viel lieber verteidigen auch wir mittlerweile unsere „Errungenschaften“ gegen die Wirklichkeit und verfluchen all jene, die uns mit „Realismus“ in die Suppe spucken.

Haben Sie es auch gehört? Griechenland ist zu Ende „gerettet“! Die Errungenschaft der gemeinsamen Währung ist gegen alle Widrigkeiten verteidigt worden, welch ein Sieg!

Ein paar hässliche kleine Eckdaten können die Feierlaune nicht trüben. Auf dem Mittelmeerland lastet eine Staatsschuld in Höhe von 180 Prozent der Wirtschaftsleistung, mehr als 40 Prozent der jungen Griechen sind arbeitslos, obwohl schon 300 000 von ihnen das Land verlassen haben – bei einer Gesamteinwohnerzahl von gut elf Millionen keine kleine Schar.

Aber das macht alles nichts, solange Hellas im Euro bleibt. Mario Draghi hat schließlich vor sechs Jahren verkündet, dass er die Gemeinschaftswährung verteidigen werde, „egal, was es kostet“. Er meinte damit, was es *uns* kostet, den deutschen Sparer, den griechischen Arbeitslosen, den obdachlos gewordenen Spanier, egal, alles muss raus, wenn es gilt, die „Errungenschaft zu bewahren“.

Immerhin ist es der Berliner Politik gelungen, die Deutschen 20 Jahre lang so kurz zu halten, dass allerhand Geld frei wurde, um es in Rettungspaketen zum Schutze der Errungenschaften zu versenken. Zum Schluss beschlich die treubraven Germanen jedoch das Misstrauen, als mit einem Male Milliarden über Milliarden für Asylsucher gehoben wurden. Geld, von dem wir gar nichts wussten.

Das hat man insbesondere der „Partei der kleinen Leute“, der SPD, übelgenommen, die seitdem zu Tal saust. Bei der jüngsten Umfrage von Insa lagen die Sozialdemokraten nur noch bei 16,5 Prozent. Da kann man panisch werden. Wie Olaf Scholz, der uns ohne Vorwarnung mit einer Rentengarantie bis 2040 aus dem Schlaf riss, um uns wieder gewogen zu machen. „Undurchführbar!“ schallt es aus allen Winkeln. Warum? Weil unsere demografische Entwicklung schlecht sei, sagen die Experten von Union, FDP und aus der Wirtschaft.

Ach ja? Und schon wieder verstehen wir die Welt nicht: Hatten die nicht alle versprochen, dass die Millionen von Asylsuchern, immerhin in der großen Mehrheit junge, kräftige Männer, als Arbeitskräfte und Beitragszahler schon bald zum Aktivposten unseres Gemeinwesens aufsteigen? Wie kann denn unsere demografische Entwicklung immer schlechter werden, wo es doch von denen, noch verstärkt durch den Familiennachzug, immer mehr gibt?

Irgendetwas stimmt hier nicht, und wir sind leider keine glaubensstarken Kommunisten, die jeden Widerspruch von Theorie und Wirklichkeit mit einem Zitat von Marx oder Lenin plattwalzen können. Daher haben wir Fragen, für die wir tatsächlich Antworten erwarten.

Es ist immer knifflig, wenn die Mächtigen Antworten geben sollen, die sie entweder gar nicht haben oder nicht geben möchten, weil sie an gewissen Errungenschaften kratzen könnten. In solchen Momenten hilft nur noch, dem Volk das Maul zu stopfen. Zu diesem Zwecke haben sie – sehr vorausschauend – schon 2014 die Vokabel „Sozialtourismus“ zum Unwort des Jahres (2013) verdonnert. Offizielle Begründung: Das Wort diskriminiere Menschen, die „in Deutschland eine bessere Zukunft suchen, und verschleiert ihr prinzipielles Recht dazu“.

Wer also die Befürchtung hegt, dass ein Großteil der Asylsucher gar nicht so produktiv sein dürfte und die Sozialsysteme eher noch zusätzlich be- statt entlasten könnte, der steht schon auf der moralischen Abschussliste. Der sollte sich gut überlegen, ob er wirklich fragen will, warum sich die millionenfache Zuwanderung nicht positiv auf die Entwicklung der Sozialkassen auswirken soll.

Die Kür der „Unwörter des Jahres“ begann – Zufall? – 1991 während der ersten großen Asylflut. Damals standen die deutschen Linken noch immer ziemlich fassungslos vor der Ruine des real existierenden Sozialismus. Wie konnte das passieren? Hätte man den Untergang der DDR vielleicht verhindern können, wenn man die Diskussion rechtzeitig gesäubert hätte von Unwörtern wie Reisefreiheit, Meinungsfreiheit, Volk, Wiedervereinigung?

Jedenfalls hätte man es wohl versucht, denn die Auswahl der Unwörter gab besonders in jüngster Zeit zuverlässig Auskunft, worüber man linkerhand nicht diskutieren will: Lügenpresse (2014), Gutmensch (2015), Volksverräter (2016) und alternative Fakten (2017).

Leider ging die Verdammung der Wörter meist nach hinten los. Nach der Hervorhebung als „Unwort“ fingen die Leute erst recht an, über die verfemten Vokabeln nachzudenken und darüber, warum sie bestimmte Kreise so ärgern. Das Volk ist und bleibt eben ein Lümmel.

MEINUNGEN

***Wolfram Weimer** analysiert auf „NTV.de“ (14. August), was der schleswig-holsteinische Ministerpräsident **Daniel Günther** (CDU) angerichtet hat mit seinem Vorschlag, **Koalitionen** der CDU mit der **Linkspartei** ins Auge zu fassen:*

„Günthers Vorstoß wird ... als Fanal für ihre politische Strategie angesehen, die CDU so weit nach links zu führen, bis die SPD programmatisch enteignet ist. Nur Koalitionen mit der Linkspartei würden dazu noch fehlen. Doch der Preis für diese Machtstrategie ist hoch, denn er spaltet die eigene Partei. Die Konservativen in der CDU trauen den Merkelianern nunmehr jede Prinzipienlosigkeit zu. Und sie diskutieren nun ihrerseits Koalitionsoptionen mit der AfD. Der Graben zwischen den beiden Lagern vertieft sich.“

***Rudolf Markl**, Betreiber des Binzer Restaurants „Omas Küche“ verteidigt gegenüber „Spiegel-online“ (17. August) seine Entscheidung, ab 17 Uhr **keine Kinder mehr in sein Lokal** zu lassen:*

„Vor allem die Eltern sind mit der Zeit immer ignoranter geworden. Manche geben ihre Verantwortung an unserer Tür ab. Zuletzt wurde es immer wilder. Da wurden Tischdecken von fremden Leuten heruntergezogen, Rotwein inklusive ... Das Schlimmste war aber, dass manche Eltern unsere Servicekräfte noch beschimpft haben, wenn sie darauf hingewiesen wurden, dass es so nicht geht.“

***Julian Reichelt** platzt wegen der **Rückführungsposse** um den islamischen Gefährder Sami A. in der „Bild“-Zeitung (17. August) der Kragen:*

„Dieser Irrsinn ist Politikversagen der gefährlichsten Sorte. Kein Land der Welt macht es seinen gefährlichsten Feinden so leicht wie Deutschland ... Man kann das nicht unendlich mit ‚dem Rechtsstaat‘ begründen, denn der Rechtsstaat beruht auf Gesetzen, die von Politikern gemacht werden ... Unser Grundgesetz und unser Rechtsstaat sehen keinen Selbstzerstörungsmechanismus für unser Land vor.“

*Gewalt, selbst in Krankenhäusern, **Rücksichtslosigkeit gegen Deutsche**: Das Verhalten zahlloser Asylsucher und Einwanderer erzürnt den TV-Journalisten **Peter Hahne**, der in der „Tagespost“ (4. Juli) ausrief:*

„Das Volk wird alleingelassen. Das ist wahr, nicht populistisch. Dabei geht es um die Kultur, die uns leitet. Niemand, der das Gleichnis vom Barmherzigen Samariter kennt, übt Gewalt gegen Ärzte, Rettungssanitäter, Unfallhelfer. Diesem Bibeltext verdankt das christliche Abendland, dass unterlassene Hilfeleistung strafbar ist. Das gilt wohl nicht mehr überall. Ich kann da nur noch sagen: Kyrie eleison (Herr, erbarme Dich).“

***Klaus-Jürgen Gadamer** stellt in der „Epoch Times“ (20. August) eine interessante Frage zur **linken Leitkultur-Kritik**:*

„Wenn nun eine Leitkultur von Übel ist, warum nur, warum installiert die politisch korrekte Elite dann eine ökolinke Leitkultur und setzt diese rigoros durch? Gender-Mainstream, Multi-Kulti-Ideologie sind solche von oben verordneten und nicht im Volk gewachsenen und vom Volk bestimmte Leitkulturelemente.“